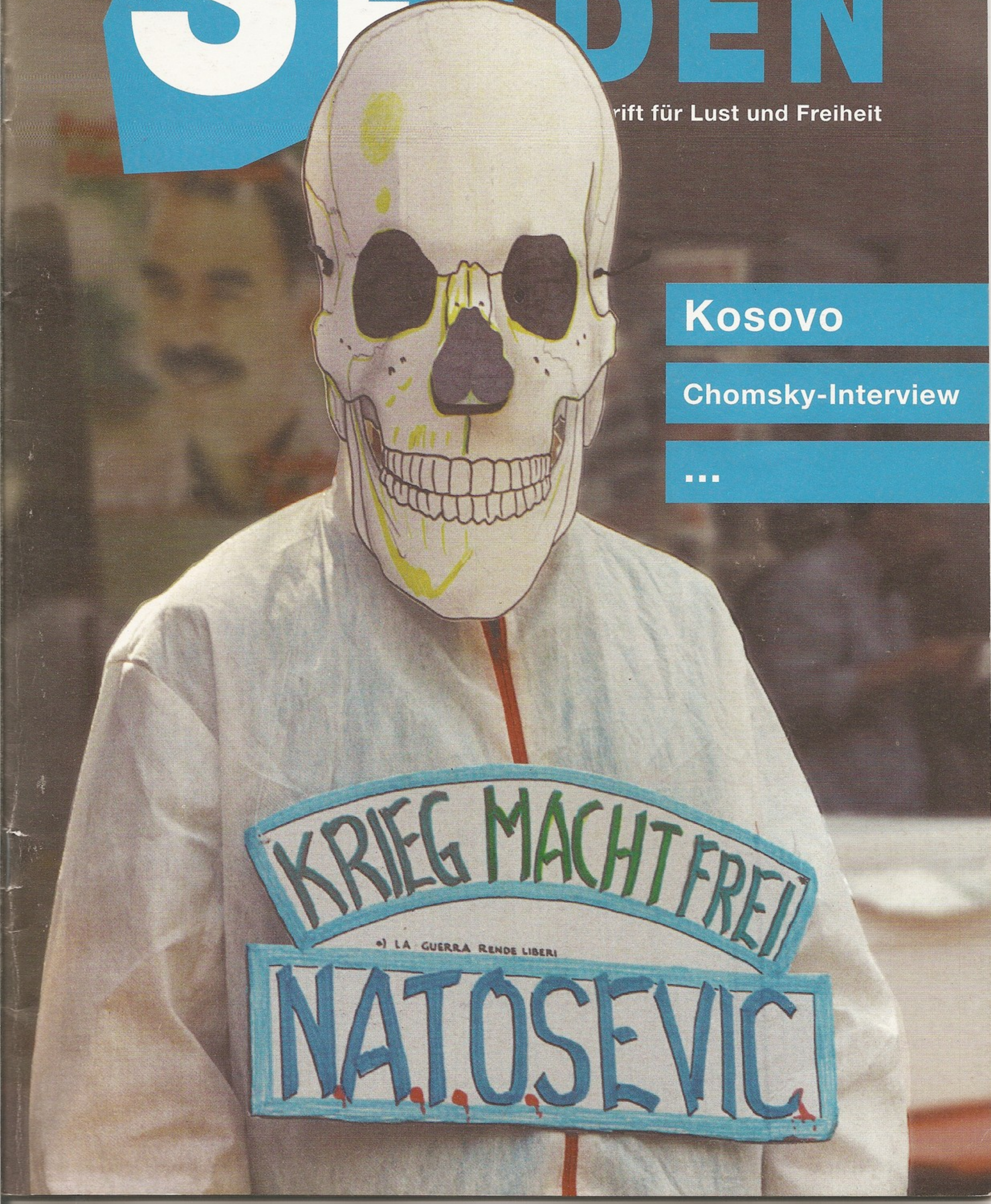
2 / 99 (Nr. 68) 20. Jg. 8,- DM

SCHWARZER FADEN

rift für Lust und Freiheit



Kosovo

Chomsky-Interview

...

Editorial

Mit den ersten Bombenabwürfen deutscher Piloten auf Jugoslawien ist die Bundesrepublik Weltpolizist geworden. Die Kommentatoren der bürgerlichen Presse (Frankfurter Rundschau, die Welt) interpretierten den Kriegseintritt Deutschlands als Erlangung der vollständigen Souveränität dieser Republik. Dieser "Normalisierungsprozess" (FR; 26.3.99) der Aussenpolitik hat mit den "humanitären Out-of-Area"-Einsätzen schon vor einigen Jahren begonnen, es blieb der rot-grünen Bundesregierung vorbehalten, das letzte Tabu zu brechen. Und in einem haben die Kommentatoren der bürgerlichen Presse recht: die Bundesrepublik hat sich verändert!
Dass sich diese Veränderung so lautlos, ohne grosse Proteste, vollzog, hat sehr viel mit der grünen Partei zu tun. Die öffentliche Diskussion, ob die Bundesrepublik in den Krieg zieht oder nicht, wurde im wesentlichen von der grünen Partei bestimmt. Die Medien führten eine klassische Tragödie auf: Die Partei, die ihre Wurzeln in der Friedensbewegung hatte, war genötigt, einen Krieg zu beschließen. Noch nie in der Geschichte der Partei wurde ihren Diskussionen so viel Raum in den Medien gegeben. So entwickelte sich die Frage "Kriegseintritt – ja oder nein" sofort zu einer Frage, ob denn bei aufkommenden Massakern zugeschaut werden sollte, oder ob sie im Vorfeld verhindert werden sollten. Der Krieg bekam seine moralische Legitimation.

Eine Legitimation, die Wirkung zeigte. Die Behauptung, dass der diplomatische Handlungsspielraum ausgeschöpft sei, Milosevic's Unterschrift a priori nicht zu trauen sei, war schnell Konsens in der Republik. Die Fragwürdigkeiten der Konferenz vom Rambouillet fanden in der Bundesrepublik nur sehr geringes Gehör. Warum wurde bei dem militärischen Teil des Abkommens nicht versucht Russland mit einzubinden, was für eine Rolle spielten die US-amerikanischen Anwählte, die die UÇK während den Verhandlungen berieten? Inwieweit unterstützte die Bundesregierung die UÇK, nur in Fragen der Bekleidung? Alles Fragen, die in der Öffentlichkeit keine Rolle spielten, stören sie doch ein wenig die Hypothese vom Krieg für die Verwirklichung der Menschenrechte. Diese Hypothese zeigte bis in die Linke hinein ihre Wirkung, obwohl nicht allzuviele der NATO-Argumentation Glauben schenkten. Es ist eher der Umstand, dass der klassische Dualismus, hier gut und dort böse, in diesem Konflikt nicht anzuwenden war. Es war noch nicht einmal der Vermutung zu widersprechen, dass bei weiterer Eskalierung des Konfliktes zwischen der UÇK und der jugoslawischen Armee Massaker geschehen würden und dieser Konflikt auch weiter eskalieren würde, ohne direkten Eingriff der NATO. Gleichwohl war auch klar, dass mensch jetzt in einem Staat lebt, der sich zum Weltpolizisten aufschwingt. Eine Situation, die verwirrte und Ohnmacht erzeugte. So waren die Proteste zwar nicht massenhaft, aber einige Gruppen haben während des Krieges versucht dem mainstream etwas entgegenzusetzen, z.B. durch Veranstaltungen mit serbischen Oppositionellen, Kosovaren. Die Linke wird sich noch einige Zeit mit diesem Krieg beschäftigen müssen.

Die NATO hat ihre Zielsetzung in diesem Konflikt erreicht. Sie hat der Welt demonstriert, daß sie nach dem Zusammenbruch des Sozialismus nun die alleinige Ordnungsmacht ist. Willens und in der Lage überall ihre Interessen notfalls mit militärischen Mitteln durchzusetzen. Die EU-Staaten haben sich mit diesem Krieg auch ihren Vorwand zugespielt, ihre eigenen militärischen Interventionskräfte auszubauen, gilt es doch sich aus der Abhängigkeit von den USA zu befreien. Das Ganze findet unter dem Schlagwort der Verteidigung von Demokratie und Menschenrechte statt, das Pardigma grüner Aussenpolitik. Da wird auch mit den Russen sehr intensiv diskutiert, inwieweit sie mit in das Boot kommen dürfen, aber seit der Diskussion um die doppelte Staatsbürgerschaft wissen wir ja, wie voll das Boot ist.

A.R.

Impressum:
Redaktions- & ABOadresse:

Schwarzer Faden, PF 1159
D-71117 Grafenau
Tel. 07033-44273, Fax 07033-45264
e-mail: trotzdemusf@t-online.de

Einzelpreis: 8.-DM
ABO (4 Nrn.): 30.-DM
Kontoverbindung:
Postgiro Stuttgart: Kto. W. Haug,
Ktonr. 57463-703, BLZ 600 100 70
Erscheinungsweise: 4 x jährlich
Auflage: 2500
Herausgeber:
Trotzdem-Verlag/W. Haug, Grafenau
ISSN: 0722-8988, ZIS-Nr. 701

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht die Meinung des Herausgebers oder des presserechtlich Verantwortlichen wieder.

Verlag, Satz & Vertrieb: Trotzdem-Verlag, Grafenau
Druck & Weiterverarbeitung: Druckcooperative, Karlsruhe

Das **Redaktionskollektiv** entscheidet über Inhalt und Form der Zeitschrift. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Der Abdruck erfolgt honorarfrei. *anti-copyright:* Nachdruck von Texten ist unter Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars ausdrücklich erwünscht.

Redaktion dieser Ausgabe:
Nicole Frazier, Wolfgang Haug, Jan Jacob Hofmann, Andreas Ries, Harald Romacker, Herby Sachs (V.i.S.d.P.), Boris Scharlowski, Dieter Schmidt, Kai Twelbeck.
MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
David Barsamian, Noam Chomsky, Gruppe Connection e.V., Martin Droschke, Bernd Drücke, Frank Harrison, Alain Kessi, Donna Kiddie, Ralf G. Landmesser, IMI-Gruppe Regensburg, Thomas Naumann, Eberhard Ratgeb, Helmut Richter, Edo Schmidt, Schwarze Feder, Serbische Oppositionelle, Dejan Stojanovic, Thomas Wirtz, WRI.

Mitarbeit: Der SF versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, Internationalismus, Aktualisierung libertärer Theorie, Aufarbeitung freiheitlicher Geschichte und einer Kultur- und Medienkritik von unten. Eingesandte Artikel, Photos, Graphiken etc. sind erwünscht!
Technologie: Wir wünschen uns die Artikel auf 3 1/2-Zoll-Disketten. Am besten im Textverarbeitungsprogramm Word, als RTF-Datei auf MAC- oder DOS-Basis oder als **e-mail: trotzdemusf@t-online.de**

Auslieferung an den Buchhandel:
BRD: Trotzdem-Verlag, Grafenau
Österreich: Anarchistische Buchh., Wien
Schweiz: Anares, Bern
Anzeigenpreise (zzgl. 16% MWST):

Kleinanzeige:	40.- DM
halbe Spalte (5,4x 13,5cm):	150.- DM
ganze Spalte (5,4x27 cm):	300.- DM
1/4-Seite (8,5x 13 cm):	250.- DM
1/2-A-4-Seite:	450.- DM
1 A-4-Seite:	1000.- DM
Beilagen	**400.- DM**

Dauerkunden erhalten 30% Rabatt!

Mit. Dauerspenden für die Verbreitung anarchistischen Gedankenguts – SF-Unterstützer- und Unterstützerinnenkreis:

N.H., Nürnberg 25.-; M.R., Frankfurt 25.-; T.S., Detmold 5.-; A.R., Paderborn 10.-; F.-J. M., Dortmund 10.-; V.S., Groß-Umstadt 20.-; U.S., Thedinghausen 15.-; R.G., Anröchte 15.-; I.W., Aschaffenburg 60.-; B.P., Harsum 50.-; R.M., Schweiz, 25.-;D.R., Bremen 50.-;

Gesamtstand (Februar 1999: 310.-)

Einmalige Spenden für den Pressefonds (Anzeigen, Werbung etc.) des Schwarzen Fadens :

A.S., Basel 10.-; E.T., Nürnberg 20.-; V.W., Wolfsburg 5.- (poplig für einen Konzern!); T.Z., Berlin 10.-; W.B., Vogelsberg 5.-; B.D., E-Mallorca 10.-; G.E., B-Brüssel 10.-;, K.R., Erzgebirge, 7.-; W.v.O., NL-Amsterdam 10.-; M.A.B, Berlin 5.-; T. und J., Bayreuth, 10.-;P.P., Odessa, 10.-; W.C.R., Gießen, 10.-; G.F.H., Halle, 10.-; K.H., Berchtesgaden 5.-; S.F., A-Wien 10.-; L.M., Wittenberg 5.-; G.G., I-Rimini 10.-; R.C., Rügen 10.-; F.K., Kronstadt 20.-;F.R., Potsdam 10.-; K.T., Rheinsberg 10.-;K.V., Y-Tetovo 5.-;, O.M.G., München 10.-; S.P., E-Malaga 5.-; F. u. W., Augsburg 5.-; K.E., Hamburg 3.-; K.V., München 7.-;K&A.N., Hamburg 10.-; M.H., Vogtland 10.-;T.M., Mühlhausen 10.-;G.H., Hiddensee 10.-; J.F., Rüdesheim 5.-;M.B., Dresden 10.-; Z.D.F., Mainz 5.-; B.v.A., Nürnberg 15.-;G.D., Transsilvanien 5.-;R.u.J., I-Verona 10.-;, M.K. Kohlhasenbrück 10.-; W.F. Schlüsselburg 10.-; P.B., Pfaffenhofen 10.-; M.S., Münster 10.-; R.B., Bielefeld 8.-; M.B., Inzell 10.-;M:P., E-Madrid 10.-; M.-A.B., Celle 10.-;F.G., Würzburg 10.-;H.v.T., Worms 10.-;B.M., Bodenwerder 10.-; W.H., Tübingen 0.-;D.Z., Rosenheim 8.-;S.S., Grafenau 7.-;R.S., Kronberg 5.-; Z.A., Koblenz 4.-; K.H., Ansbach 6.-; H.Z., Berlin 10.-;

Preisfrage: wieviele verstorbene historische Gestalten treten hier anstelle von anonymen Spendern auf? Wer es errät gewinnt das Buch: Michael Seligmann: Aufstand der Räte, 800S. zur bayerischen Räterepublik in 2 Bänden, TROTZDEM-VERLAG 1999 (Buchhandelspreis: 78.-DM). Auflösung aus Heft 1/99: dreissig! Keine richtige Lösung: Gewinn bleibt im Jackpot.

Gesamt: 495.-
Herzlichen Dank,
an die SpenderInnen!

Wir danken auch **B.W., Frankfurt**, der seinen Kredit in eine Spende umgewandelt hat und damit unseren Schuldenberg angenehm reduzierte. Sowie O.K. aus Idar Oberstein, der uns das nächste Verlagsprogamm mitfinanziert.
Und nicht zuletzt unseren SachspenderInnen, die uns u.a. Trostpflaster in Form von Hansaplast, einen klaren Durchblick in Form von Brillenputztüchern und mehr Spürsinn in Form von einem Pater Brown-Krimi übersandten.

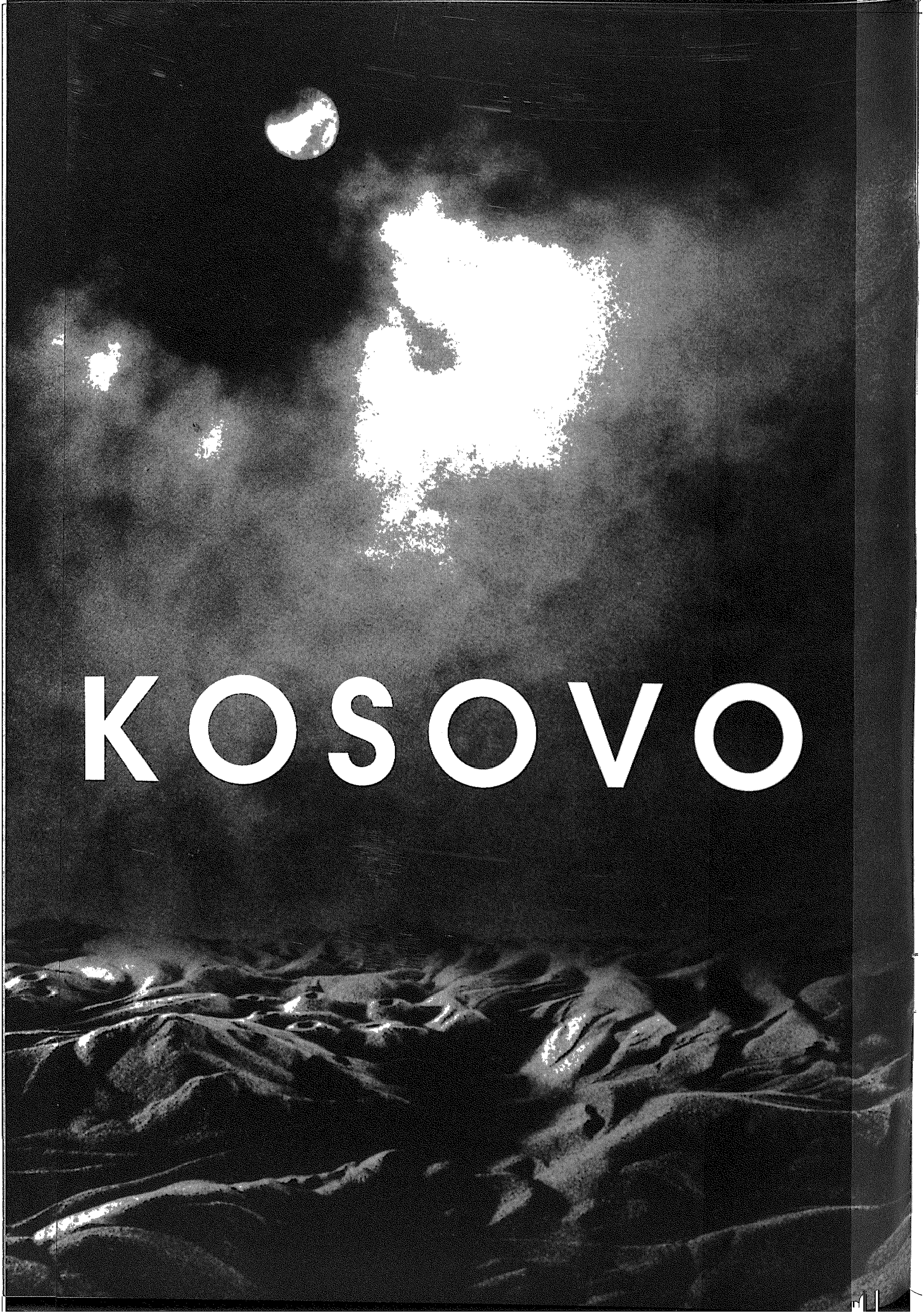
Inhalt Nr. 2/99 (Nr.68)

Titel & Rücktitel: Herby Sachs

Liebe LeserInnen,
wir brauchen weiterhin Eure Hilfe bzw. Eure ABOs dringend für den Erhalt der Zeitschrift. Wir brauchen Eure Bereitschaft Förder-ABOs zu 50.-DM oder monatliche Spenden a 10.-DM für den Faden einzurichten.

Redaktions- und Anzeigenschluß: SF-69 (3/99): 17.09.1999

Trefft uns im Internet (gleich zweimal):
http //www.txt.de/trotzdem
http://www.comenius-antiquariat.com/anares/verlage/tv.htm


KOSOVO

APPELL ANTINATIONALISTISCHER SERBISCHER BÜRGERINNEN UND BÜRGER AN DIE WELTÖFFENTLICHKEIT

Als diejenigen, die sich für ein demokratisches und antinationalistisches Serbien einsetzen und es tatkräftig unterstützen und die sich dafür entschieden haben, in dieser Zeit der Krise in Jugoslawien zu bleiben, und die ihr Land wieder in die Gemeinschaft der Völker zurückgeführt sehen möchten, möchten wir Folgendes festhalten:

1. Wir verurteilen aufs schärfste das Nato-Bombardement, das die Gewalt im Kosovo verschlimmert und zur Vertreibung der Einwohner innerhalb und außerhalb Jugoslawiens führte. Wir verurteilen aufs schärfste die ethnische Säuberung der albanischen Bevölkerung, die von allen jugoslawischen Kräften verübt wird. Wir verurteilen aufs schärfste die Gewalttätigkeiten der UÇK gegenüber den Serben, den gemäßigten Albanern und anderen ethnischen Gruppierungen im Kosovo. Die humanitäre Katastrophe im Kosovo – Tod, Trauer und tiefes Leid – für Hunderttausende von Albanern, Serben und anderer ethnischer Gruppierungen – muß sofort ein Ende finden. Allen Flüchtlingen aus Jugoslawien muß sofort und bedingungslos die Rückkehr in ihre Häuser erlaubt werden; ihre Sicherheit und ihre Menschenrechte müssen garantiert werden, und Hilfe für den Wiederaufbau muß bereitgestellt werden. Die Verursacher von Verbrechen gegen die Menschlichkeit – wer auch immer sie sind – müssen vor Gericht gestellt werden.

2. Der Kampf zwischen den serbischen Kräften und der UCK muß sofort eingestellt werden, damit die Verhandlungen in eine neue Runde gehen können. Alle Seiten müssen von ihren Maximalforderungen Abstand nehmen. Es gibt (wie in zahlreichen ähnlichen Konflikten, z. B. in Nordirland) keine schnellen und einfachen Lösungen. Wir müssen alle darauf vorbereitet sein, einen langen und schmerzhaften Prozeß der Verhandlung und der Normalisierung auf uns zu nehmen.

3. Die Bombardierung Jugoslawiens durch die Nato führt zu Zerstörungen und einer wachsenden Anzahl von Opfern unter der Zivilbevölkerung (bis jetzt mindestens einige hundert, vielleicht sogar tausend Opfer). Das Ergebnis wird die Zerstörung der ökonomischen und kulturellen Grundlagen der jugoslawischen Gesellschaft sein. Damit muß sofort aufgehört werden.

4. Die UN-Charta, die Helsinki-Schlußakte, das grundlegende Dokument der Nato sowie die Verfassungen von Ländern wie Deutschland, Italien und Portugal wurden durch diese Aggression verletzt. Als Menschen, die ihr Leben für die Verteidigung grundlegender demokratischer Werte einsetzen und die an universelle gesetzliche Normen glauben, sind wir tief davon betroffen, daß die Verletzungen dieser Normen durch die Nato alle Bemühungen um die Herrschaft des Gesetzes und die Menschenrechte in diesem Land und überall sonst auf der Welt vereiteln werden.

5. Das Nato-Bombardement hat zudem den südlichen Balkan destabilisiert. Wenn dieser Konflikt weitergeht, wird er über die Grenzen des Balkans hinausreichen, und, falls Bodentruppen eingesetzt werden, werden Tausende von Nato- und jugoslawischen Soldaten sowie albanische und serbische Zivilisten in einem vergeblichen Krieg ihr Leben lassen, so wie damals in Vietnam. Politische Verhandlungen für eine friedliche Einigung sollten sofort wieder eröffnet werden.

6. Das bestehende Regime ist durch die Nato-Attacken nur bekräftigt worden, da die natürliche Reaktion des Volkes freigesetzt wurde, sich in Zeiten fremder Aggression um die eigene Flagge zu scharen. Wir setzen unsere Opposition gegen das bestehende antidemokratische und autoritäre Regime fort, aber wir widersetzen uns auch mit Leidenschaft der Nato-Aggression. Die demokratischen Kräfte in Serbien wurden geschwächt, und die demokratische Reformregierung in Montenegro wurde durch die Nato-Angriffe und die folgende Proklamation des Kriegszustandes bedroht und befindet sich nun zwischen dem Hammer der Nato und dem Amboß des Regimes.

7. Als sie sich mit den Konflikten des früheren Jugoslawiens auseinandersetzten, haben die Führer der Weltgemeinschaft in der Vergangenheit eine Reihe von fatalen Irrtümern begangen. Neue Irrtümer führen jetzt zu einer Verschlimmerung des Konflikts und bringen uns von der Suche nach einer friedvollen Lösung ab.

Wir appellieren an alle: Präsident Milosevic, die Repräsentanten der Kosovo-Albaner, die Nato, die Führer der Europäischen Gemeinschaft und der Vereinigten Staaten, alle Gewalt und militärischen Aktivitäten sofort zu stoppen und sich in der Suche nach einer politischen Lösung zu engagieren.

Belgrad, 16. April 1999 ★

Aus dem Englischen übersetzt von Thomas Wirtz und Eberhard Ratgeb.

S. Cerovic; J. Cirilov; S. Cirkovic; M. Damnjanovic; V. Dimitrijevic; D. Duhacek; M. Garasanin; Z. Galubovic; D. Janca; I. Jankovic; P. Koraksic; M. Lazic; S. Licht; L. Madzar; V. Matic; J. Minic; A. Mitrovic; R. Nakarada; M. Nikolic; V. Ognjenovic; B. Pavicevic; J. Santic; N. Tasic; L. Trgovcevic; S. Turajlic; I. Vejvoda; B. Vucicevic.

Foto: Thierry Urbain

e-mail aus nisch, jugoslawien @

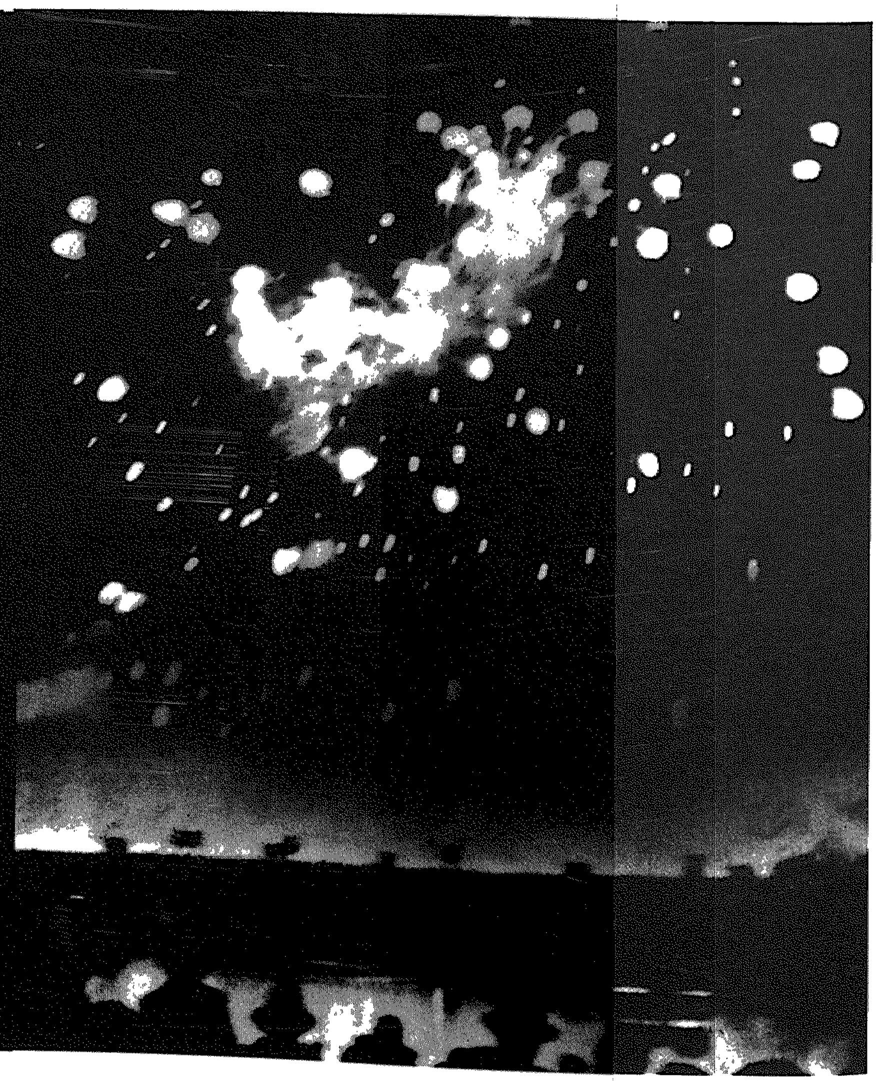


Foto: Laure Albin-Guillot

Ich weiß wirklich nicht ob es überhaupt einen Zweck hat Ihnen zu schreiben, aber ich werde es trotzdem versuchen ihnen zu schildern wie man sich als vieleicht nächster Todeskandidat fühlt.

Zuerst möchte ich sie darüber informieren daß ich in Nisch, im Süd-Osten Serbiens lebe. Nisch ist eine Stadt von der sie warscheinlich bis vor einigen Tagen nichts gehört haben, und es wäre besser auch so geblieben.

Die Stadt ist relativ klein im Vergleich zu deutschen Städten, ca. 200.000 Einwohner. Auch das Kosovo ist relativ entfernt von uns, über 100 km.

Ich will hier nicht über die Rechtfertigung des Bombens sprechen (schreiben), sondern nur darauf aufmerksam machen wie die Bomben auf die zivile Bevölkerung wirken.

Das was ich ihnen aber eigentlich berichten will, ist das folgende:

1) Vor ein par Tagen, wie sie sicherlich informiert wurden, wurde Nisch das erste Mal mit Streubomben bombardiert. Wie sie auch wahrscheinlich informiert sind, ist der tragische Epilog 15 Tote und über 40 meist schwerst Verletzte!!! Und alles Zivilisten!!!

Das aber wussten sie sicher schon vorher. Ich möchte trotzdem betonen, dass sie angelogen wurden!

Nämlich, die Nato sagte es handelte sich um einen kleinen Fehler, eigentlich wollten sie den Flughafen beschiessen! Ihren Angaben zunach wäre der Flughafen nur eine Meile entfernt!?! Welch eine LÜGE!!! Jeder der die Stadt auch nur oberflächlich kennt weiß, dass der Flughafen (ganz normal) ausserhalb der Stadt liegt! Das Krankenhaus, wo die eine Streubombe 5 Menschen tötete ist nämlich mindestens 5 km Luftlinie von der nähesten Stelle der Flugpiste entfernt! Der Marktplatz, der um diese Tageszeit sehr besucht ist (11 Uhr vormittags) liegt ca. 1,5 km von dem Krankenhaus, und mindestens 4 km vom Flugplatz! Dort gab es 10 Tote, Glück im Unglück, denn der Markt wurde nicht direkt getroffen, sondern um etwa 50 m verfehlt!

Sonst wäre die Tragödie vielfach grösser. So etwas kann einfach nicht ein Irrtum sein! Soviel kann man einfach nicht zufällig verfehlen! Das was ich hier bemerke kann man in jeden Stadtplan von Nisch nachprüfen! (Vielleicht sollte ich einen der CIA zuschicken, damit ihnen nicht mehr solche Fehler passieren.)

Eine persöhnliche Bemerkung: Das Haus meines Freundes Branko liegt 40 m vom Einschlagsort im Krankenhaus entfernt. Glücklicherweise befand er sich mit seiner Familie zu dieser Zeit wegen des Luftalarms im Autokanal! Vielleicht ein siebter Sinn, denn normalerweisse achtet niemand mehr auf die Sirenen, die den Luftalarm anmelden (denn hier gibt es nur 4-5 Stunden täglich ohne Luftalarm!). Er zeigte mir eine Handvoll metalliger rechteckiger Splitter (ca 40 Stück, die eindeutig von einer Streubombe stammen), die er in seinem Haus und Hof fand! Vor seinem Haus gibt es einen ungemähten Rasen mit

hohem Gras, dort werden verbliebene nicht explodierte Bomben vermutet, aber niemand traut sich in das Gras hineinzugehen, um nachzusehen.

2) Tagsüber, so um 15.00 Uhr am helllichten Tag, wurde vor einigen Tagen die bedeutendste Brücke angegriffen, ohne Rücksicht auf die Menschen darauf.

Glücklicherweise gab es hier keine menschlichen Opfer. Erstaunlich, denn ein Bus überquerte die Brücke nur paar Sekunden früher!

3) Das zweite Mal wurde Nisch vor 4 Tagen mit Streubomben (die übrigens nach Kriegsrecht auch noch verboten sind) bombardiert. Diesmal gab es zum Glück keine Tote, nur (?) 9 Verletzte. Wirklich ein Wunder, wenn man weiß, dass der Angriff um 14.45 begann, und daß ein dicht besiedeltes Wohngebiet angegriffen wurde.

Ich weiß nicht, wie sich das Pentagon dafür entschuldigte (denn ich hatte in der vergangenen Woche nur ein paar Stunden Strom, wegen der NATO Angriffe auf die Stromwerke) und ob das überhaupt erwähnt wurde, aber dort weiß man wirklich nicht, was das eigentliche Ziel der Angriffe war. Weit und breit gibt es dort keine Militärobjekte (sowas ist leich nachprüfbar) und auch der erwähnte Flugplatz liegt über 7 oder 8 km entfernt!

Man weiß aber, dass dort über 1300 Bomben verstreut wurden, von denen aber auch eine ganze Menge nicht explodierten (es ist mir nicht klar weshalb). Aber ich habe persönlich einige davon in der Umgebung meiner Freundin gesehen. Alle diese mussten absichtlich ausgelöst worden sein und damit entschärft werden. Die Bomben lagen verstreut von der Majakowski Strasse, über die Branka Miljkovica Strasse und den ganzen Bulevar Lenjina, bis zur Vojvode Misica Strasse! Ein Wohnstreifen von über 3 km Länge ohne irgendwelche Militärobjekte in der Nähe!

Erstaunlicherweise, wie gesagt, blieben jedoch die meisten Bomben unaktiviert!?! Niemand kann mich da überzeugen, dass das hier auch ein Zufall war!

Über die mehrstöckigen Reihenwohngebäude, die gegenüber dem Benzin- und Propangaslager lagen und die total beim Beschuß derselben total vernichtet wurden, beschwert sich hier keiner. Pech gehabt dort zu leben! Selber schuld nur 400 m von diesen hochexplosiven Tanks gewohnt zu haben!

Mit sowas wurde ja schon von anfang an gerechnet, denn die ganze Gegend dort war ja schon am Anfang der Angriffe evakuiert worden. Wohin aber sollen diese Menschen zurückkehren? Das fragt sie keiner.

Ebenso, wen kümmert es, dass wir tagelang keinen Strom haben? Damit wird auch das Wasser knapp, denn die Wasserpumpen brauchen Strom. Brot? Ja, danke! Es geht auch nicht ohne Strom!

Bleiben die Nahrungsmittel im Kühlschrank und in der Gefriertruhe. Wirklich?!? Wie lange denken sie halten es die eingefrohrenen Hühner ohne Strom aus? 1 Tag? 2? 3? Vielleicht sogar ganze 4 Tage? Schwer vorstellbar, außer es wird plötzlich unter 0 Grad Celsius draussen! Denken sie darüber nach, wenn sie das nächste mal ihre Flugzeuge abschicken!

14.Mai 1999 in Nisch,
23.00 Uhr, unter Luftgefahr

Mit freundlichen Grüssen ★

Dejan Stojanovic

PS: Ich würde Ihnen empfehlen sich auch die andere Seite in Serbien anzuhören, nicht alle Serben sind Sympathisanten des Miloshevic. Eine ausgezeichnete Informationsquelle freier Stimmen in Serbien ist die Homepage Intellektueller aus Serbien: http://freehosting.at.webjump.com/am/aman-bre-webjump/e-index.html

SF-Redaktionstip Nr.3

Die Materialiengruppe für einen neuen Antiimperialismus schrieb vor Jahren eine Einschätzung zur Transformation der jugoslawischen Gesellschaft im Medium des Krieges. Eine Arbeit, die gerade wieder aufs Neue in ihrer Richtigkeit bestätigt wurde. Neuauflage unter dem Titel "**Die Ethnisierung des Sozialen**" von Anares Nord und Trotzdem-Verlag, Grafenau, 160 S., 15.-DM



Foto: Anthony Haughey

ZÄHLT NICHT AUF UNS

Zur Situation der Antikriegsbewegung der Bundesrepublik Jugoslawien

connection eV

"Als Mitglieder von Organisationen der Zivilgesellschaft haben wir engagiert gegen den Krieg und nationalistische Propaganda gekämpft, um die Menschenrechte zu unterstützen. Wir betonen, daß wir immer unsere Stimmen gegen die Unterdrückung der Kosovo-Albaner erhoben und die Respektierung ihrer Freiheit und Garantien für ihr Leben gefordert haben. Wir haben ebenfalls die Wiederherstellung der Autonomie des Kosovo verlangt. Wir betonen, daß die Institutionen der Zivilgesellschaft die einzigen sind, die in all diesen Jahren die Verbindung und Kooperation zwischen SerbInnen und AlbanerInnen aufrecht erhalten haben."[1]

Mit Einsetzen der NATO-Bombardierungen hat sich die Situation der Opposition gegen den Krieg in der Bundesrepublik Jugoslawien massiv verschlechtert. "Die Intervention der NATO hat alle Ergebnisse, die wir erreicht hatten, zugrunde gerichtet und das überleben der zivilen Bereiche in Serbien stark gefährdet", erklärten sechzehn Antikriegsgruppen aus der Bundesrepublik Jugoslawien im April 1999. Vor dem Hintergrund des Krieges fiel es dem Regime leicht, oppositionelle Strömungen innerhalb und außerhalb Jugoslawiens auf das Projekt "Verteidigung Serbiens" einzuschwören. Es gibt faktisch keine unabhängigen Medien mehr, die über oppositionelle Regungen oder Stimmen in der Bevölkerung berichten könnten. Der Herausgeber von zwei regimekritischen Zeitungen wurde Mitte April ermordet. Die noch bestehenden Gruppen sehen sich innerhalb der Gesellschaft weitgehend isoliert und fürchten zu Recht um ihre Sicherheit.

Im ehemaligen Jugoslawien bildeten sich gegen den Ende der 80er Jahre aufkommenden Nationalismus und den 1990 begonnenen Krieg Antikriegsgruppen. So z.B. der "Belgrader Kreis", der jeden Sonntagabend Treffen organisierte, auf denen über die Kriegspolitik diskutiert wurde und der Bücher und Zeitschriften herausgab. Das "Helsinki-Komitee für Menschenrechte" dokumentierte über die Jahre hinweg Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen. In Belgrad, wie auch in kleineren Städten wie Leskovac und

Nis organisierten sich SOS-Telefone, die für Frauen, Kinder und Opfer familiärer Gewalt, wie auch für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure Anlaufstellen darstellten. Viele andere Gruppen waren in der Versöhnungsarbeit aktiv.

Gab es zu Beginn der Kriege noch eine ganze Reihe von öffentlichen antimilitaristischen Protesten, so ein 1992 mit 50.000 TeilnehmerInnen durchgeführtes Konzert "Zählt nicht auf uns", und eine Reihe von Demonstrationen von StudentInnen, so änderte sich dies seit Ende Dezember 1992. Nach den Wahlen, bei denen Milosevic die Mehrheit erhielt und mit der Verschärfung der Sanktionen gegen Rest-Jugoslawien hatte die Zahl der Aktivitäten deutlich abgenommen. Erst Mitte 1993 führte das Antikriegszentrum wieder eine Demonstration gegen den Krieg in Bosnien mit einigen tausend TeilnehmerInnen durch. Schließlich gingen die meisten Gruppen zunehmend dazu über, den Krieg und die Kriegsverbrechen zu dokumentieren, Diskussionsrunden zu organisieren und durchaus wichtige Versöhnungsarbeit zu leisten. Auf der Strecke blieb hingegen der öffentliche Protest gegen die Kriegsbeteiligung der Bundesrepublik Jugoslawien – mit Ausnahme weniger Gruppen, wie von Frauen in Schwarz.

Antikriegsgruppe "Frauen in Schwarz gegen Krieg"

Seit August 1991 protestierte die Gruppe "ene u crnom - protiv rata" wöchentlich mittwochs eine Stunde schweigend auf einem zentralen Platz in der belgrader Fußgängerzone. Sie bezogen dabei mit Transparenten und Plakaten Position gegen den Krieg und die jeweils aktuelle Politik. Dabei waren die Frauen schwarz gekleidet. Ihr öffentliches Auftreten führte oftmals zu extremen Angriffen der Passanten, zu Ablehnung, Haß, aber auch zur spontanen Unterstützung.

Unterstützt wurde die Gruppe auch auf internationaler Ebene im Rahmen der War Resisters' International. in verschiedenen Ländern gründeten sich weitere Gruppen von "Frauen in Schwarz", so auch in Nürnberg, Köln und anderen deutschen Städten. Ein Grund dafür waren die von der Belgrader Gruppe alljährlich ausgerichteten internationalen Frauentreffen, an denen bis zu 200 Frauen teilnahmen, um gemeinsame Strategien der Arbeit zu entwickeln. Diese Treffen hatten auch eine wichtige Bedeutung für den Austausch und die Diskussionen innerhalb antimilitaristischer Frauengruppen aus den verschiedenen Teilen des ehemaligen Jugoslawiens. So nahmen daran regelmäßig Frauen aus Kroatien, Bosnien und dem Kosovo teil.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Arbeit mit Flüchtlingen. über eine halbe Millionen Flüchtlinge, die aufgrund des Krieges aus der Krajina, Bosnien, aber auch aus dem Kosovo flohen, befinden sich in Serbien. Frauen in Schwarz betreute einige Flüchtlingscamps, stellte regelmäßige Kontakte her, machte aber auch immer deutlich, daß die Flüchtlingspolitik in Serbien nationalen Interessen unterliegt. So kritisierten sie z.B. scharf die Praxis, Flüchtlinge aus der Krajina im Kosovo anzusiedeln, um dort die ethnische Bevölkerungsstruktur zu verändern.

In der Gruppe arbeiteten über die Jahre hinweg auch immer Männer mit. Grund dafür war, daß die Organisation alle Kriegsdienstverweigerer unterstützte, "egal welcher Volksgruppe sie angehörten und welches die Armee war, in deren Dienst sie gepreßt oder zum Kampf gezwungen worden waren. Denn jede Armee, auch die sogenannte 'Volksbefreiungsbewegung' entwickelt sich zu einer Elite, deren Hauptanliegen es ist, Macht und Privilegien für sich zu erringen und sie zu verteidigen."[2] Sie machten die Rekrutierungswelle öffentlich, die im Juni 1995 in Serbien stattfand. Damals wurden Razzien auf den Straßen, in Cafes und auch in Flüchtlingslagern durchgeführt, um insbesondere männliche Flüchtlinge im wehrpflichtigen Alter für den Krieg in Bosnien zu rekrutieren. Sie initiierten in Serbien ein Netzwerk zur Kriegsdienstverweigerung, das einige Ausgaben einer antimilitaristischen Zeitung herausgab. Vor einem Jahr richteten sie zuammen mit einem Anwaltskollektiv das Jugoslawische Kriegsdienstverweigerungsbüro ein, um dort Beratung und Unterstützung anzubieten.

Desertion und Kriegsdienstverweigerung

Eine wichtige Form des Widerstandes stellte seit 1991 die massenhafte Desertion und Kriegsdienstverweigerung dar, auch wenn sie als häufig spontane und auf die jeweilige Situation bezogene Handlung nicht organisiert stattfand. Geschätzt wird, daß sich im Krieg gegen Kroatien mehr als 200.000 Wehrpflichtige und Reservisten den Einberufungen entzogen bzw. desertierten. Viele von ihnen sind damals über die noch offenen Grenzen in westeuropäische Länder geflohen. Dieser Weg wurde 1992 durch die Einführung der Visapflicht wesentlich erschwert. Das Schengen-Abkommen in Verbindung mit einer umfassenden Kontrolle der Grenzen gen Westen sorgte zusätzlich dafür, daß der Fluchtweg versperrt wurde.

Seit Oktober 1998 wurde wieder vermehrt über Militärdienstentziehungen berichtet. Die große Welle der Mobilisierung begann nach der ersten Runde der Verhandlungen in Rambouillet. Sie fand in viel größerem Maß in den Regionen, außerhalb von Belgrad, statt. Wie seit 1991 üblich, wurde die Mobilisierung nicht offiziell bekanntgegeben. Sie wurden vielmehr als "Routineverstärkung der Militäreinheiten" bezeichnet. Die Rekrutierungen fanden auch in Form von Razzien und Polizeikontrollen auf den Straßen statt. Männer im wehrpflichtigen Alter wurden von der Straße weg zum Militär gebracht. "Sie nehmen Leute mit, schnappen sie während der Nacht, weil sie nicht freiwillig kommen."[3]

So wie gegen Kroatien, wurden auch in diesem Fall Wehrpflichtige nach Ende ihres regulären Dienstes nicht entlassen, sondern die Dienstzeit unbefristet verlängert. Das trifft auch auf Reservisten zu, die zu "Wehrübungen" einberufen wurden.

Nur wenige kamen den Mobilisierungen nach. Am 17. März 1999 protestierten z.B. in Leskovac annähernd 100 Reservisten: "Laßt diejenigen, die uns in einen Krieg führen wollen, in den Krieg ziehen, wir werden nicht gehen." Insbesondere in Montenegro versteckten Eltern ihre Söhne, um sie vor dem Kriegsdienst zu schützen. Im Februar 1999 wurden in wenigen Tagen in Niksic über 600 Reservisten einberufen. Berichtet wurde, daß dem nur 5-6

Männer nachkamen. Einige Parteien in Montenegro riefen dazu auf, nicht auf die Einberufungen zu reagieren.

Ende März wurde die Grenze für alle Männer zwischen 18 und 60 Jahren geschlossen. Die Mobilisierungswelle nahm ein bis dahin nicht bekanntes Ausmaß an. Auch viele derjenigen, die sich in den Jahren davor dem Kriegsdienst entzogen hatten oder aus westeuropäischen Ländern abgeschoben worden waren, wurden nun einberufen. Jeder Einberufungsbefehl galt als zugestellt, ob die Person zu Hause war oder nicht. Die Vielzahl der Razzien und Kontrollen machte es nur sehr schwer möglich, im Land selbst unterzutauchen.

Die Militärgerichtsbarkeit wurde reaktiviert. Die Militärgefängnisse sind voll von Deserteuren und Militärdienstentziehern. Es gibt Berichte über erste Verurteilungen zu je fünf Jahren Haft, was einer rigiden Verschärfung der Verurteilungspraxis entspricht. Nach Artikel 214 des Strafgesetzbuches der Bundesrepublik Jugoslawien droht bei Nichtbefolgung der Einberufung und Umgehung des Militärdienstes eine Haftstrafe von ein bis zu zehn Jahren. Bei Flucht ins Ausland droht eine Haftstrafe von bis zu 20 Jahren.

Trotz dieser Situation gibt es noch einige, die sich vor allen Dingen in Belgrad versteckt halten. Die meisten versuchen, in die Nachbarstaaten zu gelangen, was aufgrund der Kontrollen relativ schwierig ist. Nach Schätzungen befinden sich derzeit 5-6.000 Militärdienstentzieher in Sarajevo. Auch in Budapest gibt es sicher einige Tausend Wehrpflichtige, die sich den Rekrutierungen entzogen haben. Die genaue Zahl ist nicht bekannt. Von dort versuchen sie, in westeuropäische Länder weiterzuwandern. Hier stellt sich ihnen jedoch das gleiche Problem, wie auch kosovo-albanischen Flüchtlingen. In aller Regel gibt es keine Visa, um überhaupt in Schengen-Staaten einreisen zu können. Selbst bei einer privaten Einladung von Familienangehörigen und Kostenübernahme des Aufenthaltes werden Visa verweigert.

Diese Praxis steht im Gegensatz zu Äußerungen, z.B. des Kriegsministers Scharping oder des Außenministers Fischer, Deserteure und Kriegsdienstverweigerer aus der Bundesrepublik Jugoslawien zu unterstützen. Die Frankfurter Rundschau berichtete darüber, daß in über Kosovo abgeworfenen Flugblättern die NATO zur Desertion aufgerufen habe: "Verlaßt Eure Einheit und Euer Kriegsgerät und flieht aus Kosovo, so weit Euch die Füße tragen."



Den wenigen, denen tatsächlich die Flucht nach Deutschland gelungen ist, wird dennoch kein Schutz gewährt. In einer Veranstaltung in Rüsselsheim am 10. Mai diesen Jahres erklärte zwar Antje Radtke von Bündnis 90/Die Grünen, daß Außenminister Fischer in einem konkreten Fall dafür gesorgt habe, daß ein Deserteur aus Bundesrepublik Jugoslawien Asyl erhalten habe. Abgesehen davon, daß dies ein Einzelfall ist, dessen nähere Umstände uns nicht bekannt sind, stellt sich generell die Situation anders dar. Kommt ein Militärdienstentzieher nach Deutschland und beantragt Asyl, so wird zunächst geprüft, über welches Land er eingereist ist. Läßt sich nachvollziehen, daß er über Ungarn, Tschechien oder andere sogenannte Drittländer einreiste, so wird er ohne Prüfung seines Antrages in dieses Land zurückgeschoben.

Im anderen Fall wird über seinen Antrag derzeit nicht befunden, weil das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge derzeit keine Anträge aus der Bundesrepublik Jugoslawien bearbeitet. Es ist davon auszugehen, daß dieser Bearbeitungsstopp bis zum Ende des Krieges andauert. Im Anschluß werden die Anträge von Verweigerern in aller Regel abgelehnt werden, da nach der gültigen Rechtsprechung Repressionen gegen Kriegsdienstverweigerer und Deserteure keinen Asylgrund darstellen.

Auffallend ist auch, daß Berichte über weitere Desertionen und Widerstand gegen den Krieg in der Bundesrepublik Jugoslawien gerade in eine Zeit fielen, in der die NATO nach neun Wochen Bombardierungen keine Perspektive mehr sah. Hier sollte offensichtlich suggeriert werden, daß der Widerstand aufgrund des NATO-Einsatzes erfolgte. Deserteure der feindlichen Armee werden so für die eigenen Zwecke instrumentalisiert. Sicherlich stellte für die Soldaten der jugoslawischen Armee die Bedrohung durch die NATO ein Motiv dar, sich dem Einsatz zu entziehen. Die durchaus auch massenhafte Entziehung findet allerdings nicht erst seit ein oder zwei Wochen statt.

Teil dieser Form der Propaganda stellt auch die Praxis dar, nicht über die Zwangsrekrutierung durch die UÇK und über kosovo-albanische Verweigerer zu sprechen. Die UÇK hatte im März 1999 begonnen, unter den Flüchtlingen zu rekrutieren – auf freiwilliger Basis, aber auch unter Anwendung von Zwang. Die Kommuniqués 95 und 96 der UÇK stellen unmißverständlich klar, daß alle achtzehn- bis fünfzigjährigen Exil- oder Auslandskosovaren eingezogen werden können. Zwar dürfen Familienoberhäupter und alle Männer, die Geld verdienen, in der Etappe bleiben, um den Kampf zu finanzieren, aber alle anderen müssen in die Untergrundarmee einrücken. Unter der kosovo-albanischen Bevölkerung gibt es sicherlich eine große Zustimmung zum bewaffneten Kampf der UÇK. Dennoch wird übersehen, daß es auch eine Reihe von Personen gibt, die sich dem entziehen. Das deutet sich schon an, wenn die UÇK nicht nur Freiwillige rekrutiert. Das setzt sich fort in bislang vereinzelten Berichten von Flüchtlingen, die sich dieser Rekrutierung erfolgreich entziehen konnten oder die Zahlung von Kriegssteuern verweigerten.

Am 20. Mai berichtet die Frankfurter Rundschau und andere Medien über aktuelle Proteste im Süden Serbiens. Zahlreiche Soldaten seien desertiert. Hunderte von serbischen Soldaten hätten ihre Einheit verlassen und seien mit ihren Waffen in ihre Heimatstädte Krusevac und Aleksandrovac zurückgekehrt. Zudem gab es in mehreren Städten Protestdemonstrationen von Soldateneltern, die den Abzug aller jugoslawischen Soldaten aus dem Kosovo und die Einstellungen der NATO-Bombardierungen forderten. Das jugoslawische Militär reagierte auf diese Proteste mit verschärfter Repression. Die Militärpräsenz wurde erhöht, einige Städte wurden von Militär umstellt. Die Opposition, die sich in Bürgerparlamenten organisiert hatte, wurde verhaftet, die Rekruten zu ihren Einheiten zurückgebracht, einige zu hohen Haftstrafen verurteilt.

Schlußfolgerungen

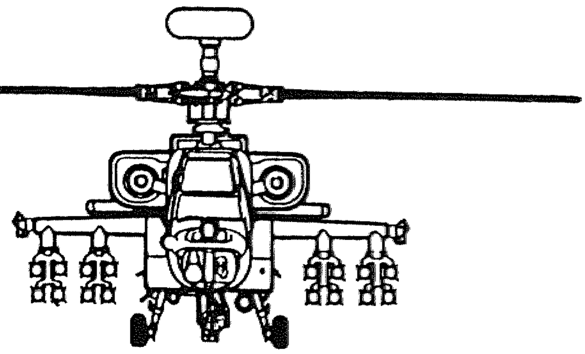
"Die Bomben nur einer Nacht haben all das zunichte gemacht, wofür sich mutige Menschen in serbischen Nichtregierungsorganisationen und demokratischen Gruppen in zehn harten Jahren eingesetzt haben: Die Aktivisten haben nicht versucht, irgendjemanden zu stürzen - sie haben vielmehr versucht, zivilgesellschaftliche Strukturen zu entwickeln, freiheitliche Werte zu fördern, gewaltfreie Konfliktlösungsstrategien zu vermitteln. Die Ansätze sind jetzt dahin." Diese Stellungnahme eines Vertreters des Belgrader Zentrums für Menschenrechte beschreibt durchaus zutreffend die Situation der meisten nichtstaatlichen Organisationen in Serbien. Auf der einen Seite hatte die nicht parteigebundene Opposition in den letzten Jahren weniger ihre Aktivitäten gegen die Kriegspolitik des Regimes gerichtet. Auf der anderen Seite waren sie für die Interessen der westlichen Regierungen uninteressant. Als Verhandlungspartner in Dayton wie in Rambouillet kam nur Milosevic und sein Regime in Frage. Die NATO-Bombardierungen haben nun jegliche Aktionsmöglichkeit für die Antikriegsgruppen beschnitten. Eine zynische Politik, die auf Kosten der Opposition gegen den Krieg in der Bundesrepublik Jugoslawien geführt wird.

Zynisch erweist sich diese Politik auch angesichts des seit Jahren bestehenden Widerstandes von Männern, sich für die Ziele der Kriegsherren zur Verfügung zu stellen. Ihnen wurde immer wieder der notwendige Schutz verwehrt, sie wurden abgeschoben, den Kriegsherren ausgeliefert. Das militärische Denken, wonach jeder Staat das Recht hat, seine Männer zur Ableistung der Wehrpflicht zu zwingen und bei Zuwiderhandlung zu bestrafen, behielt die Oberhand.

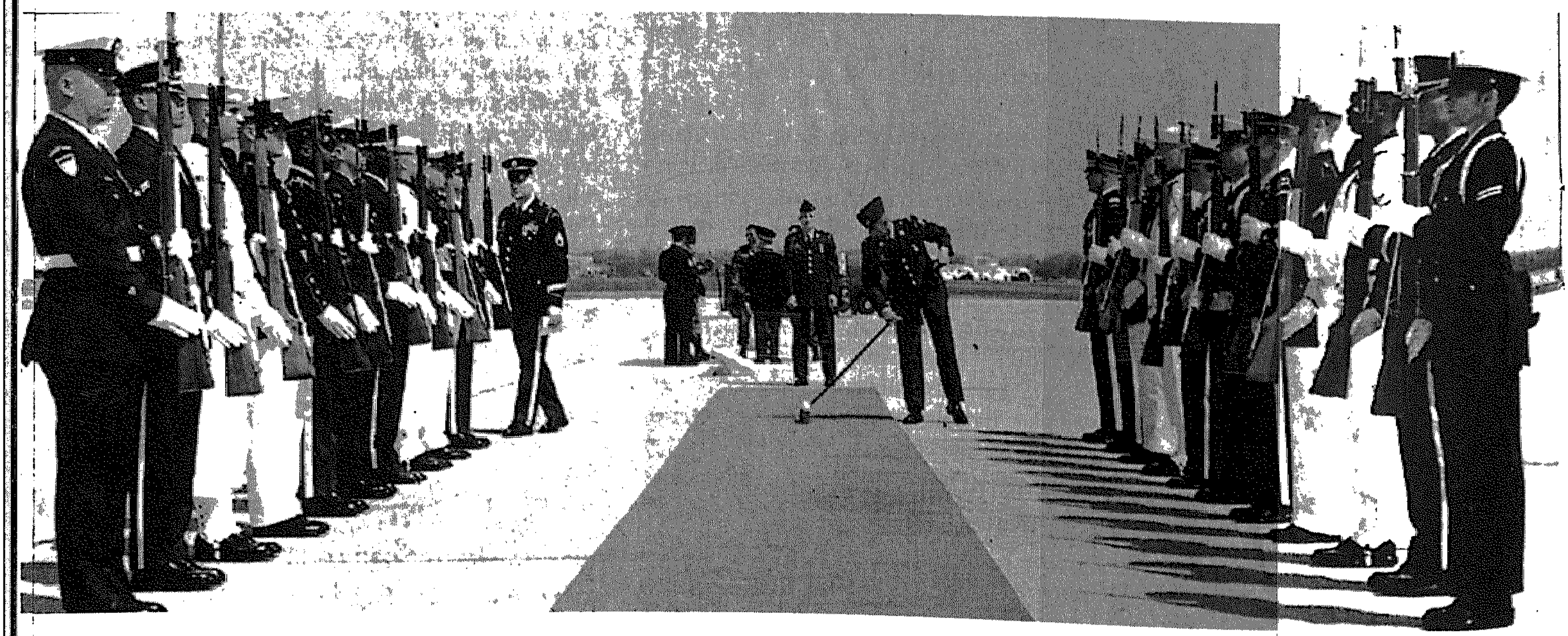
Connection e.V. setzt sich dafür ein, daß insbesondere Deserteure Asyl erhalten, im Prinzip aber alle Flüchtlinge aus Kriegsgebieten – und daß sie nicht abgeschoben werden. Deserteure aller Kriegsparteien brauchen Asyl !

Connection e.V. wird auch weiterhin Gruppen in der Bundesrepublik Jugoslawien unterstützen, die gegen Nationalismus und Krieg arbeiten. ★

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Connection e.V.,
Gerberstr. 5, 63065 Offenbach,
Tel.: 069-82375534,
Fax: 069-82375535,
E-mail: Connection@link-f.rhein-



SLOBO – DU CLINTON!



Von Alain Kessi

Wenn ich die Meinungsäusserungen und Wortwechsel über den Krieg der NATO gegen Jugoslawien, und der jugoslawischen Führung gegen die albanische Bevölkerung Kosovos, mitverfolge, fällt mir auf, wie verunsichert viele sind. Es scheint vielen AktivistInnen Schwierigkeiten zu bereiten, die elementarsten Prinzipien einer tradierten linksradikalen Politik in eine Zeit hinüberzuretten, in der ein Krieg nicht mehr so einfach als imperialistisch/antiimperialistischer – hier böse ImperialistInnen, dort tapfere BefreiungskämpferInnen – gedeutet werden kann. Es scheint mir, dass nicht die Prinzipien selber aufzugeben sind. Nach wie vor sollen Menschen und ihr gelebtes Leben vor der grossen Politik stehen.

Gegen die Ethnisierung!

Der Reflex antiimperialistischer AktivistInnen, als Befreiungsbewegungen wahrgenommene Unabhängigkeitsbestrebungen als legitim und unterstützenswert zu sehen, scheint etwa im Falle des Kosovo in die Enge zu führen. Vielleicht der Wunsch nach einer Identifikationsmöglichkeit mit den Feinden eines gewieften und rücksichtslosen Machtpolitikers wie Slobodan Milosevic hat die einen dazu geführt, während einiger Zeit vor der tendenziell rassistischen, jedenfalls auf ethnischer Trennung beruhenden Stossrichtung einer Ushtria Clirimtare e Kosoves (UÇK) die Augen zu verschliessen. Andere haben angesichts der allgemeinen Verunsicherung zum Thema lieber geschwiegen. Als der NATO-Angriff begann und klarer wurde, wie sich die UÇK vorerst bedingungslos für NATO-Strategien zur Verfügung stellt, nahmen das einige der frühen Befürworter einer Solidarität mit der UÇK zum Anlass, ihre Position kritisch zu überdenken. Andere, auch wenn sie üblicherweise gegenüber Staat und Medien sehr kritisch sind, lassen sich auf die Rede von der Verhinderung einer humanitären Katastrophe ein. Also auf die von der NATO aller Wahrscheinlichkeit nach eingeplanten Sachzwänge und die angebotenen Scheinlösungen.

Dass eine Gruppe mit einer bereinigteren politischen Position wie der Revolutionäre Aufbau Schweiz es schafft, ein Flugblatt gegen den NATO-Krieg zu schreiben, ohne mit einem Wort die vor Milosevics Feldzug flüchtenden Flüchtlinge zu erwähnen, sollte vielleicht nicht erstaunen. Auch diese Position beruht auf einem (im letzteren Fall wohl taktisch) vereinfachten Verständnis von Imperialismus – wieder gibt es nur einen Bösen, auch wenn das diesmal nicht Milosevic, sondern die NATO ist, und implizit die Kosovo-AlbanerInnen, die mit der NATO kollaborieren.

Mir scheinen alle diese Stellungnahmen auf eine Schwachstelle in unserer politischen Praxis hinzuweisen. Eine vertieftere Auseinandersetzung mit den politischen Entwicklungsprozessen im Kosovo, die auf die Komplexität ökonomischer und machtpolitischer Ursachen eines sozialen Konflikts und auf die von verschiedener Seite bewusst betriebene Ethnisierung des Konflikts verwiesen hätte, habe ich bisher nur in Ansätzen und in kleinerem Rahmen mitbekommen.

Es scheint mir unabdingbar, die Rede von einem ethnischen Konflikt zu durchbrechen. Dazu gilt es einerseits den (ökonomischen und machtpolitischen) Ursachen des Konfliktes nachzugehen. Dies ist selbstverständlich einfacher in einem (westeuropäischen) Kontext, in dem die Leute einen gewissen Abstand zu den Geschehnissen haben, als im Umfeld derjenigen, die einem bereits ethnisch, also rassistisch definierten Angriff ausgesetzt sind und unmittelbar auf diesen zu reagieren und Überlebensstrategien dagegen zu entwickeln haben. Aber selbst in Jugoslawien, im Kontext des Krieges, gelingt es Einzelnen, konsequent so über den

Konflikt zu sprechen, dass sie die Kriegslogik ad absurdum führen. Es gibt in (Ex-)Jugoslawien eine lange Tradition des Widerstands gegen von den Regierungen aufgezwungene ethnische Trennlinien. Von den Frauen in Schwarz und Kriegsdienstverweigererinitiativen bis hin zu verschiedenen feministischen Gruppen. Gemeinsam mit Leuten aus diesen Zusammenhängen sehe ich die Möglichkeit, eine gemeinsame anti-nationale, linke Position zu entwickeln.

Es wäre insbesondere interessant, in einem gemeinsamen Prozess ein Verständnis dafür zu entwickeln, wie sich in der Schweiz, in Deutschland und in Jugoslawien die Attraktivität verschiedener nationalistischer Diskurse, Mythen und Loyalitäten für die Leute konstruiert.

Das Reden über den Krieg

Im Versuch, den Krieg nach allen Seiten hin zu delegitimieren, scheint mir in einem ersten Anlauf nicht so sehr die historische Wirklichkeit im Vordergrund zu stehen, die akribisch recherchiert werden müsste, um der Propaganda Fakten entgegenzuhalten. Wichtiger ist vielleicht erst einmal die taktische Frage der Abschätzung des Effektes eines Diskurses. Ich sage das nicht darum, weil mir historisches Verständnis unwichtig wäre, sondern weil meines Erachtens auch mit durchaus korrekten und bestätigten Fakten Propaganda betrieben werden kann – insbesondere kann ein Krieg durch Massaker legitimiert werden, die auch tatsächlich stattgefunden haben.

Viele der Argumente, die gegen den Krieg angeführt werden, haben so ihre Tücken. In einer weit verbreiteten Argumentation wird die jugoslawische Politik gegenüber Kosovo-AlbanerInnen mit den langjährigen Angriffen des türkischen Staates auf das Leben und die Identität der KurdInnen verglichen und gefragt, warum denn die NATO nicht die Türkei bombardiere, wenn ihr Menschenrechte so wichtig wären. Dieser Vergleich zwischen Kosovo und Kurdistan nimmt in der Empörung darüber, dass die Türkei und Jugoslawien mit zweierlei Mass gemessen werden, das humanimilitaristische Legitimationskonstrukt der NATO ernst. Indem darauf hingewiesen wird, dass die Türkei ja nicht zerbombt wird, wird das vorgebliche Motiv der humanitären Intervention gleichzeitig in Frage gestellt und bestätigt. Trotzdem denke ich, dass Kurdistan in einem anderen Zusammenhang in die Diskussion eingebracht werden kann, ohne die angeführten Motive der NATO-Angriffe zu legitimieren. Nämlich indem das Interesse der Türkei, als NATO-Staat in der Weltöffentlichkeit auf der Seite der Guten zu stehen – auf der Seite der WahrerInnen der Menschenrechte – hervorgehoben wird. Die Berichterstattung über die Bombardierungen der NATO lenkt unter anderem das Interesse der Öffentlichkeit ab von einer gigantischen Repressionskampagne des türkischen Staates gegen KurdInnen, die derzeit verschärft im Gang ist.

Auch der Verweis darauf, die NATO habe mit ihrem autonomen Entscheid zu einem Angriff auf Jugoslawien die UNO und die OSZE - die legitimen Akteure der Suche nach einer friedlichen Lösung - ausgeschaltet und somit gegen das Völkerrecht verstossen, birgt Gefahren. Ich meine damit nicht nur, dass es merkwürdig anmutet, aus einer autonomen, radikalen linken Position Strukturen zu verteidigen, die zur grossen Politik gehören. Es wäre vielleicht denkbar, pragmatisch davon ausgehend, dass diese Institutionen einen Gegenpol zur NATO bilden, sie gegen eine übermächtige NATO stark zu machen. Aber es ist eben nur beschränkt so, dass die UNO/OSZE einen Gegenpol zur NATO bilden, wie etwa die Spionagearbeit der OSZE-BeobachterInnen in Vorbereitung der NATO-Angriffe zeigt[1]. Zwar ergibt sich aus den Interessen der UNO-Eliten eine Strategie des Überlebens, des Machterhalts der UNO angesichts der ohne Rücksicht auf UNO-Kompetenzen begonnenen NATO-Angriffe, die etwa Kofi Annan anfänglich zu einer Verurteilung des Alleingangs der NATO veranlasste. Doch wenn die NATO-Kriegsführung zum Ziel hat, Jugoslawien (mit oder ohne Milosevic an seiner Spitze) gefügig zu machen, so verfolgt sie gleichzeitig die Strategie, den UNO-Managern zuerst den Meister zu zeigen und deren Auswahlmöglichkeiten einzuengen, um ihnen dann Angebote für eine erneute Teilnahme am Prozess zuzuschanzen – zu NATO-Konditionen. Kofi Annan scheint sich jedenfalls dem Spiel bereits zu fügen. So legitimieren die transnationalen Institutionen einander – trotz Machtkämpfen untereinander. Sie wirken wie in der altbekannten Arbeitsteilung des good-cop-and-bad-cop-Duos polizeilicher Einvernahmen vertrauenerweckend und drohend zugleich. Im soeben der Öffentlichkeit vorgestellten neuen NATO-Strategiekonzept ist ein mögliches zukünftiges Verhältnis UNO-NATO ausformuliert: die UNO soll ein für alle Male grünes Licht geben für NATO-Einsätze ausserhalb des NATO-Gebietes.

Auch die Rede von der Inkompetenz der EntscheidungsträgerInnen und der Verweis auf das Sexualleben des einen tragen zur Legitimation des Krieges bei, indem die Ereignisse entpolitisiert, zu einem Spektakel gemacht, und die existierenden Interessen ausser Acht gelassen werden. Dass eine Eskalationsstrategie auch für die Eskalierenden nicht über die ganze Strecke der Ereignisse hinweg unter Kontrolle behalten werden kann, ist zu vermuten, und manche Folgen der NATO-Angriffe mögen ungewollt und sogar unerwartet gewesen sein. Sicher aber ist es nicht ein Scheitern der Diplomatie, das zum NATO-Angriff führte, sondern der Erfolg einer Eskalationsdiplomatie. Der unterdessen berühmtgewordene AnnexB des Kosovo Interim Agreements von Rambouillet[2], das die kosovo-albanische Führung aufgrund von Druck und Überzeugungsarbeit der US-Diplomatie unterschrieb, und der ganz Rest-Jugoslawien in ein NATO-Protektorat verwandeln sollte, war wohl nicht aus diplomatischer Inkompetenz so konzipiert, dass die jugoslawische Führung den Vertrag keinesfalls unterschreiben konnte.

Am ehesten gefällt mir das taktische Vorgehen jener, die behaupten, es gebe einen Vertrag zwischen Milosevic und NATO-VertreterInnen. Das braucht nicht den Tatsachen zu entsprechen, und erhebt den Anspruch auch nicht wirklich. Wesentlich ist dabei, darauf hinzuweisen, dass Milosevic der Hauptnutzniesser der NATO-Angriffe ist, und dass die NATO, die UÇK und Milosevic einander zur gegenseitigen Legitimation ihrer Kriegsstrategie brauchen, und dass alle drei Parteien in ihrem patriarchalisch-lebensvernichtenden Showdown gegen die serbische und albanische

Bevölkerung vorgehen. Brilliant auf den Punkt gebracht haben es Sprayer in Belgrad, die Boris Buden von Bastard/ Arkzin wie folgt zitiert: Slobo, du Clinton![3]. Über das allgemeine Interesse an der Durchsetzung einer Kriegslogik hinaus, lässt sich das gemeinsame Interesse der jugoslawischen Führung und der transnationalen Machtstrukturen, symbolisiert durch William Clinton, auf deren Arbeitsteilung bei der Auspressung von Mehrwert aus der jugoslawischen Bevölkerung – zwecks Schuldentilgung – zurückführen.

Die Interessen an diesem Krieg

Es ist vielleicht ein grundsätzlich unbefriedigendes Unterfangen, den Beweggründen der grossen Politik für die Eskalierung des Konflikts in Kosovo nachzuspüren. So im Klartext wird diese wohl keine der involvierten Persönlichkeiten ausplappern. Und was soll das Ziel dabei sein, mit Vermutungen und Indizien zu jonglieren? Jede Interpretation von Ereignissen trägt die Spuren ihrer Intention. Meine ist die, einen Diskurs auszukundschaften, der sich nicht auf ethnische Kriterien bezieht, sondern die Ethnisierung als Machtstrategie betrachtet, als Vehikel für handfestere Interessen. Die Suche nach dem kriminalistischen Motiv birgt wohl die Gefahr, in Verschwörungstheorien zu münden. Ich denke, dem (vielleicht) dadurch entgehen zu können, dass ich die Interessen (Motive) der verschiedenen Lager der grossen Politik als heterogen sehe, und zum Beispiel die NATO nicht als einen Block betrachte, sondern die Dynamik und gegenseitige Wechselwirkung der von den USA, Deutschland und anderen verfolgten Politik untersuche.

Diese Dynamik ergibt sich daraus, dass diese Mächte zwar gewisse gemeinsame Interessen haben, teils aber eben dieselben Interessen – im Sinne einer Konkurrenz um Einflusssphären. Ein starkes Motiv der USA, aber auch der Niederlande und Englands, ist die Erhaltung der NATO als hegemoniale militärische Macht. Für die USA ist das Hauptinteresse die Fortführung der US-amerikanischen Rolle als Schutzmacht der europäischen Nachkriegsordnung. Für die Niederlande und England ist eine US-Präsenz wünschenswert als Gegengewicht zu deutscher bzw. deutsch-französischer Dominanz in EU-Strukturen. Deutschland und noch mehr Frankreich sind zwar am Fortbestehen der NATO interessiert, aber nicht als einer Hegemonialmacht, die ihre machtpolitische Bewegungsfreiheit einschränkt. Die NATO soll zu einem Bündnis unter anderen zurückgestuft werden, neben europäischen Strukturen, die Europa unter der Führung Deutschlands und Frankreichs eine gewisse Autonomie von US-amerikanischen Interessen erlauben.

Um die nach dem Kalten Krieg ganz und gar nutzlos gewordene NATO zu erhalten, braucht diese einen Krieg, in dem sie zeigen kann, dass sie gebraucht wird. Nun, das erklärt noch nicht, warum gerade gegen Jugoslawien. Hier unterscheiden sich wohl die Gründe der verschiedenen Mächte. Interessant ist in dieser Hinsicht, dass Deutschland nur in der deutschen Diskussion, allenfalls noch der deutschsprachigen in der Schweiz und Österreich, als Imperialmacht mit Drang nach Südosten wahrgenommen und beschrieben wird. Die Investitionspolitik Deutschlands seit 1989 ist eher für ihre Ausrichtung auf russische Märkte bekannt, und für ein relatives Desinteresse, was den Balkan angeht. Ist die Betonung deutscher Imperialbestrebungen durch einige AktivistInnen in Deutschland geprägt von einer antideutschen Selbstüberschätzung? Oder ist umgekehrt ein Mangel an Informationen über die Hintergründe deutscher Aussenpolitik in anderen Sprachen für die deutschlandbezogenen Auslassungen in Diskussionen ausserhalb des deutschen Sprachraumes verantwortlich? Hinweise (die Spitze eines Eisbergs?) auf deutsche Interessen- und Machtspiele sind durchaus vorhanden. Weitherum bekannt sind etwa die diplomatischen Initiativen eines Hans-Dietrich Genschers zur Anerkennung Sloweniens und Kroatiens, die der auf der Ethnisierung sozialer Fragen basierenden Machterhaltungsstrategie Milosevics (ungewollt?) eine wesentliche Unterstützung zukommen liessen. Schon in der ersten kriegerischen Phase der Zerschlagung des jugoslawischen Staatsgefüges war die Dämonisierung der SerbInnen begleitet von gemeinsamen Interessen der deutschen Aussenpolitik und der jugoslawischen Innenpolitik – ähnlich wie jetzt zwischen NATO und jugoslawischer Zentralregierung. Weniger diskutiert als die Genschersche Jugoslawienpolitik, aber immerhin in nicht-deutschen Medien auffindbar, sind Hinweise auf Unterstützung der UÇK in einer frühen Phase durch den Bundesnachrichtendienst (BND) und andere deutsche Geheimdienste und deren Bewaffnung gegen den Willen des US-amerikanischen CIA[4].

Die Eskalationsstrategie scheint jedenfalls in ihrer Endphase unter US-diplomatischer Führung gewesen zu sein. Ob die US-Regierung sich bloss unter den Sachzwängen der bisherigen deutschen Eskalationsbestrebungen veranlasst sah, das Ruder zu übernehmen und so allzugrosse EUropäische Autonomie abzuwenden, oder ob die USA aus ureigenen Interessen an einer Zerschlagung dessen, was von Jugoslawien übrigblieb, Schritte zu einer Verunmöglichung einer verhandelten Lösung zu unternehmen, wird wohl schwer zu eruieren sein. Auf jeden Fall ist die US-Regierung zur Einschätzung gekommen, ein Krieg unter NATO/US-Führung sei für die Wahrung ihres Einflusses besser als diplomatische Bestrebungen zur Entschärfung der von der deutschen und der jugoslawischen Politik vorangetriebenen Kriegsvorbereitungen. ★

Der vorliegende Auszug wurde aus der Internet-Zeitschrift "com.une.farce" Nr.2 entnommen. Adresse: http://www.copyriot.com/unefarce

Anmerkungen:

1 Marcel Noir: Unser Mann in der OSZE. In: Jungle World vom 14. April 1999.

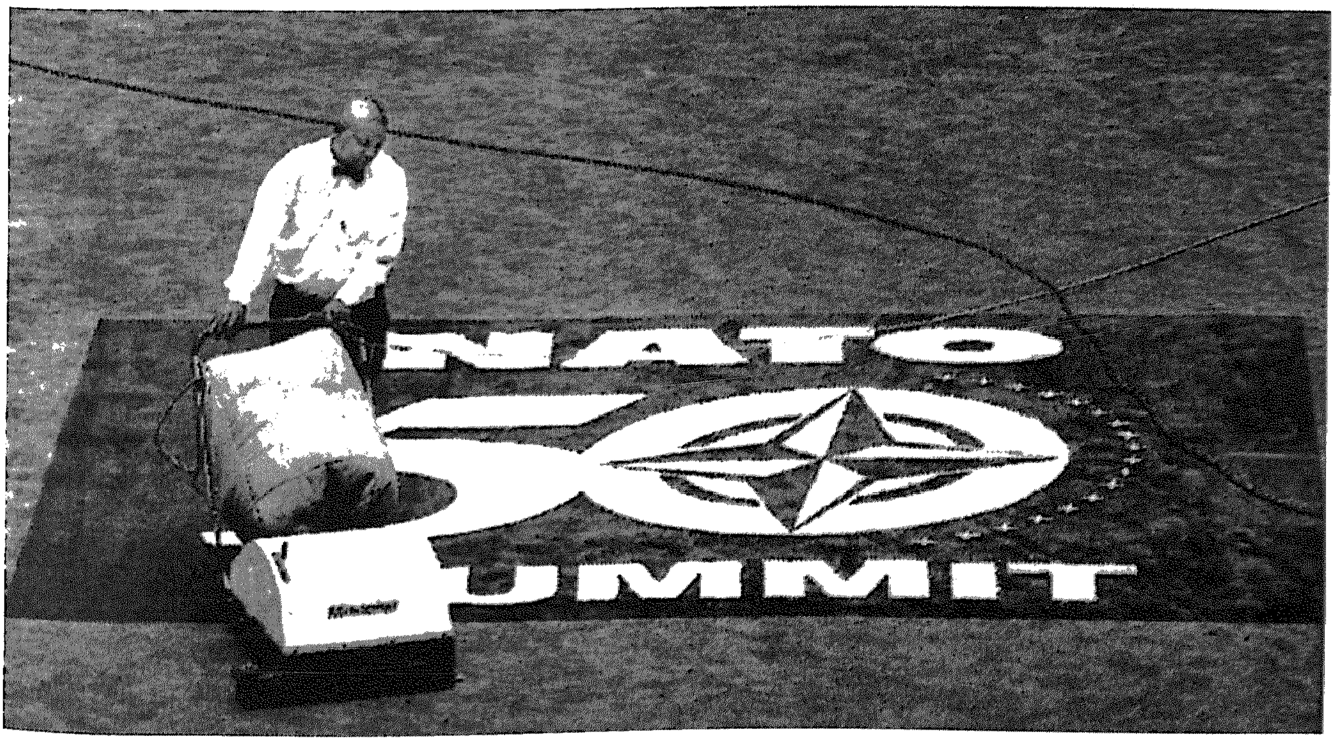
2 Interim Agreement for Peace and Self-Government in Kosovo (Überbrückungsabkommen für Frieden und Selbstverwaltung in Kosovo), Rambouillet, Frankreich - 23. Februar 1999. Darin insbesondere Appendix B: Status of Multi-National Military Implementation Force (Status einer multinationalen militärischen Inkraftsetzungstruppe). Auf dem Web erhältlich auf <http://www.law.pitt.edu/kosovo.htm>.

3 Boris Buden: The official Bastard (ARKZIN)-statement on the war in Yugoslavia - Saving Private Havel, 20. April 1999.

4 Roger Faligot: How Germany backed UÇK. In: The European, 21 September 1998.

Zwei Stellungnahmen

am Beginn des Krieges



I. Informationsstelle Militarisierung e.V.

Bedingungslose sofortige Einstellung des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges - Keine Bombardierung in Jugoslawien!

1. Wir klagen die rot-grüne Bundesregierung, die Bundestagsabgeordneten von SPD, CDU/CSU, Bündnis90/Grüne und F.D.P. und die militärische Führung der Bundeswehr an, vorsätzlich einen verfassungswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien vorbereitet und begonnen zu haben. Art. 26 (1) GG: "Handlungen, die geeignet sind, und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen."

2. Wir beschuldigen die NATO und zuvorderst die rot-grüne Bundesregierung, vorsätzlich das Völkerrecht gebrochen und sich über die Vereinten Nationen als legitime Weltfriedensorganisation hinweggesetzt zu haben.

Es gibt kein UN-Mandat für einen Militärschlag. Nur die UNO dürfte - und das auch nur im hier nicht vorliegenden Falle eines Überfalls eines Staates auf einen anderen - militärisch eingreifen.

3. Wir verurteilen die Einmischung der rot-grünen Bundesregierung in die inneren Angelegenheiten eines anderen europäischen Staates mithilfe des "Rechts des Stärkeren".

Es kann nicht angehen, daß die Bundesrepublik sich aufgrund ihrer ökonomischen Stärke als Weltpolizist aufspielt.

4. Wir beschuldigen die deutschen Medien und die rot-grüne Bundesregierung der fortgesetzten Verbreitung von antiserbischer Greuelpropaganda zum Zwecke der Akzeptanzsteigerung deutscher Kriegseinsätze.

Das erste, was bei jedem Krieg – hier bereits Jahre vorher – auf der Strecke bleibt, ist die Wahrheit. Jugoslawien ist ein Musterfall für die Umerziehung der deutschen Öffentlichkeit. Jahrelang war – angesichts der deutschen Vergangenheit der einzige Weg – vom Frieden die Rede. Es war die Vorbereitung auf diesen Krieg und die folgenden.

5. Wir klagen die rot-grüne Bundesregierung der Duldung und einseitigen Förderung von antiserbischen Aktivitäten der UÇK auf deutschem und jugoslawischem Boden durch finanzielle Unterstützung und Lieferung von Waffen an.

"Seit 1990 pflegt die Bundesregierung gute Beziehungen zu den albanischen Geheimdienstlern. Militärische Ausrüstung im Wert von 2 Millionen Mark wurde ins albanische Krisengebiet entsandt. Die Militärgüter seien zum Teil an die Rebellen-Armee UCK gelangt." Ein beteiligter MAD-Mitarbeiter sagte gegenüber "Monitor", die Aktion sei "von ganz oben" erwünscht gewesen. Von Bill Foxton, dem Leiter des OSZE-Beobachterbüros an der Grenze zwischen Albanien und Kosovo, wurde Ende Juni 1998 "erstmals entdeckt, daß die UÇK plötzlich uniformiert ist. Und zwar mit deutschen Feldanzügen." (ARD-Magazin Monitor)

"US-Unterhändler Richard Holbrooke hatte im Juli letzten Jahres auf einer Kosovo-Rundreise in Erfahrung gebracht, "wie wichtig Gelder aus Deutschland, Dänemark und der

"Schweiz für die UÇK" seien. ...Seit 1992 wurden jährlich mehr als zehn Millionen Mark für den "Fonds der Republik Kosovo" gesammelt. Kosovo-Albaner in der Bundesrepublik und anderswo wurden angehalten, drei Prozent ihres Einkommens an diesen Fonds zu spenden. Unter dem Stichwort "Heimat bittet um Hilfe" hat die demokratische Vereinigung der Albaner in Deutschland" (DVAD) vor fünf Jahren eine weitere Bankverbindung eingerichtet, auf die allein im April1998 sieben Millionen Mark eingegangen sind." (nach Jürgen Elsässer, aus konkret 3/99, S. 35)

6. Wir beschuldigen die deutsche Außenpolitik des Schürens von Nationalitätenkonflikten in Jugoslawien zum Zwecke der Destabilisierung und darauffolgender Durchsetzung deutscher Interessen.

Die Konflikte in Jugoslawien werden von der BRD seit Jahren bewußt geschürt. Bereits vor Jahren führte der Alleingang der BRD bei der Anerkennung Kroatiens zum Ausbruch des kroatisch-serbischen Krieges. In Jugoslawien mischt sich die Bundesrepublik ein, anderswo nicht. Der Kosovo ist ein Krisengebiet, in dem eine Befreiungsbewegung operiert.

Die UÇK wird von der BRD unterstützt, die kurdische Befreiungsbewegung hingegen z. B. nicht. Nach dem letzten Bericht von amnesty international wird in 117 Staaten der Erde gefoltert. Deutschland unterhält zu 117 dieser Staaten diplomatische Beziehungen. Deutschland hat in 117 dieser Staaten noch nicht militärisch interveniert.

7. Wir verurteilen die fortgesetzte Militarisierung deutscher Außenpolitik und die Bevorzugung von kriegerischen Mitteln der Konfliktlösung durch die rot-grüne Bundesregierung.

Die Inszenierung Jugoslawiens als Krisenherd diente der Durchsetzung eines schrankenlosen Interventionismus, der es den westlichen Industrienationen erlaubt, ihre ökonomischen Interessen qua Konstruktion von Krisenherden weltweit mit Waffengewalt durchzusetzen.

8. Wir beschuldigen die rot-grüne Bundesregierung, den verfassungswidrigen Umbau der Bundeswehr in eine Angriffsarmee weiter voranzutreiben und die Lehren aus der deutschen Geschichte zu verleugnen.

Seit der "Wiedervereinigung" wird die Bundeswehr mit neuer Strategie, Struktur und Bewaffnung zur Angriffsarmee aufgerüstet. Aus militärischer Sicht ist der Jugoslawieneinsatz eine Ernstfall-Übung zum Test der neuen deutschen Armee.

9. Wir beschuldigen die rot-grüne Bundesregierung, die Weltmachtstellung Deutschlands zum Zwecke der gewaltsamen und gewaltlosen extraterritorialen Einflußnahme mit allen Mitteln auszubauen. Zitat aus den geltenden verteidigungspolitischem Richtlinien der Bundeswehr vom 26. November 1992:

"Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung. Einflußnahme auf die internationalen Institutionen und Prozesse im Sinne unserer Interessen und gegründet auf unserer Wirtschaftskraft, unserem militärischen Beitrag und vor allem unserer Glaubwürdigkeit als stabile, handlungsfähige Demokratie."

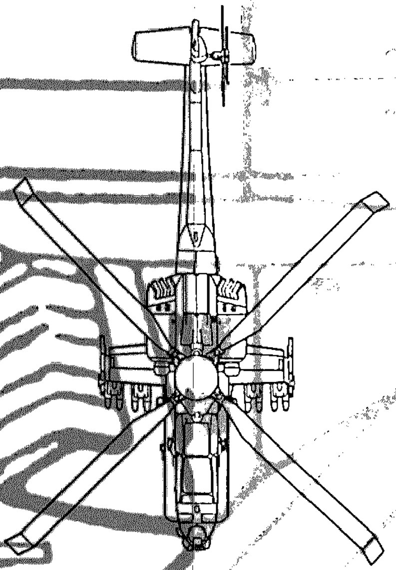
10. Wir klagen die rot-grüne Bundesregierung und die NATO an, die internationale Perspektive von Abrüstung und einer gerechten Weltwirtschaftsordnung zunichte zu machen.

Die Kosten der derzeitigen 215 Beschaffungsprojekte der Bundeswehr belaufen sich auf fast 200 Milliarden DM. Während überall der Sparzwang diktiert, wird der vorhandene Reichtum für militärische Aktionen verpulvert, anstatt die Friedensbewegung, z.B. in Jugoslawien, zu unterstützen.

Zitat Joseph Fischer, heute Außenminister:

"Für die Zukunft sehe ich die erhebliche Gefahr, daß die Bundesregierung, Koalition und Generalität nach den Gesetzen der Salamitaktik Anlässe suchen oder Anlässe schaffen werden, um die Barrieren abzuräumen, die es gegenüber der Außenpolitik des vereinigten Deutschland noch gibt. Als Vehikel dienen dabei die Menschenrechts- und die Humanitätsfragen." (30.12.1994, Die Woche)

Anm. der SF-Red.: die IMI-Beirätin aus Tübingen, Claudia Heydt, ist aus Protest gegen die Befürwortung der Angriffe auf Serbien aus der Partei Die Grünen ausgetreten.



II. War Resisters International (Internationale der KriegsdienstgegnerInnen - WRI)

ein internationales Netzwerk von mehr als 70 pazifistischen Gruppen in über 30 Ländern, einschließlich der Bundesrepublik, Jugoslawien und Kroatiens, verurteilen die Bombardierungen der NATO und die Heuchelei der NATO-Regierungen bei der Inszenierung dieses Krieges.

Die ursprüngliche Begründung für die Drohung mit militärischen Aktionen war, Milosevic zur Unterzeichnung der Friedensvereinbarungen zu bewegen.

Das ist eine fatale Mißdeutung Milosevic's und der Stimmung der serbischen Menschen nach Jahren nationalistischer Propaganda. Weit entfernt davon, Milosevic zu unterminieren, erlaubt es ihm stattdessen die serbischen und jugoslawischen Traditionen heldenhafter militärischer Verteidigung zu erschließen.

Jetzt ist die aktuelle Begründung, daß die Bombardierung eine humanitäre Katastrophe verhindern sollen. Schon in dem Moment, in dem dies geschrieben wird, ist klar, daß ein noch größeres Desaster ausgelöst wird – und mit der Evakuierung der OSZE-Verifizierungsmission und ausländischer Hel-

ferInnen und der Ausweisung ausländischer JournalistInnen gibt es jetzt sogar weniger Möglichkeiten, darauf zu reagieren.

Die NATO hat die Konflikte im ehemaligen Jugoslawien genutzt, um ihre Rolle neu zu definieren und sich selbst als Weltpolizist darzustellen. Um dies zu erreichen verfolgt die NATO ihre eigenen Organisationsinteressen – gegen die Interessen nichtmilitärischer internationaler Körperschaften wie der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und der Vereinten Nationen – und sie entscheidet über militärische Aktionen entsprechend der Logik der eigenen Organisation. Sie ist selektiv darin, welchen Verbrechen sie abzuhelfen versucht, und was als »humanitäre Katastrophe« zählt.

Die NATO-Bombardierungen sind weit davon entfernt, Milosevic's Regime zu schwächen und Kosovo-AlbanerInnen zu schützen und haben schon jetzt verheerende – und vorhersagbare – Konsequenzen. Im Kosovo selbst herrscht nun »Jadgsaison« für SerbInnen – sei es Polizei, Militär, Paramilitärs oder bewaffnete ZivilistInnen – gegen die gesamte albanische Bevölkerung und ihre Institutionen. In Serbien selbst hat Belgrad bereits Aktionen gegen Anti-Kriegs-Stimmen, wie das Radio B92, unternommen.

Die Regierungen, die die NATO bilden, haben sehr wenig aktives Interesse gezeigt, die gewaltfreien Anstrengungen der Kosovo-AlbanerInnen in den neun Jahren zu unterstützen, in denen sie sich weigerten, als Antwort auf die serbische Repression und Gewalt zu den Waffen zu greifen. Tatsächlich stimmten sie dem Ausschluß des Kosovo aus den Vereinbarungen von Dayton zu. Zu den Gelegenheiten, zu denen ausländische Regierungen anerkannten, daß die Unterdrückung von 90 Prozent der Bevölkerung alles andere darstellte als eine »interne Angelegenheit« Serbiens, boten sie nur Zusicherungen, die sie noch nicht einmal versuchten in die Tat umzusetzen. Acht Jahre lang hielten die AlbanerInnen des Kosovo an ihrer Strategie fest, sich der Gewalt zu enthalten, und konzentrierten sich auf die Aufrechterhaltung ihres sozialen Zusammenhaltes und ihrer Institutionen wie paralleler Schulen. Ihr gewaltfreier Kampf, unter Anwendung von Streiks, Boykotts, friedlicher Demonstrationen und alternativer Institutionen, wurde von der Welt im wesentlichen ignoriert.

Anstatt an einer Weltordnung, die auf der NATO basiert, die das Völkerrecht bricht um militärische Aktionen durchzuführen, arbeitet War Resisters International an der Stärkung gewaltfreier Methoden des Umgangs mit Konflikten. Wir haben gegen den Militarismus des Milosevic-Regimes gearbeitet; wir haben mit dem Balkan Peace Team an der Förderung des Dialogs zwischen SerbInnen und AlbanerInnen gearbeitet; und wir haben daran gearbeitet, das Bewußtsein für die Vielfalt gewaltfreier Methoden gesellschaftlichen Kampfes zu vergrößern, die in solchen Situationen angewendet werden können. Eine mehr von Verständnis geprägte Reaktion auf die Kosovo-albanische Bevölkerung von Seiten der Regierungen, die jetzt bereit sind, Serbien, Kosovo, die Vojvodina und Montenegro zu bombardieren, hätte einen entscheidenden Untersdchied machen können. Unglücklicherweise unterblieb das. Ihre Entscheidungen sind dominiert von kurzfristigen Überlegungen der Machtpolitik und »militärischer Realität«. Der »Kriminelle«, den sie jetzt an den Verhandlungstisch bomben wollen, ist genau der Mann, den sie als »Garant des Friedens von Dayton« aufgebaut haben. Die Mission der OSZE-»VerifiziererInnen« war zu klein, zu spät. Hastig improvisiert, ärmlich vorbereitet, und mit einem Mandat, daß unangemessen ausgedrückt war, schafften es die OSZE-VerifiziererInnen einige Brennpunkte zu entschärfen. Sie begannen eine Kooperation mit einigen zivilgesellschaftlichen Gruppen aufzubauen, doch konnten sie die anwachsende Welle der Gewalt nicht eindämmen. Stattdessen verifizierten sie zunehmend, daß eine Greueltat begangen worden war. Trotzdem war ihr Einsatz den Bombardierungen der NATO vorzuziehen.

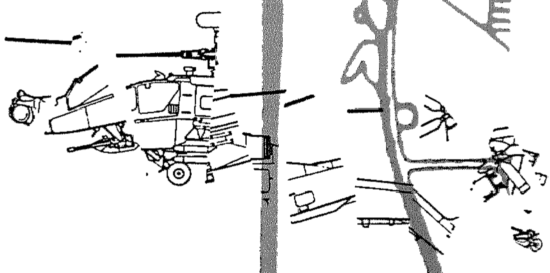
Die NATO besteht nicht, um Bevölkerungen zu schützen, die dazu verurteilt sind, unter kriminellen Regimes zu leben. Wie kann sie auch, wenn unter ihren eigenen Mitgliedern Länder wie die Türkei sind, deren Methoden gegen die KurdInnen vergleichbar grausam sind? Die militärische Strategie der NATO im Kosovo wurde nicht im Interesse der Bevölkerung entworfen, sondern zur Minimierung der Risiken der eigenen SoldatInnen der NATO – unabhängig von den Konsequenzen für diejenigen, die nun Geiseln der serbischen Rache sind. Die neue Strategie der NATO scheint ein Test für neue Waffensysteme in einem großen Angriff auf einen mitteleuropäischen Staat zu sein, mit dem erstmaligen Einsatz von B2-Bombern der US Air Force, erstmaliger aktiver Kampfbeteiligung deutscher Luftstreitkräfte seit dem Zweiten Weltkrieg, und der militärischen Integration neuer NATO-Mitglieder in das Militärkommando des Europäischen NATO-Hauptquartiers. Der NATO-Angriff auf Jugoslawien ist ein erstes Beispiel der neuen NATO-Strategie, die im April verabschiedet werden wird. In dieser Strategie betont die NATO ausdrücklich ihr »Recht«, auf eigene Faust überall in der Welt zu intervenieren, ohne die Notwendigkeit eines Mandates der UNO oder anderer zwischenstaatlicher Körperschaften.

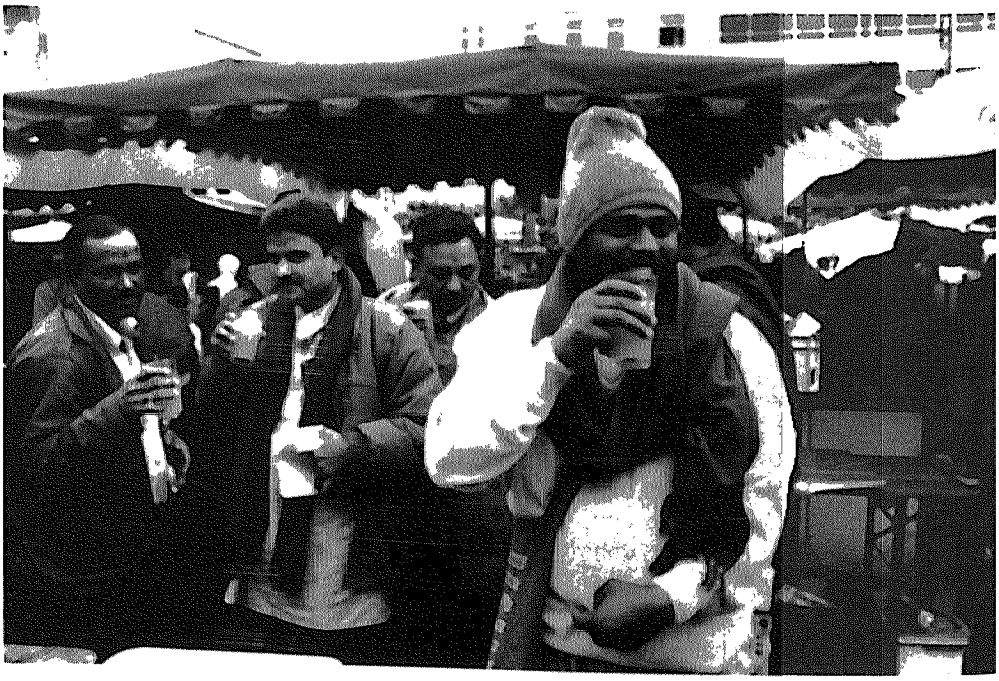
Unter den aktuellen Umständen fordert die WRI eine Beendigung der NATO-Luftangriffe und ruft ihre Mitglieder auf, Mahnwachen und andere Demonstrationen gegen die NATO an passenden Botschaften oder Kriegsministerien oder Luftwaffenbasen zu organisieren. Wir rufen die Soldaten aller Staaten, die an dem Angriff beteiligt sind, auf, sich der Beteiligung an diesem Krieg zu verweigern.

Mittelfristig werden wir versuchen mit unseren FreundInnen in den Anti-Kriegs-Gruppen Serbiens und mit Menschen im Kosovo zu arbeiten, die versuchen, einen gerechten Frieden zu schaffen.

Längerfristig verdoppelt die WRI ihre Verpflichtung, zivile Antworten auf Konflikte zu fördern – insbesondere die Entwicklung von Gewaltfreiheit als ein Mittel, soziale Kämpfe zu führen, und die Nutzung von Methoden gewaltfreier Konfliktlösung und des Dialogs.

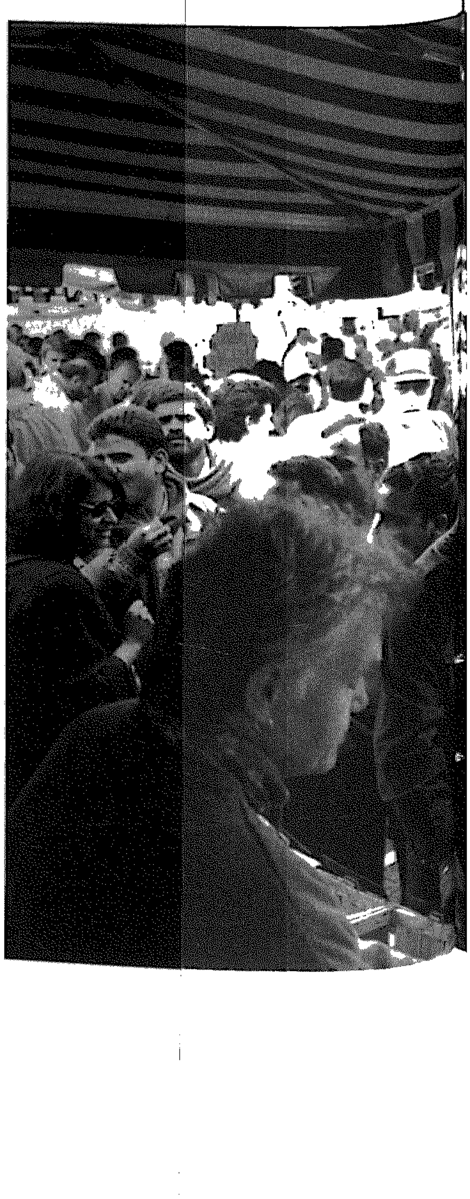
26.03.1999 ★





"Wir wollen kein Geld vom Westen, wir wollen auch keine westlichen Technologien oder 'Experten', die uns ihr Entwicklungsmodell aufschwatzen. Wir lassen uns auch nicht als politisches Werkzeug mißbrauchen, um die Eliten um Reformen zu bitten, die wir nie verlangt haben. Wir wollen nur unsere Kraft organisieren und sie kombinieren mit der Kraft von anderen Bewegungen aus dem Norden und aus dem Süden, um die Kontrolle über unser Leben wiederzugewinnen. Wir wollen keinen Platz am globalen Verhandlungstisch erobern, wir wollen auch keine blutige Revolution; wir sind nur daran, einen weiteren Schritt in dem langen Prozeß der Erschaffung einer anderen Welt zu gehen, einer Welt, die durch lokale Veränderungen der Wertvorstellungen und tägliche Wahl von Millionen von Menschen real werden wird. Wir teilen diese Vision mit unseren europäischen FreundInnen, die dieses Projekt verwirklichen helfen, Männer und Frauen, die an der Schaffung einer anderen Gesellschaft in ihrer Region arbeiten. Wir hoffen, daß unser Besuch dazu beiträgt, die Zahl der europäischen FreundInnen zu erhöhen, die sich diesem Ziel widmen. Das wäre das schönste Hoffnungszeichen, das wir auf eurem Kontinent finden können."

(aus dem Manifest der TeilnehmerInnen)





"Die Erschaffung einer anderen Welt"

Fotoreportage zur ICC-Karawane zum Gipfel in Köln

Text: B. Scharlowski   Fotos: J.J. Hofmann



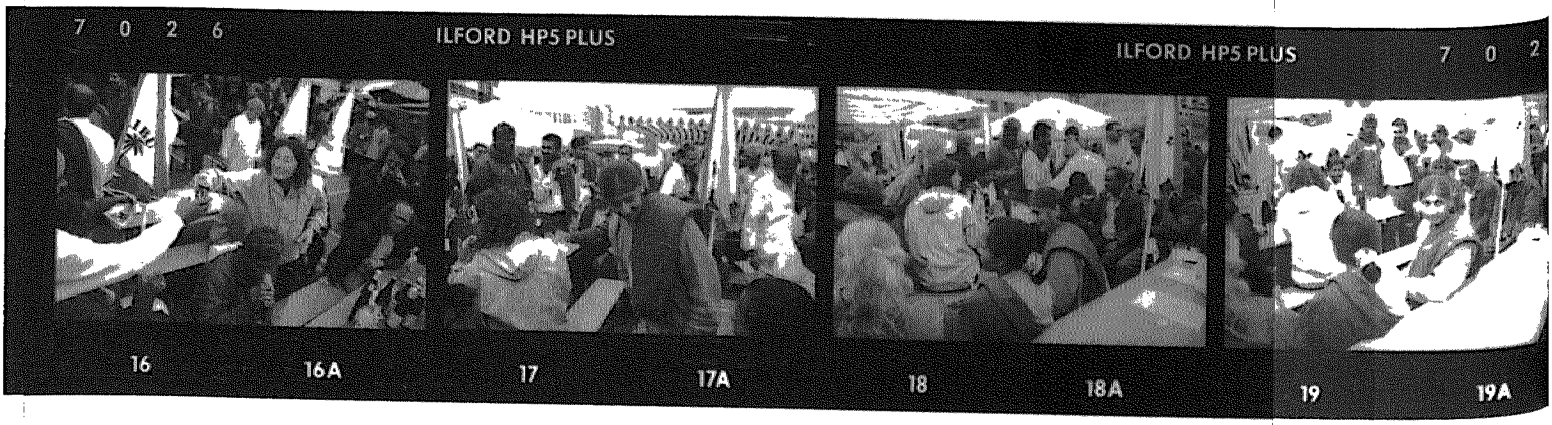
Von Ende Mai bis Ende Juni befanden sich 500 indische Bauern und Bäuerinnen in Europa. Gemeinsam mit Menschen aus anderen Basisorganisationen bildeten sie die Internationale Karawane (s. auch Schwarzer Faden Nr. 67). Ziel ihrer Reise war der Versuch, direkt mit Menschen aus Europa in Kontakt zu treten und mit ihnen über globale Probleme, die Auswirkungen auf die alltäglichen Lebensverhältnisse und mögliche gemeinsame Auswege zu diskutieren. Zum Abschluß ihres Aufenthaltes in Europa besuchte die Protest-Delegation Köln, wo zu diesem Zeitpunkt der Weltwirtschaftsgipfel tagte. Unsere Bilder dokumentieren den Aufenthalt eines Teils der Karawane in Frankfurt, wo die Inder und Inderinnen einen lokalen Erzeugermarkt besuchten und im Café ExZess im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung versuchten, mit Leuten aus der Region ins Gespräch zu kommen.[1]

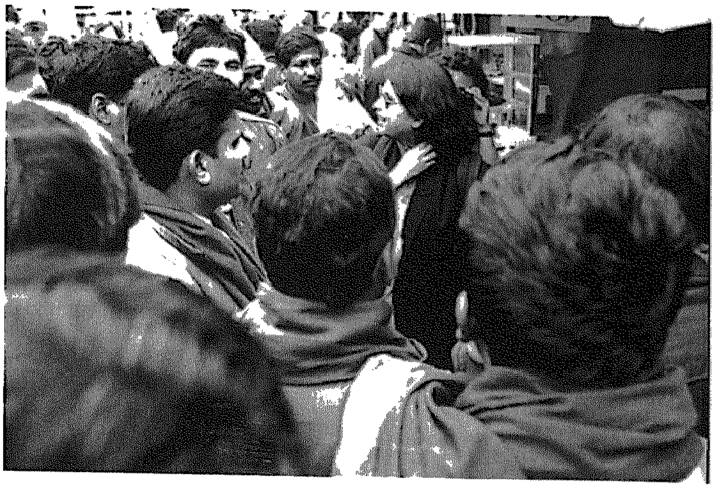
B.S.

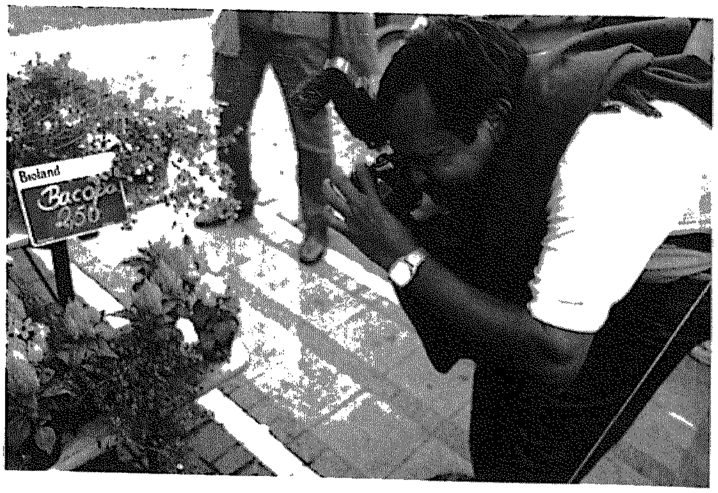
1. Die Frankfurter Veranstaltung wurde u.a. vom Dritte Welt-Haus und dem Institut für Erziehung und Internationale Entwicklungsprozesse der Uni Frankfurt organisiert.

"Wir kommen nach Europa um mit Leuten auf der Straße zu sprechen und mit Männern und Frauen Kontakt aufzunehmen, die genauso wie wir von der weltweiten Mißordnung betroffen sind. Wir kommen, um zu einem neuen politischen Raum beizutragen, der einen Wandel in Europa herbeiführen kann. Wir hoffen auch, daß wir unsere Verbindungen zu den europäischen Menschen stärken können, die dieselben Ideale vertreten wie wir und wollen vielleicht sogar helfen, Kontakte unter ihnen zu knüpfen. Dies verstehen wir als einen Schritt hin zu neuen und effizienteren Formen der Zusammenarbeit zwischen den betroffenen Menschen in diesem gemeinsamen Kampf."

(aus dem Manifest der TeilnehmerInnen)

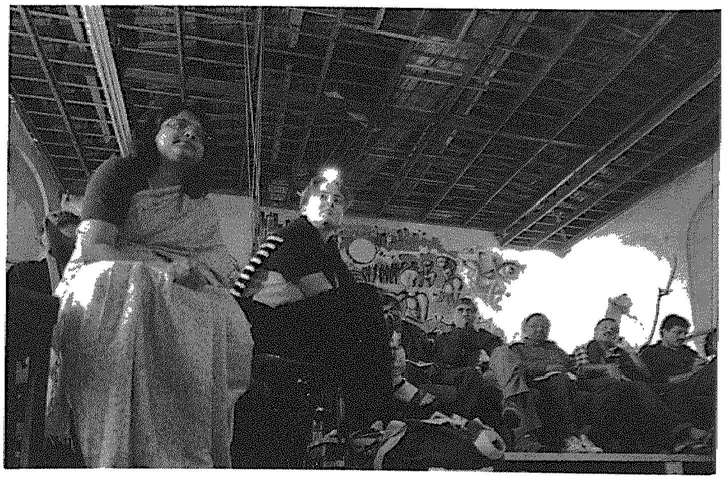


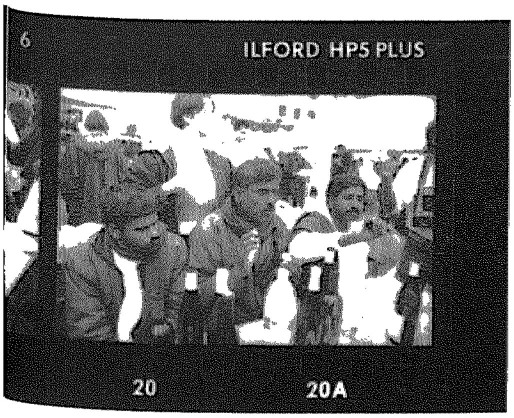






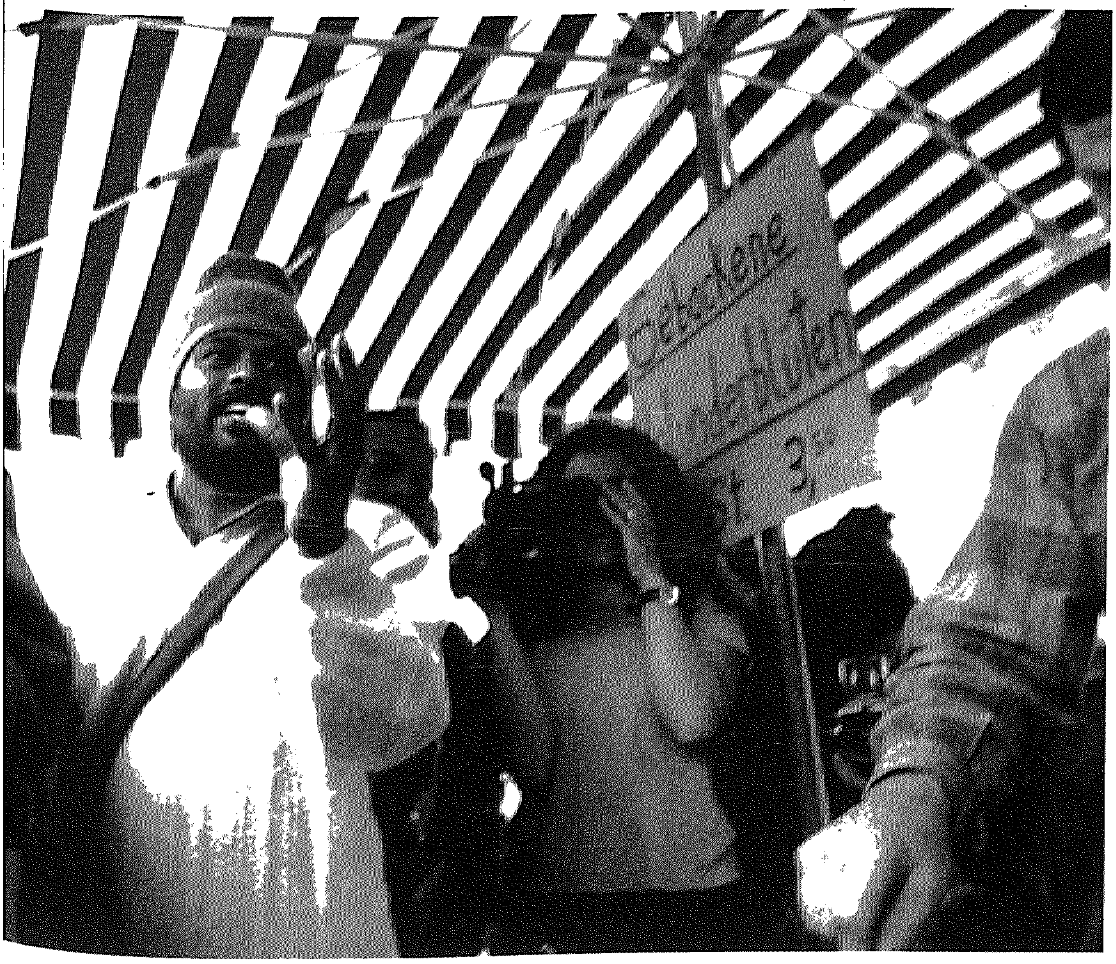






"Wir wollen dem Norden vermitteln, wie der Süden das System der Ausbeutung und des Genozids erlebt, das uns von Euren Regierungen und internationalen Institutionen wie der WTO (Welthandelsorganisation) und den multinationalen Konzernen aufgezwungen wird. Wir wollen Euch aus erster Hand eine Vorstellung davon geben, welche Auswirkungen diese Institutionen auf uns haben, und wie sie unser Leben zerstören. Im Süden ist die Dringlichkeit einer radikalen politischen Veränderung offensichtlich. Wir hoffen, daß dieses Projekt dazu beitragen wird, dieses Bewußtsein in der europäischen Öffentlichkeit zu verbreiten."

(eine Teilnehmerin der Reise)

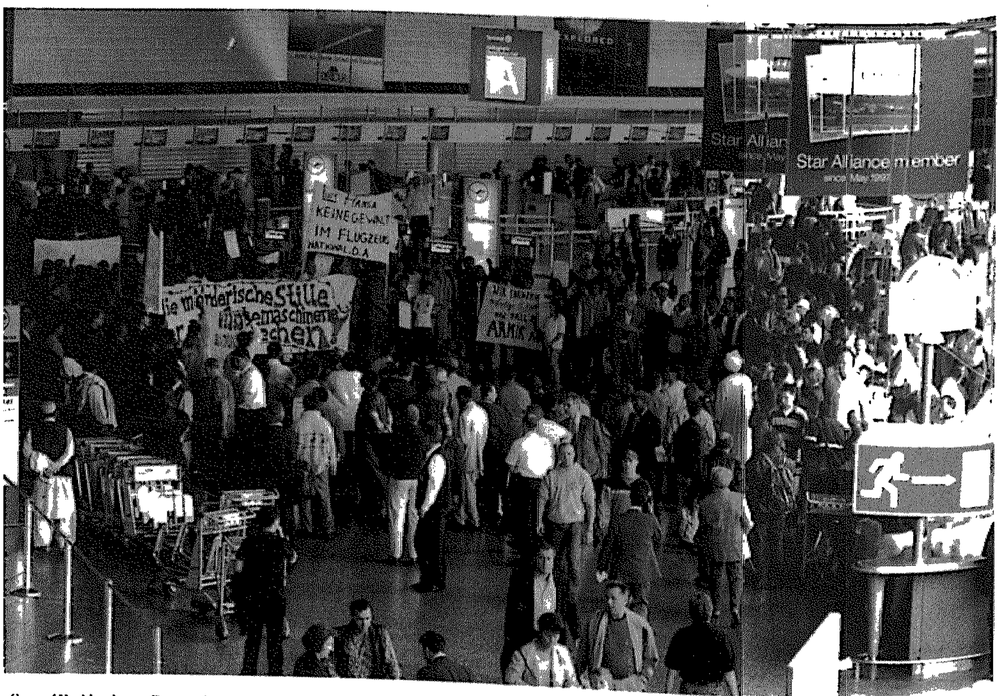






"Wir sind überzeugt, daß eine grundsätzliche Umwandlung nicht nur eine ethische Pflicht und ein realisierbares Projekt, sondern auch eine dringende Notwendigkeit ist. Angesichts der Lebensunfähigkeit des aktuellen wirtschaftlichen Systems und der Labilität der politischen und sozialen Ordnung muß sehr bald ein radikaler Wechsel stattfinden. Die nächsten Jahrzehnte werden eine sich schnell verändernde Welt erleben, aber die Richtung des Wandels ist noch nicht festgelegt. Wenn wir uns nicht aktiv an der Gestaltung der Zukunft beteiligen, könnte das Resultat des Wandels schlimmer sein als das aktuelle System."

(aus dem Manifest der TeilnehmerInnen)



"In vielen Ländern des Südens ist ein großer Teil der Bevökerung von der Notwendigkeit eines radikalen Wandels der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnung überzeugt, was in den Ländern des Nordens nicht der Fall zu sein scheint. Für uns ist klar, daß dieser Wandel ein partnerschaftlicher Prozeß ist, der durch die Menschen und nicht durch die Institutionen in Gang gebracht und kontrolliert werden muß. Wir wissen, das eine Veränderung in unserem Sinn nicht von den Zentren der Macht ausgehen wird, nicht von den internationalen Institutionen, nicht von den nationalen Regierungen und nicht von den multinationalen Konzernen, denn ihre Macht ist ein zentraler Teil des Problems. Eine Veränderung hin zu einer gerechten Welt kann nicht mehr auf lokaler oder nationaler Ebene realisiert werden, da wir in einer globalen Welt leben. Niemand kommt an dieser Realität vorbei. Deshalb hängt es von der Mobilisierung und dem Bewußtsein einer breiten nördlichen Öffentlichkeit ab, wenn unsere Kämpfe im Süden eine Aussicht auf Erfolg haben sollen."

(aus dem Manifest der TeilnehmerInnen)

Der Kampf um größere Bewegungsfreiheit im Käfig

Gespräch Noam Chomskys mit David Barsamian

I: In der Dritten Welt

David Barsamian: *Du bist ja gerade von einer vierwöchigen Reise nach Brasilien, Argentinien und Uruguay zurückgekommen. Ich möchte dir von einem kleinen Ausflug nach Florence erzählen, den Howard Zinn und ich gemacht haben.*

Noam Chomsky: Florenz in Italien? Schön wär's. Nein, ich meine Florence in Colorado, wo gerade ein neues Hochsicherheitsgefängnis gebaut worden ist. Ungefähr zur selben Zeit las ich, daß die Klassenzimmer in den Schulen von New York City so überfüllt sind, daß die Schüler in Cafeterias, Turnsälen und Umkleideräumen unterrichtet werden müssen. Ich fand diese gegensätzliche Entwicklung ziemlich bemerkenswert: auf der einen Seite das Gebäude in Colorado, nagelneu, hohe Decken, überall Glas, Kachelböden, und auf der anderen Seite das, was sich im umfangreichsten öffentlichen Schulsystem des ganzen Landes abspielt.

Dafür gibt es mehrere Gründe, die gewiß nicht ohne Bezug zueinander sind. Beides richtet sich gegen denselben Teil der Bevölkerung. Es handelt sich um eine Art Überflußbevölkerung, der man keine Ausbildung zu geben braucht, weil man sie sowieso abgeschrieben hat. Und da wir ja zivilisierte Menschen sind, stecken wir diese Leute ins Gefängnis, statt Todesschwadronen auszuschicken, die sie einfach umbringen. Aber in den reichen Vorstädten, wo die Wohlhabenden wohnen, müssen sich die Kinder nicht auf der Straße herumtreiben. Sie haben Klassenzimmer. Sie schickt man auch nicht ins Gefängnis, selbst wenn sie ein Verbrechen nach dem anderen begehen. So werden jetzt die Gefängnisse größtenteils mit Leuten gefüllt, denen Drogenvergehen zur Last gelegt werden, wobei es sich im allgemeinen um recht unwesentliche Straftaten handelt. Aber Bankiers habe ich im Gefängnis bisher noch keine gesehen, obwohl alles darauf hindeutet, daß mehr als die Hälfte aller Drogengelder durch die Hände von US-Banken geht. Meines Erachtens stehen die beiden Phänomene, von denen wir sprechen, also nicht nur in Bezug zueinander, sondern sie sind praktisch ein- und dasselbe. Sie richten sich gegen denselben Bevölkerungsteil, der vom Standpunkt der kurzfristigen Jagd nach Profit nutzlos ist. Und dieser Teil wird von Gesellschaft zu Gesellschaft unterschiedlich behandelt.

Dazu kommt noch ein weiterer Faktor. Der Bau von Gefängnissen ist ein staatlicher Wirtschaftszweig und bildet mittlerweile einen bedeutenden Stimulus für die Wirtschaft. Diese Form staatlicher Nachfrage hat noch nicht die Dimensionen des Pentagonsystems, ist aber schon seit einigen Jahren immerhin rasch genug am Wachsen, um große Finanzinstitutionen wie Merill Lynch dazu zu bewegen, Aktien für den Gefängnisbau anzubieten. Auch die Hightech-Industrie hat schon ihr Interesse angemeldet. Dort befaßt man sich schon seit einigen Jahren mit Plänen zur Verwaltung des Gefängnisbereichs mittels Hochtechnologie, das heißt, mit Supercomputern und in vielleicht nicht allzu ferner Zukunft mit eingepflanzten Elektroden und ähnlichem mehr. Ich wäre nicht sonderlich überrascht, wenn die Gefängnisbevölkerung bald nicht mehr weiter steigen würde und mehr und mehr Leute dann einfach in ihrer Wohnung gefangengehalten würden. Wenn man an die Möglichkeiten der neuen Technologien denkt, liegt es wahrscheinlich im Bereich des Möglichen, Überwachungsgeräte zu verwenden, mit denen man die Leute kontrollieren kann, egal wo sie sind.

Es gibt jetzt eine Menge Aufregung über das Straßenverbrechen. Das FBI schätzt die dadurch verursachten Schäden auf 4 Milliarden $ im Jahr, eine Zahl, die im Verlauf der letzten Jahre recht stabil geblieben ist. Ralph Nader dagegen spricht vom „Verbrechen in Nadelstreifen", der Kriminalität der Weißen Kragen. Die Organisation Multinational Monitor *schätzt die Schäden dieser Verbrechen auf etwa 200 Milliarden $ im Jahr.*

Wenn es, wie du sagst, eine Menge Aufregung um das Straßenverbrechen gibt, stimmt das, aber die Frage ist doch, ob diese Art von Verbrechen ein hohes Ausmaß hat. Aber was das betrifft, hat sich seit vielen Jahren sehr wenig verändert. Auch wenn das Ausmaß bei uns verglichen mit anderen Gesellschaften hoch ist, ist der Unterschied nicht riesengroß. Es gibt nur ein Hauptgebiet, auf dem die USA mit gewaltigem Abstand in Führung liegen. Das sind die Morde mit Schußwaffen. Aber das liegt an dem Waffenkult, der bei uns betrieben wird. Wenn man sich die restliche Kriminalität ansieht, liegen die USA irgendwo am oberen Ende des Spektrums der Industriegesellschaften. Daran hat sich nicht viel geändert. Woher also die Aufregung?

Ich denke, das hat nichts mit dem Kriminalitätsproblem als solchem zu tun. Das wirkliche Problem ist das Problem der sozialen Kontrolle. Es gibt bei uns sehr engagierte Anstrengungen,

die USA in ein Land mit der grundlegenden Struktur einer Gesellschaft der Dritten Welt zu verwandeln, in der es Sektoren enormen Reichtums gibt, zugleich aber auch viele Menschen außerhalb jedes sozialen Netzes und ohne Arbeit sowie eine Menge von Menschen, die einfach überzählig sind. Und mit denen muß man irgend etwas tun. Zunächst einmal muß man dafür sorgen, daß sie nicht merken, daß da etwas verkehrt läuft und sich nicht etwa einfallen lassen, etwas dagegen zu tun. Die beste Art, das zu erreichen, war schon immer, sie dazu zu bringen, sich gegenseitig zu hassen und zu fürchten. Jede auf Zwang aufgebaute Gesellschaft verfällt sofort auf diese Methode. Und das Thema der Kriminalität eignet sich dafür geradezu perfekt. Also bringt man die Leute dazu, sich über die Kriminalität Sorgen zu machen und nicht über die Tatsache, daß ihre Löhne nach unten gehen und daß andere Leute sich auf ihre Kosten bereichert haben. Man suggeriert ihnen, sie müßten sich ständig dagegen zur Wehr setzen, von irgendwelchen Ghettojugendlichen ausgeraubt oder von Sozialhilfemüttern, die ein Kind nach dem anderen kriegen, ausgeplündert zu werden. Das ist die eine Technik der sozialen Kontrolle.

Dann braucht man noch eine weitere Technik für die Leute, für die man keine Verwendung hat, deren Jobs man lieber nach Mexiko transferiert. Dadurch entsteht eine Klasse überflüssiger Leute, und sie müssen auf eine andere Art kontrolliert werden, zum einen durch „soziale Säuberung", zum andern dadurch, daß man sie ins Gefängnis wirft. So gesehen dient die Aufregung um die Kriminalität ganz gewiß einem Zweck. Es ist bemerkenswert, daß die USA vielleicht die einzige Gesellschaft sind, in der Kriminalität ein politisches Thema ist. Politiker müssen Position zu der Frage beziehen, wer von ihnen schärfer gegen die Kriminalität vorgeht. Im größten Teil der Welt wird das als soziales Problem angesehen. Es ist nichts, worüber in den Wahlkämpfen gestritten wird.

Der größte Teil der Inhaftierungen wird mittlerweile mit Drogenvergehen begründet; auf jeden Fall ist der diesbezügliche Prozentsatz sehr hoch, und dabei geht es meistens um kleine Dealer. Auf der anderen Seite geht, wenn man Berechnungen internationaler Organisationen wie der OECD (Organisation für wirtschaftliche Kooperation und Entwicklung) glauben kann, mehr als die Hälfte des schmutzigen Geldes, des Drogengeldes durch US-Banken. Die letzte Schätzung, die ich gesehen habe, lag bei mehr als einer Viertelbillion Dollar. Eine solche Zahl sagt doch immerhin einiges aus; sie liegt ungefähr so hoch wie die der US-Auslandsinvestitionen. Die letzten Zahlen des Handelsministeriums über die direkten Auslandsinvestitionen in der westlichen Hemisphäre (unter Ausschluß von Kanada, das Europa zugerechnet wird), die ich gesehen habe, stammen von 1994 – also aus der Zeit, als es all die Begeisterung über die neu entstehenden Märkte gab. Dann stellt sich aber heraus, daß 1994 ein Viertel aller direkten Auslandinvestitionen auf die Bermudas und etwa weitere 15 Prozent auf die Kaiman-Inseln und in andere Steueroasen flossen. Ein weiterer Teil ging nach Panama, während der Großteil des Rests aus Spekulationsgeldern bestand, mit denen Obligationen in Brasilien und ähnliches gekauft wurden. Das heißt, daß annähernd die Hälfte dessen, was hier als Auslandsinvestitionen bezeichnet wird, irgend eine Variante von schmutzigem Geld ist. Schließlich bauen sie auf den Bermudas keine Fabriken damit. Die wohlwollendste Interpretation wäre noch, daß es sich um eine Form der Steuerflucht handelt. Eine weniger wohlwollende Interpretation würde besagen, daß diese Investitionen etwas mit der Manipulation des Flusses an Drogenkapital zu tun haben, und das ist sehr wohl denkbar

Aber Unternehmenskriminalität wird ja nicht wirklich als Verbrechen angesehen. Wenn wir einmal den Sparkassenskandal um S & L nehmen – ist das ein Verbrechen? Nur ein winziger Teil davon wird als Verbrechen behandelt. Der größte Teil des Schadens wird einfach auf den Steuerzahler abgewälzt, der am Ende für die Firmen in die Bresche springen muß. Wenn wir uns einmal die Dinge ansehen, die tatsächlich unter die Kategorie „Verbrechen" fallen, finden wir, daß das meiste davon weder untersucht noch verfolgt wird. Ist das überraschend? Warum sollten reiche und mächtige Leute zulassen, daß man sie deswegen verfolgt?

SF-Redaktionstip Nr. 1
(alle Redaktionstips können über den SF auch bestellt werden):
Dieter Scholz verfasste 477 S. zum Thema "Anarchistische Ideen in Kunst und Kunsttheorie 1840-1920". Erschienen im Reimer-Verlag, Berlin 1999 unter dem Titel "**Pinsel und Dolch**". 98.-

Du hast gerade erwähnt, daß es in den USA enorm viele Tote durch Schußwaffen gibt, nämlich jährlich 24.000. Russell Mokhiber von Coroprate Crime Reporter *hat darüber geschrieben und hat dabei zwei Zahlen miteinander verglichen, nämlich die 24.000 Toten pro Jahr durch Schußwaffen und die 56.000 Amerikaner, die jährlich durch Unfälle am Arbeitsplatz oder Berufskrankheiten sterben.*

In den achtziger Jahren hat die Reagan-Administration gegenüber der Geschäftswelt klar durchblicken lassen, daß diese Kreise für Gesetzesübertretungen nicht bestraft würden. Das führte dann unter anderem dazu, daß Verstöße gegen die Bestimmungen des OSHA (Büro für Sicherheits- und Gesundheitsverwaltung) nicht mehr untersucht oder verfolgt wurden. Die Zahl der Berufskranken und der Unfälle ging danach stark in die Höhe. Das heißt, der Staat sagte einfach, Leute, geht mit euren Arbeitern so kriminell um wie ihr wollt. Wir werden uns nicht darum kümmern. Wenn dadurch viele Leute zu Tode kommen, ist das nicht weiter schlimm.

Dasselbe gilt auch für Umweltfragen. Wenn man zum Beispiel die Bestimmungen über die Entsorgung giftiger Abfälle lockert, gibt es entsprechend mehr Tote. In welchem Ausmaß? Die Bemühungen zur Deregulierung, zur Senkung der Ausgaben für Infrastruktur schadet sehr vielen Menschen, und viele werden dadurch sogar getötet. Es muß nicht immer bis zu diesem Punkt gehen, die Schädigung kann eine Reihe von anderen Formen annehmen. Ist dieses Vorgehen deswegen kriminell? Das hängt vom ideologischen Standpunkt ab; ob es „rechtlich" gesehen kriminell ist, ist eine andere Frage.

Im Verlauf der letzten paar Jahre hast du einige Auslandsreisen gemacht, so zum Beispiel nach Australien, nach Indien und kürzlich nach Südamerika. Wie haben diese Reisen dein Verständnis der Entwicklungen in der internationalen Wirtschaft beeinflußt?

Man muß nicht einmal unbedingt Boston verlassen, um sich ein im großen und ganzen zutreffendes Bild zu verschaffen.

Aber das spielt sich auf der Ebene von Statistiken ab, oder? Dabei kommt man ja ausschließlich mit Büchern und Artikeln in Berührung.

Es ist natürlich eine Sache, Zahlen über die Armut in Indien zu lesen und eine andere, durch die Straßen von Bombay zu laufen und zu sehen, wie die Menschen in grausamem, unbeschreiblichem Elend leben.

Wenn man durch die Innenstadt von Boston geht, sieht man ebenfalls furchtbares Elend. Ich habe in New York Dinge gesehen, die genauso schrecklich sind wie alles, was mir in der Dritten Welt begegnet ist.

Vergleichbar mit den favelas *in Brasilien?*

„Vergleichbar" ist ein etwas problematischer Ausdruck. Aber Bedingungen, die so fast genauso schrecklich sind. Was als schlimm empfunden wird, hängt ja auch davon ab, was es in dem Umfeld, in dem man lebt, noch gibt. In der Steinzeit konnte ein Mensch sicher sehr glücklich sein, ohne einen Computer oder einen Fernseher zu haben. Die Menschen in den *favelas* leben zweifellos besser als die Menschen der Steinzeit, obwohl das in Bezug auf Ernährung und Gesundheit vermutlich nicht zutrifft. Aber wir wissen, daß die relative Position der Menschen innerhalb einer Gesellschaft sogar für ihre Gesundheit und ihre Lebenserwartung eine große Rolle spielt. Wenn jemand bedeutend ärmer ist als die anderen Mitglieder der Gesellschaft, in der er lebt, hat das negative Auswirkungen auf seine Gesundheit. Ich würde jedenfalls sagen, daß es Teile von New York oder Boston gibt, die sehr stark dem ähneln, was man in der Dritten Welt findet. So stellte sich zum Beispiel vor einigen Jahren heraus, daß männliche Schwarze in Harlem ungefähr dieselbe Sterblichkeitsrate haben wie die Bevölkerung von Bangladesch. Aber um auf deine Frage zurückzukommen: Wenn man die Dinge aus erster Hand zu sehen bekommt, erfährt man natürlich eine Unzahl von Dingen, über die in der Literatur nichts zu finden ist.

So gibt es zum Beispiel kaum etwas über die vielfältigen Kämpfe zu lesen, mit denen die Bevölkerung versucht, sich mit solchen Problemen auseinanderzusetzen. Wie das vor sich geht, kann man nur an Ort und Stelle herausfinden. Und es gibt eine Menge solcher Kämpfe. Ich habe in Indien und Südamerika vieles gesehen, von dem ich überhaupt nichts wüßte, wenn ich nicht selbst dort gewesen wäre.

In Brasilien hast du Vertreter der Arbeiterpartei getroffen.

Ich habe die Leute von der Arbeiterpartei getroffen, aber ich habe auch viel Zeit in Slums und damit verbracht, Leute zu treffen, die direkt an der Basis arbeiten. Das Treffen mit den Vertretern der Arbeiterpartei war sehr interessant. Besonders Lula ist eine sehr beeindruckende Person.

Es gibt jetzt in Brasilien Verbände landloser Bauern.

Es gibt eine sehr große Bewegung der landlosen Bauern, der es anscheinend gelungen ist, etwa 150.000 Menschen auf besetzten Ländereien anzusiedeln. Als ich dort war, hielten sie zufällig gerade eine Konferenz ab, die von einigen der Aktivisten der Bewegung der landlosen Bauern in der Nähe von Sao Paulo organisiert worden war. Das ist eine sehr wichtige und bedeutende Volksbewegung. Sie haben enge Beziehungen zu den *favelas*, weil die Leute in den *favelas* großenteils Landvertriebene sind. Brasilien hat ein gewaltiges Agrarproblem. Die Landkonzentration ist sehr hoch, es gibt eine riesige Masse ungenutzten Landes, das im wesentlichen als Sicherheit gegen Inflation oder zu Investitionszwecken freigehalten, aber nicht wirklich genutzt wird. Brasilien hat eine lange Geschichte brutaler Einsätze der Armee und des Militärs, besonders seit dem Putsch von 1964. Es hat eine Menge Gewalttätigkeit gegen die Bauern gegeben. Während meines Besuchs fanden gerade informelle Gerichtsverfahren statt, die darauf zurückgingen, daß von offizieller Seite aus nichts unternommen worden war



Foto: J. Faurer



Foto: J. Faurer

und bei denen es um die Morde ging, die letzten April während einer Landbesetzung in einer der nördlichen Regionen letzten April an einigen Dutzend Bauern verübt worden waren. Morde und Gewalttätigkeiten kommen in diesen Auseinandersetzungen sehr häufig vor. Aber gleichzeitig haben die Bauern ihr Organisationsniveau erheblich ausgebaut. Und es gibt – in welchem Maß genau, kann ich nicht sagen – ein gemeinsames Vorgehen der landlosen Arbeiter und der Gruppen, die in den Slums, den *favelas*, den überall zu findenden Elendsvierteln arbeiten. All das steht irgendwie auch in Verbindung mit der Arbeiterpartei, aber ich glaube, niemand hat einen genauen Überblick darüber, wie all das abläuft. Aber alle, mit denen ich gesprochen habe, waren sich darüber einig, daß die meisten landlosen Arbeiter die Arbeiterpartei wählen und unterstützen. Aber in organisatorischer Hinsicht sind sie unabhängig von ihr.

Ich wurde dort übrigens auf einer nationalen Pressekonferenz gefragt, was meiner Ansicht nach der Grund dafür ist, daß viele Leute gegen ihre Klasseninteressen stimmen, indem sie nicht die Arbeiterpartei wählen. Ich bin allerdings nicht unbedingt der Auffassung, daß sie damit gegen ihre Klasseninteressen stimmen. Angesichts der Gesellschaftsstruktur Brasiliens ist eine Stimme für die Arbeiterpartei eine gefährliche Sache, weil die mögliche Konsequenz eines Sieges der Arbeiterpartei eine Kapitalflucht großen Stils wäre – und das würde die Wirtschaft ruinieren. Man muß daran denken, daß diese Gesellschaften einem schwerwiegenden Problem gegenüberstehen: Die Reichen unterliegen dort keiner Kontrolle durch die Gesellschaft; sie haben praktisch keine sozialen Pflichten, ob es nun darum geht, Steuern zu zahlen oder ihr Kapital im Land zu halten. Das ist für die Menschen in Brasilien das Kernproblem: daß der Staat völlig unter der Fuchtel der Reichen steht. Wenn man sich die wichtigsten Probleme, denen die Menschen gegenüberstehen, einmal ansieht, und zwar vom sogenannten Schuldenproblem über die Agrarfrage bis hin zu der enormen Gewalttätigkeit, lassen sie sich im wesentlichen darauf zurückführen. Solange dieses Problem nicht gelöst ist, ist es leicht zu verstehen, weshalb jemand, der arm ist, die Stimme seinem Unterdrücker gibt. Denn wenn er seine Stimme jemandem gibt, der für seine Interessen eintritt, kann ihm das schaden, weil es vermehrte Gewaltanwendung durch die Reichen auslösen wird.

Die Armen in Mittelamerika haben genau dasselbe Problem. Wenn die Armen dort für ihre eigenen Interessen stimmen, wird das dazu führen, daß die Supermacht der Hemisphäre Terror gegen ihr Land organisiert und dirigiert, und das ist ein guter Grund, ein wirklich vernünftiger Grund, nicht für die eigenen Interessen zu stimmen. Einige der Gesellschaften in Mittelamerika sind so schwach, daß sie ihre inneren Probleme angesichts der Übermacht der USA nicht wirklich lösen können. Für die Länder Südamerikas sieht es nicht ganz so schlimm aus; dort gibt es Ressourcen, ein großes Potential, und vermutlich könnten sie mit einigen ihrer wichtigsten Problemen fertig werden, wenn sie sich das zunutze machen würden. Aber das ist bis jetzt nicht geschehen, was alle möglichen, darunter auch historische Gründe hat.

Wäre es angebracht, diese Analyse auch auf die Arbeiter in den USA auszudehnen? Weshalb stimmen allem Anschein nach auch sie gegen ihre Klasseninteressen? Wenn sie überhaupt wählen gehen.

Ich bin gar nicht so sicher, ob das so stimmt. In den USA haben sie nur die Wahl zwischen zwei Parteien, die beide ihre Klassenfeinde sind. Es gibt im politischen System niemanden, der auch nur vorgibt, ihre Klasseninteressen zu repräsentieren. Aber selbst wenn es jemanden gäbe, könnte man sich Gründe vorstellen, diese Kräfte nicht zu wählen. Nehmen wir einmal an, es gibt einen Kandidaten, der meine Interessen vertritt. Nehmen wir weiter an, ich vertraue dieser Person und bin der Ansicht, daß dieser Kandidat genau das tun wird, was ich will. Dann gäbe es immer noch gute Gründe, einen solchen Kandidaten nicht zu wählen, denn es könnte sehr leicht dazu führen, daß die Leute mit wirklicher Macht einem das Leben erheblich schwerer machen würden, zum Beispiel durch Kapitalflucht oder Investitionsstreik. Allerdings ist die Kapitalflucht bei uns kein so unüberwindliches Problem. In Brasilien, Argentinien oder Mexiko und überhaupt jedem Land südlich des Rio Grande sieht die Situation natürlich ganz anders aus. All diese Länder haben ja angeblich ein Schuldenproblem. Das ist es, was notwendige Sozialausgaben und eine gerechte, kontinuierliche Entwicklung verhindert. Jedes vernünftige Projekt, das dort durchgeführt werden könnte, wird von vornherein durch Verweis auf den Zwang, diese Schulden zurückzuzahlen, abgewürgt. Das Argument lautet dann, daß diese Länder aufgrund

dieser Schulden den Befehlen der internationalen Finanzinstitutionen gehorchen und neoliberale marktwirtschaftliche Lösungen genau der Art durchsetzen müssen, die die Reichen für sich selbst niemals akzeptieren, anderen dagegen nur zu gerne aufzwingen. Das ist also das Argument. Aber weshalb gibt es ein Schuldenproblem?

Fragen wir zunächst einmal, ob, sagen wir einmal, *Brasilien* ein Schuldenproblem hat? Brasilien ist laut offiziellen Zahlen vermutlich das Land mit den höchsten Schulden der Welt, aber stimmt das überhaupt? Wenn ich mir Geld leihe, es auf eine Schweizer Bank einzahle und dann meine Kreditgeber nicht bedienen kann, ist das dann dein Problem? Oder meines? Die Antwort auf diese Frage hat nichts mit Wirtschaftswissenschaft zu tun. Es ist eine Frage der moralischen Werte und der Ideologie, die man vertritt. Es sind nicht die Leute in den *favelas*, die dieses Geld geliehen haben. Auch die landlosen Arbeiter haben es sich nicht geliehen. Das Geld wurde von den Generälen und ihren Freunden und den Superreichen geliehen, die den größten Teil davon ins Ausland geschickt haben, sobald die Zinsraten in die Höhe gingen. Damit hinterließen sie eine niederdrückende Schuldenlast, die jetzt von den Armen zurückgezahlt wird.

Es ist interessant, daß über dieses Thema in Brasilien kaum gesprochen wird. Aber wenn es einmal angesprochen wird, verstehen die Leute sehr rasch, worum es geht. Ich glaube kaum, daß das hier bei uns in den USA der Fall wäre. Ich kann mir nicht vorstellen, daß man in den gebildeten Kreisen hier überhaupt verstehen würde, wovon die Rede ist. Das ist einer der verblüffenden Unterschiede, auf die man stößt, sobald man sich aus der Ersten Welt in die Dritte Welt begibt. Die Menschen in der Dritten Welt sind viel aufgeschlossener. Wir leben hier in einer hochgradig indoktrinierten Gesellschaft. Das ist nun einmal Bestandteil der Privilegien von Reichtum und Macht: Man muß nicht wirklich nachdenken. Man kann es sich leisten, selbstgerecht zu sein. In der Dritten Welt sind selbst die Reichen und Mächtigen tendenziell viel aufgeschlossener.

Es geht bei dieser Frage darum, sich von den Fesseln der herrschenden Doktrin zu befreien, was niemals leicht



Foto: J. Faurer

ist. Solange die Menschen das Prinzip akzeptieren, daß Brasilien hohe Schulden hat, und daß die Armen, die das Geld gar nicht geliehen haben, es nun zurückzahlen müssen, wird es mit Sicherheit dabei bleiben, daß die Menschen dort nichts zur Lösung ihrer Probleme tun können. Wenn man sich die Zahlen ansieht, findet man, daß der Betrag des Fluchtkapitals kaum niedriger liegt als der Gesamtbetrag der Schulden. Hier kann man einen interessanten Vergleich zwischen Lateinamerika und den Wachstumsgebieten in Asien ziehen. Die Staaten Lateinamerikas vergleichen sich ständig mit den Wachstumsregionen in Asien, und das durchaus zurecht. Allerdings gibt es zwischen diesen beiden Regionen eine Reihe von Unterschieden. Der erste Unterschied besteht darin, daß zum Beispiel Japan, Südkorea und Taiwan, was immer man sonst über sie denken mag, nicht einfach nur die Arbeiterbewegung und die Armen niederhalten, sondern auch das Kapital und die Reichen kontrollieren. Japan erlaubte bis 1972, also bis zum Abschluß des Wiederaufbaus seiner Wirtschaft, keinen Export von Kapital. So weit ich weiß, erlaubt Südkorea das immer noch nicht. Sie haben Schulden, aber nicht in den Dimensionen Lateinamerikas, denn sie kontrollieren ihre Reichen. Bei ihnen wird das Kapital im Land selbst investiert, statt exportiert zu werden. Die Unterschiede zwischen den Regionen zeigen sich auch in anderen Bereichen. So wird in Lateinamerika, wo die größte Ungleichheit der Welt herrscht, während sie in Ostasien möglicherweise am geringsten ist, nicht nur Kapital exportiert, sondern zugleich auch Luxusgüter importiert, während die Importe in Ostasien normalerweise für Kapitalinvestitionen bestimmt sind und Kontrollen unterliegen. Das sind Unterschiede, die zwischen den Gesellschaften bestehen, die aus dem ein oder anderen Grund mit ihren internen Problemen auf verschiedene Art umgegangen sind. Solange die potentiell reichen lateinamerikanischen Länder wie Brasilien und Argentinien diese internen Probleme nicht lösen können, werden sie sich immer in Schwierigkeiten befinden.

Wenn ich her sage, daß „sie" sich in Schwierigkeiten befinden werden, ist das ein wenig irreführend. Schließlich gibt es dort Leute, die mit diesem Zustand nur allzu glücklich sind. Es gibt in diesen Ländern einen extrem reichen Sektor. Aber das ist ja sogar in Zentralafrika der Fall. Das ist etwas, was man

auf der ganzen Welt beobachten kann. Man kann in den ärmsten Ländern der Welt leben und dennoch in Reichtum und Privilegien schwelgen, genau wie man in New York leben kann und irgendwie völlig an der Tatsache vorbeisehen kann, daß dort Obdachlose auf der Straße schlafen und es nur ein paar Häuserblocks weiter Kinder gibt, die Hunger haben. Das kann man tun. Wir tun es alle. Und das kann man natürlich auch in der Dritten Welt. Dort wirkt das Ganze noch grotesker, weil das Problem heftigere Dimensionen hat, aber es ist kein qualitativer Unterschied.

Welche Art von Kontakten hattest du mit den Medien in Brasilien, Argentinien und Chile? Gab es da neue Entwicklungen, die vielleicht für uns interessant sein könnten?

Zunächst einmal hatte ich, wie überall außerhalb der USA, sehr viel mit den etablierten Medien zu tun, die von den Eliten konsumiert werden

Also mit dem staatlichen Fernsehen und Radio?

Auch mit den kommerziellen Medien. Die Medien dort sind einfach viel offener. Auf der anderen Seite stieß ich auch auf einige interessante Dinge, von denen ich vorher noch nichts gehört hatte. In den lateinamerikanischen Städten leben die Armen größtenteils in den Vorstädten. Nicht daß man in der Innenstadt keine Elendsviertel und Slums finden würde. Es gibt sie dort auch. Aber das ist nicht die Grundstruktur. Außerhalb von Rio gibt es riesige Vorstädte, die eigentlich selbst Städte sind und in denen ein Gemisch von Millionen von Armen, von Arbeitern, Arbeitslosen und landlosen Bauern lebt. Eine der größten dieser Vorstädte, Nova Iguacú, das einige Kilometer von Rio entfernt liegt, habe ich besucht. Ich ging mit einigen Freunden hin, außerdem waren auch Leute von einer NGO dabei, die ursprünglich aus einigen Akademikern, Künstlern, Fernsehleuten usw. bestand, die nach Wegen suchten, solche Viertel von den Möglichkeiten populärer Medien profitieren zu lassen

Das waren Künstler, Akademiker, Intellektuelle, die etwas anderes machen wollten als das geisttötende kommerzielle Fernsehen. Sie besorgten sich die entsprechende Ausrüstung. Dann verbrachten sie einige Jahre mit der Entwicklung von Fernsehprogrammen, die sie auf einem öffentlichen Platz des Armenviertels auf einem großen Bildschirm vorführen wollten. Der Plan war, mit einem Lastwagen, auf den dieser große Bildschirm montiert war, in das Viertel zu kommen, sich dort einen Platz zur öffentlichen Vorführung zu suchen und dann dort diese Satiren oder Dokumentarfilme zu zeigen, die sich mit wirklichen Problemen auseinandersetzten. So wollten sie die Leute dazu bringen, sich die Filme anzusehen und sich zu beteiligen. Sie planten alles sehr sorgfältig und bezogen auch Kirchenleute, Gemeindeführer und andere Leute mit ein. In diesen Vierteln gibt es eine Vielfalt aller möglicher Organisationen. Also gingen sie in dem Viertel, in dem sie die Filme vorführen wollten, zu den Führern dieser Organisationen und verbrachten dann ziemlich viel Zeit damit, an den Texten zu arbeiten und herauszufinden, wie sie sie publikumsgerecht machen und ein bißchen Witz hineinbringen konnten. Ich habe diese Sendungen nicht gesehen, aber anscheinend waren sie sehr gut gemacht. Dann gingen sie los und versuchten es damit.

Es war ein totaler Reinfall. Die Leute kamen vorbei, weil dort etwas los war, sahen eine Weile zu und gingen wieder weg. Auf einigen Nachbesprechungen versuchten die Organisatoren dann, herauszufinden, was passiert war. Dabei wurde ihnen klar, daß die Führer, mit denen sie gesprochen hatten, alles andere als repräsentativ für die Sichtweise der Leute des Viertels waren, obwohl sie selbst aus dem Viertel kamen und dort lebten. Sie drückten sich anders aus, sie sprachen einen anderen Dialekt als die anderen, verwendeten intellektuelle Ausdrücke und marxistische Konzepte und was immer sonst Leute so an sich haben, die man als Intellektuelle betrachtet, all das, obwohl sie derselben Gemeinschaft angehörten.

Also probierten die Organisatoren es ein zweites Mal, und diesmal hielten sie sich nicht an die Führer der verschiedenen Organisationen, sondern suchten



Foto: Boris Scharlowski

die Gruppen selbst auf. Sie versuchten, ganz normale Leute, 16 Jahre alte Jugendliche, für die Filme und das Schreiben von Drehbüchern zu interessieren. Und das funktionierte, auch wenn es anfangs nicht leicht war. Einige Jahre später kamen wir dann nach Nova Iguacú. Zu dem Zeitpunkt mußte die NGO sowieso nur noch die Geräte mitbringen. Also kamen sie wieder mit dem Lastwagen mit dem großen Bildschirm angefahren. Diese Gebiete sind ja als Hort der Kriminalität verschrieen, und jeder warnte uns, dort bloß nicht hinzugehen. Dort müßte man um sein Leben fürchten. Das ist alles Unfug. Die Leute hatten absolut nichts gegen uns, also gingen wir hin und sahen uns die Sache an. Ein Riesenbildschirm in der Mitte eines Platzes. Rund um den Platz kleine Cafés. Die Schauspieler in den Filmen waren die Leute aus dem Viertel selbst, größtenteils junge Leute. Sie hatten die Drehbücher selbst geschrieben und hatten die Filme selbst gedreht. Die Akademiker aus der Stadt leisteten ein bißchen technische Hilfe, aber sonst machten sie alles allein. Es waren massenhaft Leute da. Das war zur Hauptsendezeit des Fernsehens um neun Uhr abends. Jede Menge von Leuten aus dem Viertel, ethisch sehr gemischt – Kinder, alte Leute. Es war offensichtlich, daß sie an dieser ganzen Sache innerlich stark beteiligt waren. Da sie Portugiesisch sprachen, konnte ich größtenteils nicht verstehen, was gesagt wurde, aber doch genug, um zu merken, daß die Leute wirklich mitgingen. Es gab einen Sketch über Rassismus. Angeblich gibt es ja keinen Rassismus in Brasilien: in der Theorie ist er längst überwunden. In dem Sketch ließen sie also einen Schwarzen aus ihrem Viertel zu einer Firma gehen und sich um Arbeit bewerben, und dann zeigten sie, was passierte. Danach ließen sie einen Weißen dasselbe machen, und das Ergebnis sah natürlich vollkommen anders aus. Jeder erkannte wieder, was da vor sich ging. Es gab viel Gelächter und Kommentare. Dann gab es einen Clip über AIDS, danach einen Film über die Auslandsschulden Brasiliens. In all das mischten sie allerhand Scherze und Clowns und was nicht noch. Eine der Schauspielerinnen, eine Jugendliche, die wohl ungefähr 17 Jahre alt und sehr gut war, hatte ein Mikrophon; sie lief zwischen den Leuten herum und unterhielt sich mit ihnen. Wenn die Filme zu Ende waren, interviewte sie die Zuschauer und fragte sie, was sie darüber dachten und ob sie irgendwelche Kommentare machen wollten oder Kritik hätten. Gleichzeitig wurde das alles gefilmt. Auf dem Bildschirm konnten sie sich dann dabei sehen, wie sie den Inhalt von dem diskutierten, was sie gerade gesehen hatten.

Das ist eine sehr eindrucksvolle Form gemeinschaftlich produzierter Medien, wie ich sie noch nie zuvor gesehen hatte: in einem sehr armen Stadtviertel, mit dem Fehlschlag am Anfang, und später dem Erfolg, als das Ganze wirkliche Wurzeln in der Gemeinschaft geschlagen hatte.

Wie sieht es in Lateinamerika mit der unabhängigen Presse und dem unabhängigen Radio aus?

Wir verbrachten einige Zeit in einem Elendsviertel in Buenos Aires. Es hat starke Ähnlichkeiten mit den *favelas*. Wir gingen mit einigen Freunden von der Universität hin, die gleichzeitig vor Ort arbeitende Aktivisten sind. Dort ist das Leben wirklich hart; es sind sehr

arme Gebiete in einer sehr reichen Stadt. Das Gemeinschaftsleben wird von Frauen organisiert, was ist sehr typisch für solche Viertel ist. Dort, wo wir waren, gibt es zum Beispiel einige Mütter, die gerade versuchen, eine Organisation aufzubauen. Sie haben jetzt ein Haus, das sie Kulturzentrum nennen. Irgendwie haben sie es geschafft, ein verlassenes Zementgebäude zu finden, und irgendwer hat ein dafür wieder ein Dach gebaut. Zu ihren wichtigsten Zielen gehört es, daß auch Kinder dorthin kommen. Die Kinder fliegen sehr schnell aus der Schule. Technisch gesprochen sind zwar Schulen vorhanden, aber die Bedingungen sind so erbärmlich, das jedes Kind, das auch nur die geringsten Probleme macht, sofort hinausgeworfen wird. Eine riesige Zahl von Kinder schafft es nicht bis zum Ende der Schulzeit. Die Frauen versuchen, sie ins Zentrum zu bekommen und bringen ihnen Lesen und Schreiben und Rechnen bei, außerdem geben sie ein bißchen Unterricht in Werken und Kunst. Andere Leute kommen ins Zentrum und helfen dabei. Schon ein Bleistift ist ein echtes Geschenk, sie haben wirklich fast nichts. Außerdem versuchen sie die Drogengangs fernzuhalten, die sich dort herumtreiben. Sie versuchen, die Kinder und das gesamte Viertel zu schützen. Dort, wo wir waren, bekommen sie wenigstens Hilfe von der Kirche. Das ist von Fall zu Fall unterschiedlich und hängt immer davon, wer die jeweiligen Priester sind. Bei den Leuten in dieser Nachbarschaft handelt sich hauptsächlich um Guarani, die ursprünglich indianischer Herkunft sind. Sie kamen aus Paraguay in die Slums von Buenos Aires. Sie haben ihre eigene Zeitung. Sie ist für die Leute vom Viertel gedacht und wird auch von ihnen selbst geschrieben.

Das ist jetzt keine Zeitung, die man am Kiosk verkaufen würde, aber sie bringt Informationen über das, was dort vor sich geht, über die Probleme die es gibt, über das, was für die Leute im Viertel wichtig ist. Und einige von den Leuten schreiben selbst. Sie versuchen, die Kinder im Teenagealter dazu zu bringen, auch für die Zeitung zu schreiben. Einige der Frauen machen jetzt Ausbildungen. Es gibt ein paar, die, die kurz vor dem Lehrabschluß als Krankenpflegerinnen oder in anderen Berufen stehen. Auf der anderen Seite sagen sie alle, daß sie wegen ihrer Kleidung und ihrer ärmlichen Aufmachung, wenn sie versuchen, sich anderswo für eine Arbeit vorzustellen, niemals aus dem Elendsviertel herauskommen werden. Aber sie sind engagiert, arbeiten hart und versuchen die Kinder vor Schlimmerem zu bewahren. Und sie bekommen ein wenig Unterstützung von außen, wie zum Beispiel von den Freunden, mit denen ich dort war.

Dann möchte ich noch einen anderen Unterschied erwähnen, den ich bemerkenswert fand. In Buenos Aires gibt es eine sehr lebendige anarchistische Bewegung. Ich kam sogar in Nordostbrasilien mit anarchistischen Gruppen zusammen, dabei hatte kein Mensch eine Ahnung gehabt, daß es dort überhaupt so etwas gibt. Als ich dorthin kam, tauchten sie plötzlich auf, und wir diskutierten miteinander. Das waren Leute einer libertären Richtung, außerhalb der bolschewistischen Linken, Vertreter eines anarchistischen und libertär-sozialistischen Spektrums. Wir diskutierten eine Menge über die gegenwärtige Beschneidung der Rolle des Staates. Das ist jetzt das große Thema der Neoliberalen. Aber die Leute, mit denen ich diskutiert habe, begreifen, daß sie den Staat schützen müssen. Selbst wenn sie Anarchisten sind, die den Staat – genau wie ich – als vollkommen illegitim betrachten, ist ihnen klar, daß es trotzdem notwendig ist, die öffentliche Arena zu schützen, und das ist heute eben die staatliche Macht. Wenn man nämlich diese öffentliche Arena und die einzige institutionelle Struktur, an der die Bevölkerung sich wenigsten bis zu einem bestimmten Maß beteiligen kann – also den Staat – beseitigt, heißt das nur, daß man die gesamte Macht den überhaupt zu keiner Rechenschaft verpflichteten privatwirtschaftlichen Tyranneien überantwortet, die noch viel schlimmer sind als der Staat. Also muß man diese öffentliche Arena verteidigen und sich dabei

SF-Redaktionstip Nr.2

Hubert van den Berg verfasste 509 S. zum Thema "Dada in Zürich und Berlin" Erschienen im C.Winter-Verlag, Heidelberg 1999 unter dem Titel **"Avantgarde und Anarchismus"**. 98.-

gleichzeitig darüber im klaren sein, daß sie in ihrer gegenwärtigen Form illegitim ist und daß man sie – in dieser Form – letztendlich beseitigen will. Das ist ein Gedanke, den die Leute hier in den Vereinigten Staaten anscheinend nur sehr schwer begreifen können.

Ich weiß nicht, ob du dich an den Kommentar erinnerst, den ich in einem früheren Interview mit dir gemacht habe, nämlich darüber, daß unter den gegenwärtigen Umständen die „Devolution", die Abgabe staatlicher Verantwortung von der bundesstaatlichen Ebene an die Ebene der Einzelstaaten eine Katastrophe ist. Die Bundesregierung hat alle möglichen üblen Eigenschaften und ist grundlegend illegitim, aber die Schwächung der Macht des Bundes und die Verlagerung der Angelegenheiten auf die einzelstaatliche Ebene machen alles nur noch schlimmer. Auf dieser Ebene sind sogar mittelgroße Unternehmen schon imstande, zu kontrollieren, was passiert. Auf der Bundesebene sind höchstens die großen Konzerne in der Lage, den Staat herumzuschubsen. Wenn man zum Beispiel die Nahrungshilfe für hungrige Kinder nimmt, soweit so etwas überhaupt gemacht wird, kann man dem Druck der Wirtschaft, die die entsprechenden Gelder selbst kassieren will, nur dann in gewissem Maß widerstehen, wenn die Mittel über das Bundessystem verteilt werden. Sie können dann tatsächlich die Kinder erreichen. Wenn man die Mittel in Form von Blockgeldern an die Einzelstaaten weitergibt, werden sie am Ende bei Raytheon und Fidelity enden – das ist nämlich genau das, was gerade hier in Massachusetts passiert. Diese Firmen verfügen über genügend erpresserische Macht, um eine Ein- und Ausgabenstruktur des jeweiligen Einzelstaates zu erzwingen, die ihren Bedürfnissen entspricht, zum Beispiel mit so einfachen Maßnahmen wie der Drohung, den Staat zu verlassen. So sieht es in der Realität aus. Aber die Leute hier in den USA haben die Tendenz, all das rein ideologisch zu sehen. Es gibt natürlich Ausnahmen, aber die Tendenzen hier, sowohl in den Kreisen der Elite als auch auf Seiten der Linken, sind durch eine derartige Rigidität und doktrinäre Unfähigkeit, sich mit komplexen Fragen auseinanderzusetzen, charakterisiert, daß die Linke es am Ende fertigbringt, sich vom authentischen sozialen Kampf fernzuhalten und sich statt dessen in den Fallstricken ihres doktrinären Sektierertums verfängt. In Südamerika ist dieses Phänomen längst nicht so ausgeprägt. Meinem Eindruck nach haben dort sogar die Eliten eine weniger ideologische Sicht. Dort kann man ganz offen davon reden, daß Brasilien und Argentinien nicht wirklich verschuldet sind, daß es sich hier um ein soziales Konstrukt und nicht um eine ökonomische Tatsache handelt. Sie mögen dem dann nicht zustimmen, aber sie verstehen immerhin, wovon man überhaupt spricht – während ich denke, daß es hier in den USA äußerst schwierig wäre, sich überhaupt verständlich zu machen. Ich möchte diesen Punkt allerdings nicht überstrapazieren. Es gibt natürlich jede Menge Ausnahmen. Aber diese Unterschiede sind unübersehbar, und ich denke, daß es sich hier um eine Frage der Macht handelt. Je mehr Macht und Privilegien jemand hat, desto weniger ist es für ihn notwendig, nachzudenken, weil er sowieso tun kann, was er will. Wenn wir dagegen auf der Skala von Macht und Privileg nach unten gehen, wird die Bereitschaft zum Nachdenken zu einer Überlebensfrage.

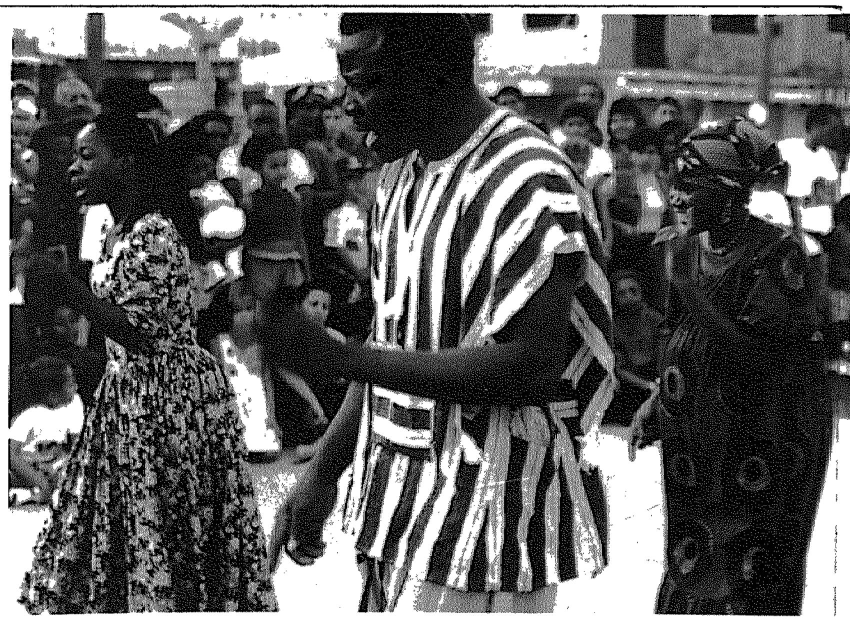


Foto: Boris Scharlowski

Ich erinnere mich, daß viele bereit waren, dich zu kreuzigen, nachdem Auszüge des Interviews, das wir damals machten, in The Progressive *erschienen.*

Ja, das stimmt. Als ich mit der anarchistischen Gruppe in Buenos Aires sprach, diskutierten wir über dasselbe Thema wie wir beide damals in dem Interview. Alle hatten im wesentlichen dieselbe Meinung darüber. Sie haben sich dort eine interessante Losung dazu ausgedacht. Ich habe noch nicht erwähnt, daß es außer der Arbeiterpartei und den städtischen Gewerkschaften auch noch eine höchst lebendige Landarbeiterorganisation gibt. Millionen von Arbeitern haben sich in ländlichen Gewerkschaften organisiert, über die viel zu wenig bekannt ist. Einer der Slogans, die sie verwenden und der hierher gehört, besagt, daß wir „die Bewegungsfreiheit im Käfig erweitern" sollten. Wir wissen, daß wir uns in einem Käfig befinden. Wir wissen, daß wir in der Falle sitzen. Wir werden unsere Bewegungsfreiheit erweitern, womit gemeint ist, daß wir die Grenzen unseres Freiraums so weit treiben wollen, wie es innerhalb des Käfigs möglich ist. Und wir haben die Absicht, den Käfig zu zerstören. Aber nicht, indem wir den Käfig zu einer Zeit zerstören, während der wir durch Angriffe von außen so verwundbar sind, daß wir Gefahr laufen, umgebracht zu werden. Das finde ich vollkommen richtig. Man muß den Käfig schützen, wenn er sich unter dem Angriff noch schlimmerer Raubtiere außerhalb des Käfigs wie den Machtkonzentrationen im privaten Bereich befindet. Und man muß den Freiraum im Käfig erweitern und sich dabei gleichzeitig darüber im klaren bleiben, daß es ein Käfig ist. All das ist letztlich ein Vorspiel zur Beseitigung des Käfigs. Leute, denen schon solch simple Überlegungen zu komplex sind, werden den Menschen, die leiden und unsere Hilfe brauchen, nichts nützen können, und sich selbst im übrigen auch nicht. ★



DIE CONSULTA NACIONAL DER MEXIKANISCHEN ZIVILGESELLSCHAFT AM 21. MÄRZ 1999

von Edo Schmidt (San Cristobal de Las Casas, Chiapas, Mexiko; 22. März 1999)

Eine Befragung, die die Frage nach den Formen linker Politik aufwirft

In vielen Teilen der Welt, nicht nur in Mexiko, waren am 21. März d.J. alle MexikanerInnen dazu aufgerufen, sich an einer Befragung zu beteiligen, die die Verbriefung der Rechte der Indigenas sowie die Anerkennung ihrer Kultur und die Forderung nach einem Ende des Vernichtungskrieges gegen sie zum Gegenstand hatte. Wie zu erwarten war, folgte ein grosser Teil der Menschen, die einen mexikanischen Pass haben, diesem Aufruf: insgesamt stimmten fast drei Millionen Menschen zu über 95 Prozent positiv über die Aufnahme indigener Rechte in die Verfassung Mexikos und über die anderen Forderungen der Zapatistas ab.

In einer Veranstaltung in San Cristobal de Las Casas in Chiapas wurde im Vorfeld der "Consulta Nacional" verdeutlicht, wie wenig die Rechte und Kultur der indigenen Bevölkerung Mexikos in der Verfassung des Landes berücksichtigt sind. Als positives Beispiel für eine fortschrittliche Verfassung wurde jene des Bundesstaates Oaxaca herangezogen, in der die Forderungen der revolutionaeren Campesinos (BäuerInnen) von 1910ff. am weitgehendsten aufgenommen und umgesetzt wurden. In Oaxaca wurde die im Zuge der mexikanischen Revolution geforderte Landreform (Verteilung der Ländereien der Grossgrundbesitzer an die – indigenen – Campesinos) tatsächlich durchgeführt, was mensch von anderen Bundesstaaten nicht behaupten kann, am wenigsten von Chiapas. Auch als positives Beispiel genannt wurden die von der Regierung Mexikos und den Zapatistas unterzeichneten Verträge von San Andres, in denen im Februar 1996 einiges ueber die Rechte der Indigenas Mexikos formuliert wurde, deren Aufnahme in die Verfassung sowie deren Berücksichtigung in der staatlichen Politik Mexikos jedoch noch ausstehen. Es wurde in San Andres nicht einmal annaehernd bis zu Ende verhandelt, denn es wurden lediglich über die Rechte und Kultur der Indigenas i.B.a. ihre Autonomie und Selbstverwaltung in der ersten Verhandlungsrunde Übereinkünfte erzielt und unterzeichnet; weitere Verhandlungsrunden über "Demokratie und Gerechtigkeit", über "Ökonomie und Entwicklung", über die "Rechte der Frauen in der Gesellschaft" sowie über die "Landfrage" wurden von Regierungsseite immer wieder verschleppt und verhindert. Als Beispiel einer diskriminierenden, rassistischen Verfassung diente demgegenüber auf o.g. Veranstaltung der aktuelle Vorschlag zur Änderung der mexikanischen Verfassung von Alborez Guillen, dem Gouverneur von Chiapas, der bei seinem Vorschlag die Unterstützung seiner Partei geniesst, der "Partei der institutionalisierten Revolution" (PRI), die in Mexiko seit siebzig Jahren den Präsidenten stellt. Nach diesem Entwurf ist weder Landreform noch Autonomie, ebensowenig eine verbesserte Versorgung, was Ökonomie und Kultur, also auch was Ernährung, Erziehung und Gesundheit angeht, für die Indigenas erforderlich.

Eben diese Halsstarrigkeit der mexikanischen Elite veranlasste die Zapatistas, zu einem Mittel zu greifen, das 1995 schon eimal zum Tragen kam: die Durchführung einer nationalen Befragung, und zwar selbstorganisiert und an den staatlichen Institutionen vorbei. Damals wurde die "Zivilgesellschaft" befragt, ob die EZLN, also der bewaffnete Teil der Organisation der Zapatistas, mit Waffengewalt weiterkämpfen, oder ob sie den Verhandlungsweg eischlagen sollten. Schon damals beteiligten sich über 1,3 Mio. Menschen an der"Consulta".

Nun könnte mensch als LinkeR, als AnarchistIn, als SozialistIn usw. sich die Frage stellen, ob es nicht reichlich hirnverbrannt ist, eine solche Initiative zu starten. Läuft das überhaupt noch GEGEN die "schlechte Regierung", ("pinche mal gobierno" ist ein vielgebrauchtes Wort der EZLN-Delegierten), wenn für Verfassungsaenderungen gekämpft und das Leben und die Sicherheit vieler dabei aufs Spiel gesetzt wird? Denn im Vorfeld gab es z.B. eine erhöhte Militär- und Polizeipräsenz in Chiapas, Einschüchterungsversuche gegen die Zivilbevölkerung seitens der Militärs und Paramilitärs sowie Morddrohungen gegen die BrigadistInnen, die die Consulta organisierten und durchführten...

Aber dennoch wurde deutlich: es lief! 5.000 (!) mit Pasamontaóas maskierte

Foto: Daniel Baracco

Zapatistas zogen aus, um in 2.400 Landkreisen und Bezirken in ganz Mexiko die Consulta durchzuführen bzw. ihre Präsenz zu zeigen; jeweils eine Frau und ein Mann begaben sich in eine Kommune. Sie wurden dabei von einer Vielzahl örtlicher "Consulta-Brigaden" unterstützt. Zeitungsberichten zufolge beteiligten sich neben diesen 5.000 Zapatistas weit über 30.000 Menschen an mehr als 9.300 Tischen und in mindestens 3.500 Veranstaltungen an der Werbung und Durchführung der Consulta, unter ihnen auch viele Menschen aus dem kirchlichen Spektrum und aus Gewerkschaften, darüberhinaus viele Studierende und Intellektuelle sowie viele politisierte SchülerInnen und Jugendliche, – ein grosses Netz! Aber diese Menschen Übernahmen für die Zapatistas ebenso eine Schutzfunktion, denn immér noch bekaempft die Regierung bzw. die Elite Mexikos und Chiapas' die aufständischen Bauernfamilien mit übelster Repression. Der an der "School Of The Americas" trainierte "Krieg der niederen Intensität", eine von CIA und US-Streitkräften ausgeklügelte Strategie zur Aufstandsbekämpfung, die erstens psychologische Kriegsführung und Desinformation, zweitens offene militärische Repression u.a. mit dem Mittel der Folter, der Verursachung von Hungersnot und Flüchtlingselend durch die Zerstörung der Nahrungs- und Lebensgrundlage, sowie drittens die verdeckte Repression seitens paramilitärischer Gruppen mit den Mitteln des Terrors, des Mordens und des "Verschwindenlassens" umfasst, erfährt in Chiapas immer noch Anwendung. Aber nicht nur hier: da diese Form der "contrainsurgencia" in ganz Lateinamerika mit "Erfolg" angewendet wurde, (so z.B. in Brasilien, Guatemala, Argentinien, Chile, Nicaragua, El Salvador etc.), verwundert es nicht, dass sie nun in Mexico in mehreren Bundesstaaten brutalst praktiziert wird, – vornehmlich in jenen, in denen sich die unterdrückten Indigenas mit den Mitteln des bewaffneten Kampfes wehren, also neben Chiapas in Oaxaca, Guerrero, Tabasco, San Luis Potosi, Estado de Mexico und Veracruz. Nun muss mensch sich in Erinnerung rufen, dass in diesem Land von der achtfachen Grösse der BRD und mit einer Gesamtbevölkerung von nahezu 100 Mio. EinwohnerInnen seit siebzig Jahren, eben seit kurz nach dem Ende der Revolution, in deren Verlauf die eigentlich revolutionäre Schicht bereits wieder unterdrückt und ermordet wurde, ein und dieselbe Partei regiert. Diese Parteielite hat nicht nur die Anführer der Revolution von 1910 bis 1917 auf dem Gewissen, (Emiliano Zapata, Francisco Villa und andere Führer der Aufständischen fielen Attentaten der wiedererstarkten Oligarchie aus Militär und Grossbürgertum zum Opfer), sondern auch die angestrebten "Errungenschaften" dieses Kampfes der bewaffneten BäuerInnen und ArbeiterInnen: eine Landreform, eine gerechte Justiz sowie die Gleichheit Aller und die damit verbundene Verteilung des Reichtums. Oder kurz: "Land und Freiheit!", wie Ricardo Flores Magon und andere Anarchisten es während der Revolution ausgedrückt haben. Gegen diese Armada von einer Regierungspartei und trotz aller Arten von Repression und Behinderung wurde also die "Consulta nacional" der Zapatistas durchgeführt. Was aus dem formalen Ergebnis der Befragung, (ein eindeutiges "Ja!" zur Beendung des Vernichtungskrieges gegen die Indigenas und zur Entmilitarisierung von Chiapas, wo z.Zt. rund 70.000 Soldaten und rund 9.000 Paramilitärs ihr Unwesen treiben; ein eindeutiges "Ja" zur Anerkennung der Rechte und Kultur der Indigenas sowie zur Umsetzung der Verträge und zur Fortführung des Dialoges von San Andres im Sinne der Zapatistas), folgen wird, bleibt fraglich. Denn einer Regierung, die im gleichen Moment Verträge unterzeichnet, in dem sie gegen diese planmässig verstösst, was Tausenden von Indigenas das Leben und anderen Tausenden die Existenzgrundlage kostet, ist nicht zu trauen und alles zuzutrauen...

Den AnarchistInnen ist schon lange klar: KEINER Regierung ist zu trauen! Aber welche Lernchancen ergeben sich denn nun aus dem Engagement der Zapatistas für den Kampf der "Linken in den Metropolen", der häufig eher aus einem "Hinterher!" besteht als aus einem "Gegen!" oder "Für!"? Liegt die Zukunft der Anti-AKW-Bewegung beispielsweise wirklich "am Gleis", – "hinter dem Castor her"? Oder wäre z.B. eine bundesweite Befragung zum Atomausstieg nicht etwas, was relativ leicht zu bewerkstelligen wäre und viel Aufklärung, Nachdenken, Austausch und Vernetzung bzw. Kontaktaufnahme und anderes Positives bewirken würde, – an den Institutionen der "schlechten Regierung" vorbei, um Druck auf sie auszuüben oder sie wenigstens lächerlich zu machen? Oder ist die Widerstandsbewegung in der BRD ewig dazu verdammt, – gemeinsam oder gespalten –, hinter den PolitikerInnen von G8 und EU oder was auch immer hinterherzurennen und zu "protestieren", statt andere, neue und wirkungsvollere Wege zu erfinden, die eine Identifikation mit dem Widerstand ermöglichen?

Marcos, einer der Comandantes der EZLN, hat einmal geschrieben, dass eine Regierung, die viel Polizei und Militär einsetzt, eine schwache Regierung sein muss. (Die CDU hat es z.B. spielend geschafft, die Schwäche der BRD-Regierung mit einer simplen Unterschriftenaktion, aus der sich eine fiese, rassistische Medienkampagne gegen sog. "Nichtdeutsche" entwickelte, offenzulegen und diese lächerlich zumachen.) Ich behaupte, dass eine ausserparlamentarische Opposition viel stärker sein kann als eine solche Regierung, die den Widerstand in der BRD, – mit anderer Besetzung schon seit Jahrzehnten –, an ihren Repressionsorganen abprallen lässt und so kriminalisieren bzw. isolieren kann. Der zapatistische Weg scheint mir da intelligenteres zu offenbaren: das Entwickeln einer eigenen, gewitzten Widerstandskultur, in die die Zivilgesellschaft einbezogen werden sollte; das Besetzen von öffentlichen (Medien-) Räumen und Plätzen; das Lachen und sich lustig machen ueber eine Regierung, die es gerade mal schafft, reich und korrupt und machtgeil zu sein, und die zu ihrem Machterhalt auf Rassismus, Ausländerhetze und auf die Kriminalisierung und Diffamierung der ausserparlamentarischen Opposition zurückgreift.

Vom zapatistischen Weg etwas zu lernen heisst jedoch nicht, ihn möglichst genau zu kopieren, sondern sich der eigenen Stärke bewusst zu werden, die Schwäche des Gegners zu kennen und darzustellen, sich zusammenzusetzen und sich etwas NEUES EINFALLEN zu lassen, um mal wieder in die Offensive gehen zu können, – mit Spass. Womit immer mehr Menschen angeregt werden sollen, über Alternativen zum Bestehenden nachzudenken, damit sich endlich mal wieder etwas verändern lässt. ★

BOOKCHIN UND KROPOTKIN

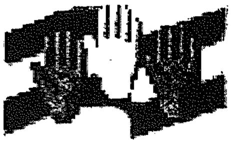
-

Gemeinsame Ideen und Organisationsvorstellungen

von
J. Frank Harrison
St.Francis Xavier University
Canada

Vortrag, gehalten auf der
"CONFERENCIA INTERNACIONAL SOBRE ECOLOGIA SOCIAL E SUAS PERSPECTIVAS POLITICAS"
Lissabon, 26.-28. August 1998

übersetzt von Helmut Richter



Vorbemerkung

Ich gehe davon aus, dass beide - Kropotkin und Bookchin - sich am wissenschaftlichen Rationalismus orientieren, und möchte erörtern, wie weit in Kropotkins Schriften aus den zentralen Fragestellungen Vorschläge für ein analytisches Vorgehen im revolutionären Projekt folgen, mit denen sich viele Aspekte des Bookchinschen Denkens decken. Zwar war die ökologisch orientierte Analyse, die hinter Bookchins Lehre von der Sozialökologie und vom Libertären Kommunalismus steht, nicht Kropotkins Sache, doch stellen - wie ich zeigen werde - beide mit ihrer anarchistischen Analyse nicht nur die organisatorischen Wurzeln von Wirtschaft und Gesellschaft in Frage, sondern sie erblicken gemeinsam in der Umgestaltung der Stadt den Ausweg aus der kapitalistischen Dehumanisierung. Weit davon entfernt, Bookchins großartige gedankliche Beiträge zur Moderne anzuzweifeln, möchte ich doch demonstrieren, wie sehr er den Anarchismus gerade dadurch bereichert hat, dass er sein eigenes innovatives Denken in den Rahmen der vorhandenen Denkansätze stellte - deren bester Vertreter eben Peter Kropotkin war.

> "Der Anarchismus ist eine Weltanschauung, die auf einer *mechanischen* Erklärung der Phänomene beruht, welche die gesamte Natur umfasst, mit eingeschlossen das Leben der Gesellschaften. Seine Methode ist diejenige der Naturwissenschaften, bei welcher jede wissenschaftliche Schlussfolgerung verifiziert werden muss. Sein Ziel ist die Schaffung einer synthetischen Philosophie, welche alle Tatsachen der Natur, samt dem Leben der menschlichen Gesellschaften und ihren ökonomischen, politischen und sozialen Problemen, [einbezieht]."

Dies schrieb Kropotkin im Jahre 1901. Ich leite meinen Beitrag damit ein, weil er hier bereits die Hauptorientierung aller anarchistischen Denker des 20. Jahrhunderts definiert, und damit wohl auch diejenige Murray Bookchins. Natürlich sah sich Kropotkin in seiner Zeit noch nicht jener tiefgreifenden ökologischen Zerstörung gegenüber, die im Zentrum der gesamten Sozialökologie Bookchins steht. Wir finden aber bereits den Hinweis auf die gegenseitige Abhängigkeit aller Dinge und Lebens-formen in der Natur - einer Natur, die der Mensch nicht etwa beherrscht, sondern in der er allenfalls eine Partnerrolle spielt. Kropotkin betont auch die wissenschaftliche Rationalität des Anarchismus. Er will sich nicht mit der simplen Forderung nach Freiheit und Gleichheit begnügen. Für ihn müssen ernstzunehmende anarchistische Argumente in ihrer Komplexität den gewaltigen Veränderungen gewachsen sein, die die sozialen und ökonomischen Aktivitäten des Menschen in seiner Umwelt bewirken, wobei er vor allem an diejenigen Aktivitäten denkt, die mit dem Aufstieg des bürgerlichen Kapitalismus und seiner Herrschaft über das politische und das Wirtschaftsleben des modernen Staates verbunden sind.

Ich werde die thematischen Parallelen verfolgen, die sich bei Kropotkin und Bookchin finden. Dabei muss ich mich natürlich auf eine kleine Auswahl beschränken .

Zunächst werde ich kurz auf Bookchins Schrift *Re-enchanting Humanity* eingehen.(Nicht übersetzt, Anm. d. SF-Red.) Es geht dabei um die "Verwur-

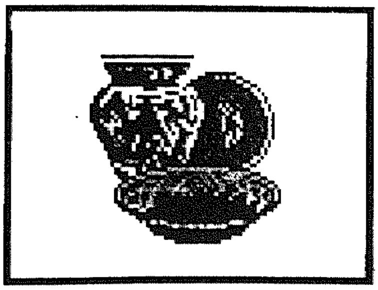
zelung" in der Wirklichkeit, um rationales und empirisches Verhalten und um die Vermeidung einer Phantasie, die auf Kosten technischer und praktischer Denk- und Verhaltensmuster die Flucht antreten möchte. Bookchin greift in diesem Buch den "Antihumanismus" an; er versteht darunter diverse ökologische Ansätze, denen er vorwirft, die seit der Aufklärung existierenden rationalen und humanistischen Zielsetzungen beiseite zu schieben.

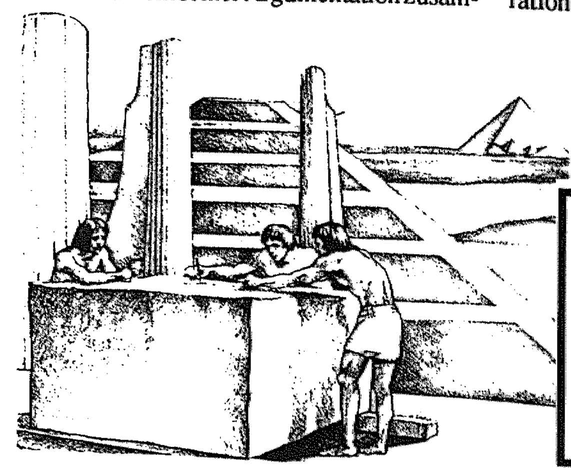
> "In krassem Gegensatz zu den humanistischen Lehren des Rationalismus sowie verschiedener Richtungen des Sozialismus und des Liberalismus sind in der Weltsicht des Antihumanismus gesellschaftliche Belange so gut wie bedeutungslos. Dessen Botschaft zielt auf geistige Hygiene, den Rückzug auf die eigene Person und eine allgemeine Verachtung gegenüber einer humanistisch - nämlich rational und innovativ - geprägten Bewertung unserer Einwirkungen auf Natur und Gesellschaft."

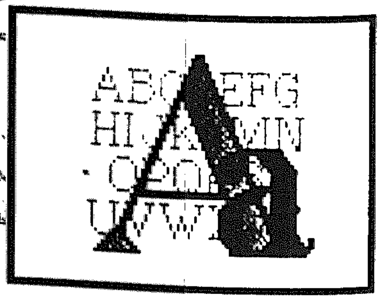
Antihumanisten - das sind die Neo-Malthusianer, die kaltblütig vorschlagen, einige Milliarden Menschen dem Hungertod zu überantworten, um "das Gleichgewicht wieder herzustellen"; das sind die Leute, die jedweder Technik misstrauen, weil sie darin die eigentliche Ursache unserer Probleme sehen; das sind schließlich diejenigen, die aus der Natur - anstatt unser Verhältnis zu ihr auf eine neue, gesündere Basis zu stellen - unter dem Namen "Gaia" ein Objekt mystischer Anbetung machen.

Damit will ich nicht abstreiten, dass auch Bookchin eine leidenschaftliche

»Vernunft«







Feder führt. Leidenschaft durchzieht seine sämtlichen Schriften - man denke nur an *Hör zu, Marxist!* Mit steter Leidenschaft hat er, um der Beherrschung und Zerstörung der Natur ein Ende zu setzen, die Grundursache dieses Prozesses attackiert - die gesellschaftlich bedingte Beherrschung und Zerstörung der Menschen. Handeln - d.h. kommunizieren und sich organisieren - ist eine psychologische Notwendigkeit; Janet Biehl hat das wieder und wieder in ihrem Buch *Libertärer Kommunalismus: Die politische Praxis der Sozialökologie* verdeutlicht. Für sie besitzt der "Libertäre Kommunalismus" vor allem den Charakter einer "Politik als Bewegung", bei der es auf Schulung, Mobilisierung, Organisation und Führung ankommt, um durch eine neue politische Kultur gesellschaftliche Alternativen zu entwickeln. Wir können also schon jetzt festhalten, dass Bookchin nicht einfach nur ein Kind der Moderne ist. Er schreibt selbst:

> "Das Wichtigste an diesem neuartigen Ansatz, dessen Wurzeln in den Schriften Kropotkins zu finden sind, ist der darin herausgearbeitete Zusammenhang zwischen Hierarchie und Naturbeherrschung. Oder einfacher gesagt: Schon der Gedanke einer Beherrschung der Natur (...) leitet sich von der Beherrschung des Menschen durch den Menschen ab. (...) Diese Interpretation [kehrt] völlig die traditionell liberale und marxistische Ansicht um, dass die Herrschaft des Menschen über den Menschen von einem gemeinsamen historischen Projekt stamme, nämlich die Beherrschung der Natur (...) zu erreichen, um einer scheinbar "rauhen", ungebärdigen natürlichen Welt ihre "Geheimnisse" zu entreißen (...), um so eine für alle ergiebige Gesellschaft zu schaffen."

Er führt in seiner Argumentation zusammen, was stets in der Vergangenheit den Anarchismus ausgemacht hat: Vernunft und Engagement im Kampf gegen die vielen Hierarchien, denen die Freiheit des Individuums zum Opfer fällt. Die Freiheit kann innerhalb der Gesellschaft gefunden werden, sofern nur diese Gesellschaft sich zu ihrer Organisation der modernen *Technik* bedient. So hatten Bakunin, Faure und Kropotkin argumentiert - und so argumentiert auch Bookchin. Bei ihm kommt es jedoch darauf an, dass er diese Argumente in neue Worte gekleidet hat - dass er sie, ohne die Tradition zu verlassen, der Vielfalt der im 20. Jahrhundert bedeutsamen theoretisch-praktischen Alternativen gegenüber gestellt hat. Wichtiger noch als seine Kritik an den Marxisten, die noch bis vor kurzem die europäische und nordamerikanische "Linke" spürbar beeinflussten, waren seine Neuformulierungen, sowohl der Argumente gegen den Kapitalismus im Licht der ökologischen Krise, der modernen Organisationsformen in der Wirtschaft und des explosiven (und menschenfeindlichen) Wachstums der Städte als auch der anarchistischen Alternative unter vielfachem Rückgriff auf geschichtliche Erfahrungen mit einer volksverbundenen Stadtpolitik.

Diese Einbettung Bookchins in die anarchistische Tradition will ich vor allem im Hinblick auf Kropotkin (1842-1921) untersuchen. Diesem - Geograph, also naturwissenschaftlich denkend - widerstrebte der Individualanarchismus von Stirner, Tucker und ihresgleichen aufs heftigste. Vielmehr suchte er zu zeigen, dass die Organisation gesellschaftlicher Verhältnisse unter Einsatz moderner Produktionsverfahren zu erfolgen habe - dies aber im produktiven Überfluss einer anarchistischen Föderation, die auch ohne zermürbende Schwerarbeit und ohne Machtausübung über andere die Bedürfnisse aller Mitglieder befriedigen würde. "Nach und nach erkannte ich, dass der Anarchismus mehr darstellt als nur eine neue

Handlungsweise und eine neue Idee einer freien Gesellschaft. Er ist vielmehr Teil einer Natur- und Sozialphilosophie, die durchaus anders gestaltet werden muss als die metaphysischen und dialektischen Methoden der Humanwissenschaften. Mir wurde klar, dass hier naturwissenschaftlich vorgegangen werden musste, aber nicht aufgrund bloßer Analogien, wie Herbert Spencer meint, sondern mittels solider induktiver Schlussfolgerungen in Bezug auf menschliche Institutionen."

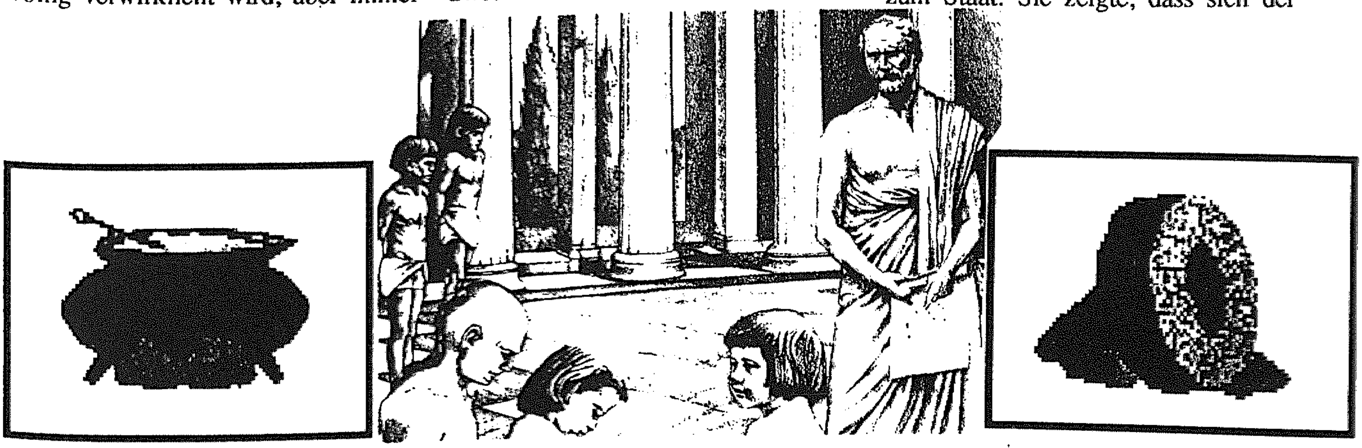
Sein bekanntestes Buch ist wohl *Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt*, eine Widerlegung von Herbert Spencers "Sozialdarwinismus". Spencer hatte Darwins Argumente verdreht, indem er behauptete, aus der Konkurrenz der Individuen innerhalb einer Art würden "die Besten" als Sieger hervorgehen und zu einer Herrschaft der Fähigsten führen. Später sollten die Faschisten noch größeren Missbrauch mit diesem Gedanken treiben, da er angeblich nicht nur den Kapitalismus, sondern sogar die von einer selbsternannten Elite ausgeübte revolutionäre Diktatur bestätige. Kropotkin zerpflückt dieses Argument systematisch durch den Hinweis auf zahllose Beispiele einer erfolgreichen Anwendung des kooperativen Prinzips sowohl bei verschiedenen Tieren als auch unter Menschen. In seinen Augen gibt die Natur allen den folgenden Rat: "'Streitet nicht! - Streit und Konkurrenz ist der Art immer schädlich, und ihr habt reichlich die Mittel, sie zu vermeiden!' Das ist die *Tendenz* der Natur, die nicht immer völlig verwirklicht wird, aber immer wirksam ist. (...) 'Daher vereinigt euch - übt gegenseitige Hilfe!' (...) Das ist es, was die Natur uns lehrt, und das ist es, was alle die Tiere, die die höchste Stufe in ihren Klassen erreicht haben, getan haben."

Hier wird also der Sozialdarwinismus ebenso widerlegt wie der aktuelle "Sieg" eines Kapitalismus, in dem Konkurrenz und Ausbeutung als effizienteste Methode zur Bedürfnisbefriedigung der Menschheit gelten. "Gier ist gut" war in England unter Margaret Thatcher ein gängiger Spruch; doch damit wird eine Psychologie der Ausbeutung gefördert, aus der persönliches Elend und der Zusammenbruch gesellschaftlicher Bindungen erwachsen. Ob bei den Bienen oder Ameisen, bei Ratten oder Tigern - jede Beobachtung führt auf dieses Grundprinzip. Doch beim Menschen nahm Kropotkin auch den anthropologischen Blickwinkel ein. Dieser lehrt, dass es für das Überleben der Menschen stets am vorteilhaftesten war, dem Ruf der Natur nach kooperativem Verhalten zu folgen. So zitiert er in seiner *Ethik* von 1906 häufig den 3. Earl von Shaftesbury (1671-1713), demzufolge ein "Moralischer Sinn" uns angeboren ist und der Vernunft zu Gebote steht. Diese Kritik richtete sich hauptsächlich gegen den eingefleischten Pessimisten Hobbes, für die Natur des Menschen den Absolutismus zwingend erforderlich machte. Im Gegensatz zu Pessimisten wie Hobbes, Augustinus oder Huxley erwartete Kropotkin blühende Gesellschaften - bei Mensch und Tier gleichermaßen - am ehesten von gegenseitiger Hilfsbereitschaft. In der Natur herrscht nicht die "Erbsünde", sie verdammt uns nicht zu einem "schrecklichen, brutalen und kurzen Leben", noch lässt sie die Mitglieder einer Art zwecks "Überleben der Tüchtigsten" gegeneinander konkurrieren. Es war vielmehr die gegenseitige Hilfe, als Moralgesetz wie als Naturprinzip ganz bewusst von den unterschiedlichsten Menschengemeinschaften praktiziert, die sich als Lebensgrundlage bewährt und überlegen gezeigt hat.

Eine dieser Gemeinschaften war die mittelalterliche Stadt, wie sie sich von der Herrschaft des Adels und des Klerus befreite, Gilden entwickelte, Unabhängigkeit errang, sich mit anderen Städten verbündete, Volksversammlungen und Bürgerfreiheiten einrichtete. Für beide, Bookchin wie Kropotkin, stellen die Städte des Mittelalters ein Gegenbild zum Staat dar. So stellt Kropotkin die Gilden als neuartige Organisationsform heraus, in welche die dörfliche Tradition gegenseitiger Hilfe mündete. Sie durften ihr eigenes Recht sprechen und waren keinem Zentralstaat unterworfen, sondern selbstverwaltet.

> "Kurz, [die mittelalterliche Stadt war] nicht bloß eine politische Organisation zum Schutz gewisser politischer Freiheiten. Sie war ein Versuch, in viel großartigerem Maße als in der Dorfmark, einen engen Verband zu gegenseitiger Hilfe und Beistand zu organisieren, für Konsum und Produktion und für das gesamte soziale Leben, ohne den Menschen die Fesseln des Staates aufzulegen, sondern unter völliger Wahrung der Freiheit für die Äußerungen des schöpferischen Geistes einer jeden besonderen Gruppe von Individuen in der Kunst, dem Handwerk, der Wissenschaft, dem Handel und der politischen Organisation."

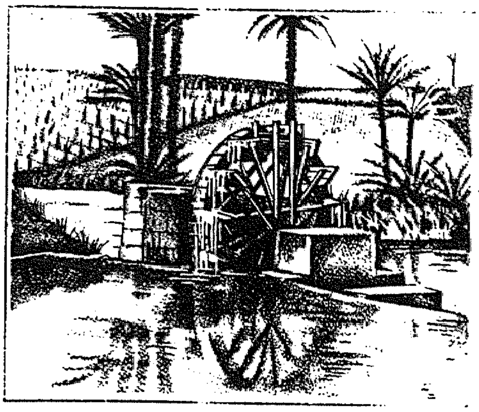
Wir reden hier nicht von einem fernen goldenen Zeitalter oder von Utopia. Immerhin war dies - bei aller Ungleichheit, allem Patriarchalismus, aller Ausbeutung - eine funktionierende Alternative zum Staat. Sie zeigte, dass sich der Staat nicht zwangsläufig herausbilden musste. Sie weist auf eine "naturgegebene" Fähigkeit hin. Auch Bookchin richtet seinen Blick darauf, wie auch auf andere historische Vorbilder. In



Bezug auf die Communen und Gilden der mittelalterlichen Städte gibt er Kropotkins Gedanken wieder:

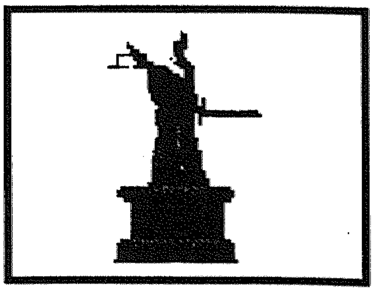
> "Die mittelalterlichen Gilden spielten (...) eine besondere Rolle, die es vorher in den Städten nie gegeben hatte: Sie hatten einen so erheblichen Einfluss auf die Regierung und Gesetzgebung, dass sie in vielen Gemeinden die wichtigste kommunale Institution darstellten. Auch wenn uns europäische Kleinstädte heute manchmal eher kleinkariert anmuten, so hatten doch in jener Zeit Tausende von ihnen ein Maß an Autonomie erreicht, das man bei den wenigsten Gemeinden vorher oder nachher vorgefunden hätte. (...) Die Kontrolle von unten setzte sich gegen eine schon institutionell schwache Feudalgesellschaft durch."

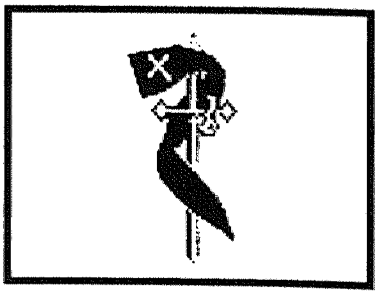
Wie Kropotkin vertraut auch Bookchin auf das Beispiel der Vergangenheit: Autoritäre Systeme sind kein unausweichliches Schicksal; es gibt Alternativen zum Staat. Es war nicht zwangsläufig, dass dieser sich durchgesetzt hat; dass er verschwinden wird, ist allerdings auch nicht garantiert.



Für Kropotkin ist das Ende der Autonomie der mittelalterlichen Städte nicht einfach auf die Entstehung des Kapitalismus zurückzuführen. Er sieht vielmehr eine Vielzahl von Ursachen, so etwa die Ausweitung des Handels und den Aufstieg der Bürgertums, "vor allem" jedoch neue Ideen und Prinzipien".

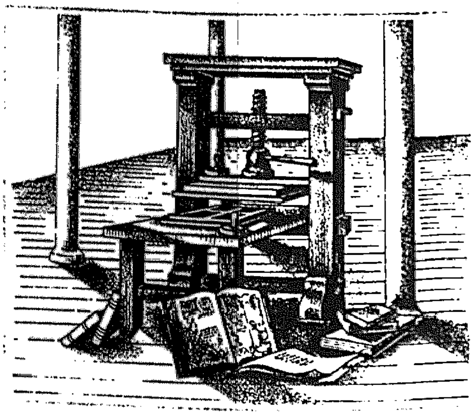
"Selbstvertrauen und Föderalismus, die Souveränität jeder Gruppe und der Aufbau der politischen Körperschaft vom Einfachen zum Zusammengesetzten, das waren die Grundgedanken im 11. Jahrhundert. [Diese Vorstellungen wandelten sich bis zum 15. und 16. Jahrhundert vollständig.] Den Römischrechtsgelehrten und den Prälaten der Kirche, die seit den Zeiten Innozenz' III. eng verbunden waren, war es gelungen, die Idee (...) zu lähmen (...) [Sie lehrten] (...), dass das Heil in einem stark organisierten Staat, der unter einer halbgöttlichen Gewalt stehe, zu suchen sei; dass *ein* Mann der Lenker der Gesellschaft sein kann und muss (...) [So] schwand das alte föderalistische Prinzip dahin und der Schöpfergeist der Massen ging verloren. Die römische Idee war siegreich und unter solchen Umständen fand der zentralisierte Staat in den Städten eine fertige Beute."





Dem politischen Bewusstsein und der politischen Kultur wurde eine neue Struktur aufgeprägt. Nur bedeutete diese keinen Fortschritt, sondern eine Schwächung, lag ihr doch die Theorie zugrunde, "die Menschen könnten und müssten ihr eigenes Glück suchen, ohne sich um die Bedürfnisse anderer zu kümmern (...) - im Recht, in der Wissenschaft, in der Religion." Es ist dies die Philosophie des liberalen Utilitarismus, ursprünglich von Bentham aufgestellt und von Huxley als Sozialdarwinimus umformuliert, und bei unseren heutigen Neoliberalen sehr populär.

Auch bei Bookchin finden sich die Frustration und der Abscheu angesichts einer politischen Leitkultur, die als stärkstes Hemmnis gegenüber Veränderungen in unserer Zeit empfunden wird. Weder hat der Kapitalismus die Herrschaft erfunden, noch die kapitalistische Technik die Naturzerstörung: "Es kam den Menschen nicht in den Sinn, die Natur zu beherrschen, solange sie noch nicht die Jugend, die Frauen, und schließlich sich gegenseitig beherrschten. Und deshalb wird es keine rationale und ökologische Gesellschaft geben, solange wir Herrschaft in all ihren Erscheinungen (...) nicht eliminieren." Die Kultur liefert zentrale - auch heilbringende - Triebkräfte (was nicht heißen soll, sie sei die alleinige Wurzel all unserer Übel). So klassifiziert er die USA mit ihrer politischen Kultur als das "unbelesenste, uninformierteste und kulturell analphabetischste Land der Erde" (was sich übrigens auch über Europa sagen lässt). Jedes revolutionäre Projekt sieht sich vor die Aufgabe gestellt, diesen Damm der Unwissenheit erst einmal zu durchbrechen.



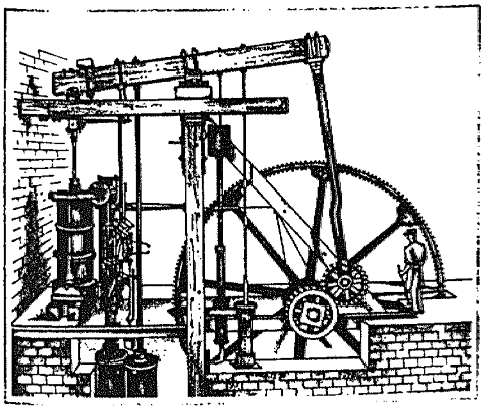
In diesen Zusammenhang gestellt, richtet sich das revolutionäre Projekt auch nicht auf die eine Klasse des Industrieproletariats allein. Kropotkin hat das Potential des Menschen an sich im Auge, die *conditio humana*, nicht die Entwicklung einer bestimmten industriellen Technik. Denn die Fähigkeit, mittels gegenseitiger Hilfe ihre Handlungen zusammenzuführen, ging

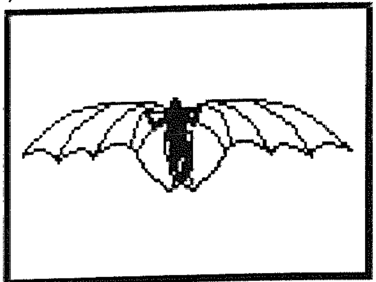
> "in den Massen nicht verloren. (...) Sie fließt auch jetzt noch und geht ihren Weg auf der Suche nach einem neuen Gebilde, das nicht Staat und nicht mittelalterliche Stadt und nicht die Dorfmark der Barbaren und nicht der Clan der Wilden sein soll, aber doch aus diesen allen sich ergeben, ihnen jedoch überlegen sein soll in seinem umfassen-

deren und tiefer menschlichen Gehalt."

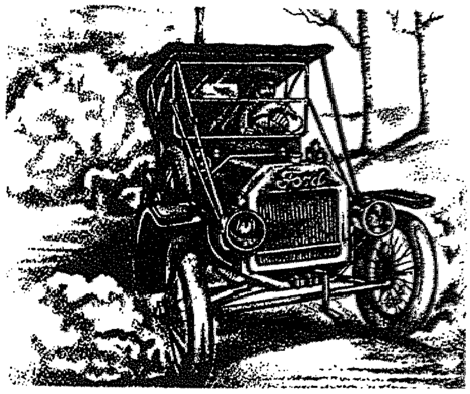
Mit seinen anthropologischen und historischen Analysen wollte er zeigen, dass dem Verhalten der Menschen zu allen Zeiten eine mutualistische Komponente eigen war, dass sie Teil unseres Alltags ist, dass sie das Fundament stabiler Gesellschaften, moralischen Verhaltens und rationaler Handlungen bildet, wie wir sie immer finden, wenn irgendwo revoltiert wird oder wenn eine auf Solidarität gegründete alternative Gesellschaftsordnung aufgebaut werden soll. Die anarchistische Gesellschaft ist also nichts, was sich mit teleologischer Notwendigkeit automatisch ergeben wird, sondern sie setzt einen ethischen Wahlakt voraus.

"Es ist nicht Liebe und auch nicht Sympathie, worauf die menschliche Gesellschaft beruht. Es ist das Bewusstsein - und sei es nur in dem Entwicklungsstadium eines Instinkts - von der menschlichen Solidarität."









In keiner Weise wird suggeriert, an die Stelle dieser Entwicklung könnte etwa à la Marx die Entstehung einer Klasse mit kommunistischem Bewusstsein treten. Kropotkin spricht nicht vom Proletariat, sondern von "den Massen" und davon, dass diese ihr - nie ganz verloren gegangenes - Potential für gegenseitige Hilfe in einer kommunistischen Gesellschaft wieder entdecken müssten. Bookchin wiederum geht in seiner Einschätzung des revolutionären Potentials der Proletarier noch weiter:

"Die Arbeiterklasse ist jetzt völlig industrialisiert und nicht etwa radikalisiert, wie es die Sozialisten und Anarchosyndikalisten so inbrünstig hofften. Sie hat kein Gespür mehr für das Missverhältnis, für das Aufeinanderprallen der Traditionen. (...) Nicht nur haben die Massenmedien das Kommando über sie übernommen und ihre Erwartungen neu geprägt, (...) sondern das Proletariat als *Klasse* wandelte sich aus dem unnachgiebigen Todfeind der Bourgeoisie als Klasse zu deren Vertragspartner, (...) zu einem Organ innerhalb des kapitalistischen Systems."

Diese Aufdeckung der Verbürgerlichung des Proletariats reicht zumindest bis zu Bakunins Untersuchung der Chancen für eine Revolution in Italien, Mitteleuropa und Russland zurück, in der er seine Hoffnungen auf das in der Landbevölkerung vorhandene revolutionäre und anarchistische Potential setzt, besitzt diese doch noch keine Übung in der Handhabung der begrenzten Mitwirkungsmöglichkeiten in einer repräsentativen Demokratie. Nicht die Klassenzugehörigkeit setzt dem möglichen Wechsel eine Grenze, sondern die menschliche Natur. Wer für Veränderungen eintritt, kann überall auf Verbündete hoffen. In einem mit Janet Biehl geführten Interview sagt Bookchin:

"Es würde mir doch keine Gewissensbisse bereiten, an Orten ohne demokratische Traditionen (sei es in der Ideologie oder in den Institutionen) aufzutreten, um dort für die Vorzüge einer wirklich demokratischen Gesellschaft zu werben. Ich sähe mich als Propagandist, als Agitator. (...) Ich hätte ihnen nicht die traditionellen, sondern die rationalen Gründe dafür klarzumachen, ein neues System an die Stelle des alten zu setzen. Die bisherige Unterdrückung kann sich bis in das Denken der Menschen auswirken, und dem wirke ich entgegen, wenn ich so vorgehe."

Auch wenn er sich mit einer solchen Äußerung sicher nicht bei den "Kulturrelativisten" anbiedern will, so bezieht Bookchin sich hier ausdrücklich auf die Möglichkeit, Menschen der unterschiedlichsten kulturellen und ökonomischen Herkunft die Werte "Rationalismus" und "Solidarität" zu vermitteln. Für ihn gibt es keine Abhängigkeit von irgendeinem Fachwissen, das uns von oben herab beglückt - vom Staat, der Weltbank, dem IWF oder einem anderen Vertreter dieses Ämterdschungels staatlicher und überstaatlicher Hierarchien, die in den Entwicklungsländern vor allem die politischen und ökonomischen Hierarchien fördern, die eigentliche Entwicklung aber massiv behindern.

Hiervon handelt auch der Hauptteil des Buches von Janet Biehl. In ihren Erläuterungen ist von "Klassen" kaum die Rede. Sie weist auf den mit der Moderne verbundenen Verlust an bürgerlicher Lebensqualität hin, beschränkt sich doch unser politisches Engagement darauf, Stimmzettel abzugeben und Steuern zu bezahlen, nachdem das Reich der Politik fast völlig dem Staat anheimgefallen ist. Aus diesem Grunde fordert sie in ihrem Programm eines "Libertären Kommunalismus" die Dezentralisierung der Städte, in denen sich ein Großteil der Weltbevölkerung zusammenballt und die Gemeinschaft atomisiert auf der Strecke bleibt. "Das aktive, gereifte Bürgerwesen, dessen eine direkte Demokratie bedarf, hat gerade von einer derartig atomisierten Gesellschaft absolut nichts zu erwarten." Ziel

muss es sein, ein authentisches Reich partizipatorischer Politik zu schaffen, mehr Menschen einzubeziehen. Die neuen Werte und Verhaltensmuster, derer es dazu bedarf, können durch die Worte "Solidarität" und "Vernunft" gekennzeichnet werden. Im "Charakter reifer, zur politischen Teilnahme befähigter Bürger" müssen sich bestimmte Tugenden finden:

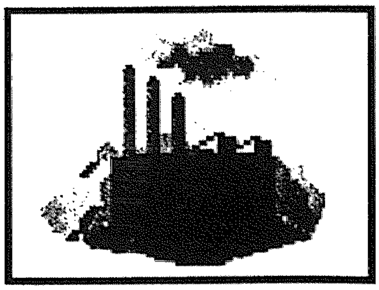
> "Die wichtigsten Tugenden sind Solidarität und Vernunft. (...) Wie auch immer man den Bürger definieren mag - stets muss er dem Gemeinwohl, also der Solidarität verpflichtet sein. Ganz im Gegensatz zu dem heute verbreiteten Zynismus wird den reifen und aktiven Citoyens klar sein, dass ihre politische Gemeinschaft ohne aktive Unterstützung und Teilnahme nicht überdauern kann. (...) Eine direkte Demokratie bedarf aber auch unbedingt der - heute so geschmähten - Vernunft, (...) um trotz persönlicher Animositäten (...) Fairness walten zu lassen. (...) Sie werden überhaupt nur dank ihrer Vernunft stark genug sein, das Gemeinwohl zu bewahren, und sie müssen ebenso über Vernunft verfügen wie über starke Charaktere und Persönlichkeiten."

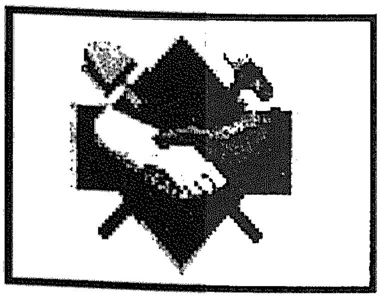
Und damit kommen wir zu der Frage, welchen Charakter die anzustrebende Gesellschaft aufweisen soll. Technik ist gut - aber nur, wenn sie menschengerecht eingesetzt wird. Seit seinem Buch *Post-Scarcity Anarchism* verkündet Bookchin unablässig die Botschaft von der Fähigkeit der Menschen, ihre Bedürfnisse weltweit zu befriedigen - woran sie allerdings von unserer derzeitigen politischen und wirtschaftlichen Ordnung gehindert werden. Die Eigentumsverhältnisse und Organisation der Technik unter dem Kapitalismus machen ihr Potential zunichte. Wenn die Verheißung einer Nachmangel-Gesellschaft "noch unerfüllt ist, dann liegt das (...) nicht am verderblichen Wesen der Technik, sondern an der über sie herrschenden Gesellschaft."

Es sind die gesellschaftlichen Verhältnisse, die die Ursache für technische Unzulänglichkeiten sind; für die Zerstörung des Gemeinschaftslebens in hochzentralisierten Städten, in denen jeder ein "Fremder" ist; für die Entmachtung des Individuums innerhalb einer immer stärker zentralisierten und hierarchisierten Staats- und Wirtschaftsstruktur. Das Herrschaftssystem sorgt dafür, dass die Technik den Interessen der Mächtigen dient - denen, die sie besitzen und/oder kontrollieren. Untrennbar damit verbunden sind die Verweigerung jeglicher authentischen Politik, bei der alle ein Mitspracherecht in der Gemeinschaft haben, und ein Wirtschaftsprozess, der in der Natur - statt eines schützenswerten Gutes - nur eine auszubeutende Ressource sieht.

Die Beherrschung und Zerstörung der Umwelt steht nun in einem direkten Zusammenhang mit der Herrschaftsmentalität der Menschen untereinander. Männer herrschen über Frauen (die in den Entwicklungsländern immer noch überwiegend für die "Feldarbeit" zuständig sind), und Bookchin stellt daher die Sozialökologie ausdrücklich in einen Zusammenhang mit feministischen Forderungen. Ganz gleich, wie die Menschen lebten, sie standen stets unter der Herrschaft von Sklavenhaltern, Grundbesitzern, Priestern und Staatskapitalisten (oder auch Staatssozialisten). Unter dem Kapitalismus wurde die angeblich notwendige Hierarchie zum Dogma. Man war sich darüber einig, dass mit der zentral gesteuerten Ausbeutung der sich entwickelnden ökonomischen und technischen Kräfte ein zentralisiertes gesellschaftliches Herrschaftssystem in Staat und Kirche Hand in Hand gehen müsse. Naturbeherrschung war unumgänglich, Reichtum - die Güter zur Bedürfnisbefriedigung - wurde geschaffen wie nie zuvor. Somit war für Marx, Robert Owen und andere Sozialisten alles nur eine Frage der Umverteilung. Indem Owen - für Marx ein "utopischer Sozialist" - mit den reichen Erträgen seiner Baumwollfabriken utopische Gemeinschaften aufbaute, kam er wahrscheinlich einer umweltorientierten Lösung etwas näher. (Dass es Landkommunen waren, bedeutet allerdings, dass er wohl nicht verstanden hatte, um was es eigentlich ging). Da Marx - worauf Bookchin zuerst in seinem aufrüttelnden *Hör zu, Marxist!* und seitdem immer wieder hingewiesen hat - eine hierarchisch aufgebaute Produktionsstruktur akzeptierte, beruhte auch die von ihm verfolgte Lösung auf hierarchischen Prinzipien. Und als dann schließlich Marxisten die Macht eroberten (und das in Ländern, wo Marx es nie erwartet hätte), suchten sie einfach die kapitalistischen Strukturen unter staatlichen Eigentumsverhältnissen nachzuahmen. Wie wir in den vergangenen 20 Jahren erlebt haben, führte das dann zu Umweltzerstörungen, die noch schrecklicher und rücksichtsloser waren als die des westlichen Kapitalismus.

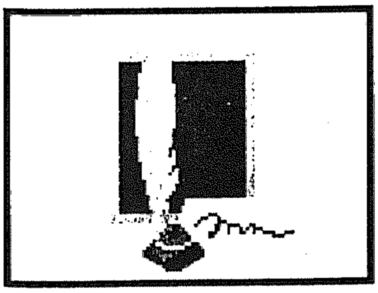
»Solidarität«





Aus dieser Erkenntnis lassen sich zahlreiche Konsequenzen ableiten. Erstens haben weder Theorie noch Praxis des Marxismus die Lage der Menschen jemals verbessert; für Bookchin ist Marx ein bürgerlicher Denker. Zweitens hat mit dem Liberalismus nur ein weiteres Monster gesiegt. Drittens ist unser Wirtschaftssystem, lokal wie global, immer noch eine reine Ausbeutungsstruktur; die Ausbeutung der Menschen führt aber zur Zerstörung alles pflanzlichen und tierischen Lebens (es klingt leider pessimistisch, aber die

Natur dürfte bereits unheilbar aus dem Gleichgewicht geraten sein). Viertens zeugt die Annahme, wir könnten unsere Lage mittels zentraler Planung privater oder öffentlicher Unternehmen irgendwie verbessern, von nichts als Dummheit. Aus hierarchischen Prämissen ergeben sich hierarchische Konklusionen, nämlich riesige Projekte, in denen die Herrschaft der Privilegierten über die Massen in Stadt und Land perpetuiert wird. Die Hoffnung, eine höhere Macht

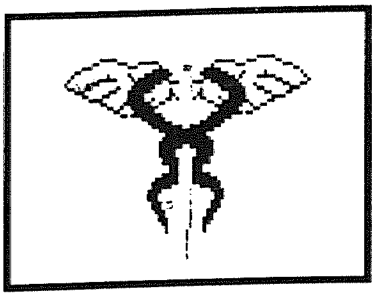


(Gott, der Staat oder 'ökologisch aufgeschlossene Konzerne') würde uns zu Hilfe eilen, schließt doch nur an frühere theologische Einstellungen an.

Diese Hoffnung auf eine "Rettung von oben" war stets die Psychologie der Hilflosen, war Voraussetzung für Selbstverleugnung und Unterwerfung unter eine Autorität. Gott hat schon einmal so gehandelt, meinte *Hegel*, als er den Verlust bürgerlicher Identität bedauerte, der sich in den Stadtstaaten der Antike vollzogen hatte:

> "Die Christen schrieben diesem Unendlichen Wesen ein Ziel zu, das geradezu einen Gegenpol zu den moralischen Zielen der Welt darstellte (...) Die weltlichen Vergnügungen und irdischen Freuden, die sie sich versagen mussten, verachteten sie, würden sie doch im Himmelreich mehr als genug dafür entschädigt werden. Die Idee der Kirche trat an die Stelle eines Mutterlandes und freien Gemeinwesens; der Unterschied zwischen beiden lag darin, dass die Idee von der Kirche für Freiheit keinen Raum ließ und dass, während der Staat völlig der Erde verhaftet war, ein enges Band die Kirche mit dem Himmel vereinigte. (...) Somit hatte der Despotismus der Römischen Kaiser den Geist des Humanen von der Erde vertilgt und Elend verbreitet, wodurch die Menschen sich gezwungen sahen, ihr Glück vom Himmel zu erwarten. Seiner Freiheit beraubt, musste ihr Geist, ihr ewiges und absolutes Eigentum, Zuflucht bei der Gottheit suchen."

Wenn sich die Menschen von der Politik abwandten, so wegen ihrer Hilflosigkeit und ihrer Unfähigkeit, in ihrem



Alltag zur Selbsterfüllung zu gelangen. Ich will gar nicht behaupten, Kropotkin oder Bookchin seien Hegelianer, doch scheinen auch sie Hegels Sichtweise zu teilen, dass wir nämlich unser Leben in der Gemeinschaft ganz direkt selbst organisieren müssen und nur darin Erfüllung erlangen, zu einem Ziel finden und unser eigenes Leben und das unserer Gruppe vernunftgemäß führen können.

In Kropotkins Ausführungen über Gegenseitigkeit finden sich zahllose Alltagsbelege für den naturgegebenen Wert der Solidarität. Mit Verachtung spricht er von der Religion und einem Klerus, der ohne Rücksicht auf die Tatsachen den Menschen einreden möchte, die menschliche Natur sei reine Sünde und das Gute in ihnen käme allein von Gott. Zu ihrer Religion gehört der Herrschaftsstaat, gehören Menschen, die der Herrschaft bedürfen, die in Isolation voneinander existieren und zur umfassenden Umgestaltung der Gesellschaft - und der Natur - schon rein psychologisch unfähig sind. Am deutlichsten trete uns das in der modernen Großstadt entgegen, wo das Fehlen gemeinsamer Interessen Gleichgültigkeit hervorrufe, während Energie und Mut mangels Gelegenheit dahinschwänden oder sich auf anderen Gebieten zeigten.[1]

Nun liegt aber in der Großstadt der Brennpunkt unserer heutigen Existenz. Eine anarchistische Alternative für Veränderungen kann es also nur geben, wenn auch die Großstadt verändert werden kann. Wir müssen erkennen, dass ihre negativen Züge - Millionen isolierter Individuen, die sich nicht in die Augen sehen - die Antithese zum authentischen Stadtleben darstellen. Die Lösung dieses Problems liegt für Kropotkin wie für Bookchin in ökonomischer und politischer Dezentralisierung, in einem System kommunalen Eigentums an den Produktionsmitteln und in direkter Demokratie als Mittel der Entscheidungsfindung. Dazu müssen aber Bürgertugenden wieder gefunden werden, die infolge der modernen städtischen Lebensweise der überwiegenden Mehrheit der Menschen verloren gegangen sind.[2] Es ist zwangsläufig ein auf Dauer angelegtes Projekt, denn um die Menschen weiterzubilden, bedarf es alternativer Institutionen. Bookchin und Biehl rufen nach Bürgerversammlungen im Rahmen bestehender staatlicher Strukturen (sie nennen das "Duale Macht"). Um den staatlichen Aktivitäten entgegenzuwirken, bedarf es vor allem des Engagements möglichst vieler Menschen, schreibt doch schon Kropotkin:

> "Für uns ist die soziale Revolution keinesfalls eine jakobinische Diktatur, aber auch keinesfalls eine institutionelle Reform der Gesellschaft mittels Gesetzgebung durch einen Konvent, Senat oder Diktator. (...) Die Massen müssen den Neubau der Gesellschaft selbst in die Hand nehmen - diesen Aufbau *auf kommunistischer Grundlage* - und dürfen nicht auf Befehle oder Anweisungen von oben warten."

Wunschziel ist die neue dezentrale Stadt, ist die dezentrale Gesellschaft. Ermöglicht werden beide durch technische Entwicklungen, die den Menschen in den "föderierten" Gemeinden ein reicheres und weniger hartes Leben ermöglichen. Noch einmal Janet Biehl:

> "Glücklicherweise muss eine ökologisch vertretbare dezentrale Gesellschaftsordnung nicht zwangsläufig mit einer Wiederkehr endloser Plackerei ver-

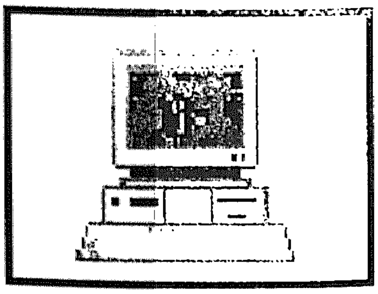
bunden sein. Die Sozialökologie (das ist die theoretische Grundlage der libertär-kommunalistischen Politik) hat erkannt, dass sich mit dem enormen Zuwachs an Produktivität, den wir erlebt haben, das uralte Problem des materiellen Mangels von selbst erledigt hat. Durch den inzwischen erreichten Stand der Automatisierung menschlicher Tätigkeiten haben wir ein riesiges Maß an freier Zeit gewonnen, (...) um sicher und angenehm zu leben und in rationaler und ökologischer Weise uns über die privaten Dinge hinaus stärker gesellschaftlichen Belangen zu widmen."

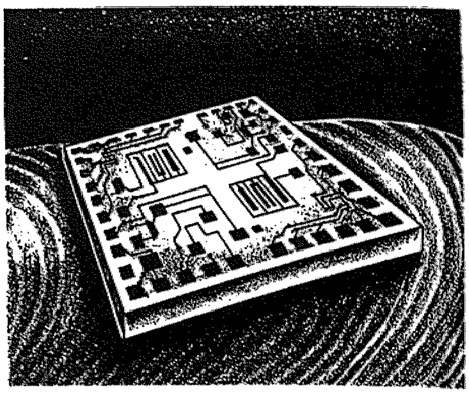
In demselben Geist breitet Kropotkin seine Beweise in dickleibigen Werken aus, vor allem in *Landwirtschaft, Industrie und Handwerk* und in *Die Eroberung des Brotes*. Er liefert eine Flut technischer Details aus Industrie und Landwirtschaft, um zu zeigen, wie in einem Komplex föderierter Kommunen die Arbeit abwechslungsreicher gestaltet, der Arbeitstag verkürzt und Überfluss, Gleichheit und direkte Demokratie herbeigeführt werden können. Vor allem beschäftigt ihn der Fortschritt in der Landwirtschaft, der den Agrarsektor fast überall hoch produktiv machen könne. Die historisch gewachsene Kluft zwischen Stadt und Land würde sich schließen. Seine Vorschläge zur Arbeitsteilung erinnern stark an die des Utopisten *Charles Fourier*; auch dieser - wenngleich kein Kommunist - betonte die Bedeutung der Industrieproduktion. (Dass beide, Bookchin wie auch Kropotkin, gelegentlich Fourier zitieren, ist angesichts ihrer Übereinstimmungen nicht überraschend). Es folgen zwei zusammenfassende Aussagen von Kropotkin, in denen er die Richtung weist, die seine Gesellschaft und ihr Produktionssystem - wir könnten es "anarchistischer Umbau" nennen - einschlagen sollten.

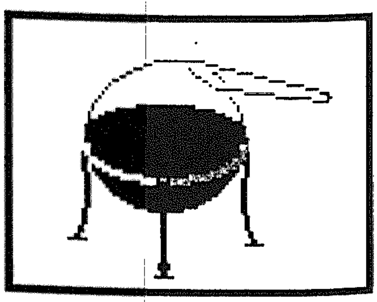
"Die Landwirtschaft kann sich ohne Hilfe von Maschinen nicht entwickeln. Und die Einführung vollkommener Maschinen kann ohne eine industrielle Umgebung nicht verallgemeinert werden: ohne mechanische Werkstätten, die dem Bebauer des Bodens leicht erreichbar sind, ist der Gebrauch landwirtschaftlicher Maschinen unmöglich. (...) Aber dieses ist noch nicht alles. Die Landwirtschaft braucht soviele von jenen Menschen, die die großen Städte bewohnen, dass [seiner Zeit, J.F.H.] in jedem Sommer Tausende von Männern ihre Mietskasernen in den Städten verlassen und zur Erntezeit aufs Land gehen. (...) Was die Arbeiter anbelangt, die die wirklichen Leiter der Industrien sein sollten, so würden sie es [künftig, J.F.H.] sicherlich für sehr gesundheitfördernd betrachten, nicht während des ganzen Jahres die gleiche eintönige Arbeit zu verrichten. Und sie werden sie während des Sommers aufgeben, wenn sie tatsächlich dadurch, dass sie einander gruppenweise ablösen, nicht das Mittel finden würden, die Fabrik in Gang zu halten."

"Unter einem System, das die Massen dazu verdammt hat, den ganzen Tag hindurch und ein ganzes Leben lang sich mit einer ermüdenden Arbeit abzuquälen, ist die sogenannte 'Arbeitsteilung' geworden. (...) Fünf Stunden täglicher Arbeit [würden aber] genügen, alle Mitglieder eines zivilisierten Volkes

»Neugierde«







mit jenen Erfordernissen des Lebens zu versorgen, die heute nur einige wenige genießen. (...) Wenn jedermann seinen Anteil an der Produktion übernimmt und die Produktion sozialisiert würde (...), dann würde mehr als ein halber Arbeitstag für jedermann übrig bleiben, den er den Bestrebungen der Kunst, Wissenschaft oder irgendeiner Liebhaberei, die er vorzieht, widmen könnte. (...) Überdies wäre eine nach diesen Grundsätzen organisierte Gemeinschaft reich genug, um zu schließen, dass jeder Mann und jede Frau, nachdem sie ein gewisses Alter erreicht haben, z.B. 40 Jahre oder mehr, von der moralischen Verpflichtung, direkten Anteil an der notwendigen Handarbeit zu nehmen, entlassen werden sollten (...) Und eine derartige Gemeinschaft würde kein Elend mitten unter Reichtum kennen."

Eine Revolution besteht nicht darin, die politische und bürokratische Elite, die Oligarchen und Monopolisten, welche die Früchte der Ressourcen und der Produktion ernten, zu erschießen (auch wenn wir keine Träne nachweinen würden). Das Wesen der Revolution liegt darin, das Bewusstsein von dem der Technik innewohnenden Potential zum Segen der Menschheit und der Erde zu erweitern und nach Möglichkeiten der Umsetzung zu suchen. Lokale Autonomie, direkte Demokratie, lokale Kontrolle bei politischer und ökonomischer Dezentralisierung - all dies propagiert Kropotkin ebenso wie Bookchin und Biehl mit ihrem "Libertären Kommunalismus".

Abschließend möchte ich noch etwas zum Begriff der "Evolution" anfügen. Es war Kropotkins Überzeugung, die Menschheit würde sich in Richtung auf einen Kommunismus ohne Staat entwickeln. Auch Bookchin hat sich mit der Evolutionstheorie beschäftigt, in der er der Entwicklung des Menschen eine besondere Rolle zuweist. Nach Bookchins Vorstellungen durchläuft die menschliche Entwicklung drei Phasen:

a) die Erste (ursprüngliche) Natur

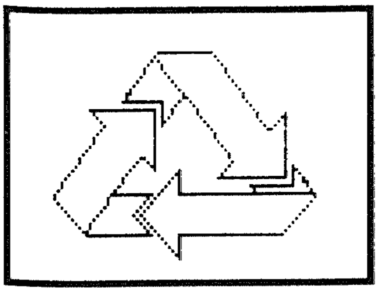
b) die Zweite Natur, d.h. die bisherige Gesellschaft und Kultur der Menschen, überwiegend hierarchisch strukturiert und umweltfeindlich

c) die Dritte Natur, die von der Erkenntnis ausgeht, dass die Menschen in die Umwelt eingreifen, und die diesen

Eingriffen einen - sagen wir - "ethischen" Charakter zu sichern sucht.

Debby Bookchin findet die folgenden knappen Formulierungen dafür:

"Bookchin drängt auf die Entwicklung einer rationalen und ökologischen Gesellschaft, die er als Dritte Natur bezeichnet - eine befreite Natur, in der die Menschen in Harmonie miteinander und mit ihrer Umwelt leben. In dieser Gesellschaft trägt die vom Menschen geprägte Natur das Zeichen der Vernunft, denn diese ist selbst aus der Evolution hervorgegangen. Gleichzeitig verleiht die Menschheit der rationalen, sich selbst bewusst gewordenen Natur eine Stimme. (...) Mit dem Aufstieg der Menschheit ist die Chance darauf verknüpft, dass die Evolution durch ihr eigenes





Geschöpf - den Menschen - in eine rationale und ethische Richtung gelenkt werden kann."

Damit aus dieser großartigen philosophischen Position der sozialökologischen Bewegung praktische Realität werden kann, muss die Gesellschaft im Sinne Kropotkins umgestaltet werden. Lokaler Bedarf muss durch lokale Produkte gedeckt werden (Kropotkin spricht vom Ersatz der Arbeitsteilung durch "Arbeitsergänzung"); die Wirtschaft muss dezentralisiert und im menschlichen Maß gestaltet werden; man benötigt Basisdemokratie und eine reichhaltige Lebensqualität für alle. Um dies und nichts anderes geht es beim "Libertären Kommunalismus"; all dies ist möglich, aber auch notwendig. Er stellt die jüngste Ausdrucksform anarchistischer Praxis dar, denn in ihm widerspiegeln sich die Bedingungen des ausgehenden 20. Jahrhunderts. ★

Erwähnte Literatur

Peter Kropotkin, "Moderne Wissenschaft und Anarchismus", in: ders. (Hrsg. Heinz Hug), "Der Anarchismus - Ursprung, Ideal und Philosophie", Monte Verita/Trotzdem Verlag (Wien / Grafenau 1993) (Original russ. 1901)

Murray Bookchin, "Re-enchanting Humanity: A Defense of the Human Spirit Against Antihumanism, Misanthropy, Mysticism, and Primitivism", Cassell (London / New York 1995)

Murray Bookchin, "Die Neugestaltung der Gesellschaft", Trotzdem Verlag (Grafenau 1992)

Peter Kropotkin, (Hrsg. Roger N. Baldwin) "Revolutionary Pamphlets", Dover Publications (New York 1970)

Peter Kropotkin, "Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt", Monte Verita Trotzdem Verlag (Wien/Grafenau 1989)

Murray Bookchin, "Die Agonie der Stadt", Trotzdem Verlag (Grafenau 1996)

Janet Biehl, "Der Libertäre Kommunalismus - Die politische Praxis der Sozialökologie", Trotzdem Verlag (Grafenau 1998)

1 "Indem wir wieder zu Fremden werden, verwandelt sich "Die einsame Masse" (...) in eine furchterregende Masse, in der jeder sich mit gespannter Wachsamkeit durch die moderne Stadt bewegt, mißtrauisch gegenüber den Menschen neben sich und angstgepeinigt in unvertrauter Umgebung. Zusammen mit der Verstädterung breitet sich auch der für ihre Verwaltung erforderliche Staatsapparat immer weiter aus. Der Nationalstaat mag sich in verschiedener Form zeigen, er nähert sich doch immer stärker einem totalitären System an. Der auf sein Privatleben reduzierte Einzelmensch andererseits verwandelt sich, von Egoismus und Furcht geplagt, vom aktiven Verbraucher zu einer Ware unter anderen. (...) Wenn die Stunde des Totalitarismus wirklich anbricht, wird wahrscheinlich das in sich gefestigte Selbst, dessen es zur Abwehr so dringend bedarf, derartig erodiert sein, daß seine psychologischen Reserven nicht einmal mehr zur Erkenntnis der Gefahr ausreichen, geschweige denn zu ihrer Bekämpfung." Bookchin, "Agonie" S.246

2 "Der Erfolg des revolutionären Projekts hängt nun davon ab, dass es den Blick wieder (...) auf den Menschen selbst richtet. (...) Und wenn dieses allgemeine Interesse in eine nichthierarchische Forderung eingebettet werden kann, dann wird es die von Frauen erhobene Forderung einer substantiellen Gleichheit von Ungleichen sein - und dies ist das erweiterte Freiheitsideal. Wir stehen jetzt vor der Frage, ob die feministische und die ökologische Bewegung sich dieser historischen Herausforderung stellen können. Das heißt, ob diese Bewegungen in eine lebendige *soziale Bewegung* ausgeweitet werden können." Bookchin, "Neugestaltung" S.167-168

G.W.Friedrich Hegel, "On Christianity: Early Theological Writings", Harper & Bros. (New York 1961) S.162-163 (rückübersetzt)

Peter Kropotkin, "Landwirtschaft, Industrie und Handwerk", Verlag "Der Syndikalist" (Berlin 1921) S.161-162

Debby Bookchin, "Thinking Ecologically: The Ideas of Murray Bookchin" (1989, unveröfftl.). Die Passage entstammt einem Buchexposé, das mir während meiner Tätigkeit im Black Rose Verlag in Montreal zu Gesicht kam. Debby wird mir gewiss das Zitat gestatten.

SF-Redaktionstip Nr.6

Luciano Lanza untersuchte die Geschichte des Massakers auf der Piazza Fontana 1969 für die der Anarchist Giusepppe Pinelli von der Polizei zu Tode gestürzt wurde. Erschienen bei der Edition Nautilus 1999 unter dem Titel " **Bomben und Geheimnisse**", 141S.,28.-

Libertärer Kommunalismus und Männlichkeit

von Schwarze Feder

Ich kannte Janet Biehls Buch "Der libertäre Kommunalismus" noch nicht als ich das Kapitel "Duale Macht" und das anschließende Interview mit ihr im Schwarzen Faden 1/99 gelesen habe. Dieses Kapitel hat mich sehr aufgewühlt, einige Dinge haben mich begeistert, andere geärgert und wieder andere erschreckt. Zwei Wochen später habe ich das Buch durchgearbeitet und jetzt sitze ich hier und schreibe eine Erwiderung. Ich selber fühle mich der anarchistischen profeministischen Männergruppenszene zugehörig und versuche von diesem Standort eine konstruktive Kritik am libertären Kommunalismus.

Janet Biehls Ausarbeitung des Libertären Kommunalismus als konkreter Plan erinnert mich ein wenig an P.M.'s Utopie *bolo'bolo* und vor allem an das daran angelehnte *"Projekt A"* nach einer Idee von Horst Stowasser. P.M. hat nicht ganz den anvisierten Zeitrahmen seiner revolutionären Umsetzung eingehalten und vom Projekt A ist - soviel ich weiß - auch nur der Verein Wespe in Neustadt übriggeblieben. Während allerdings P.M. einen Zehn-Punkte-Plan zu seiner Utopie nachreichte, mit dem er den "liberalen Code" ergänzt sehen wollte, um schädliches Männerverhalten einzudämmen, stellte sich Horst Stowasser stur und machte die angebliche "political correctness" statt die Ignoranz gegenüber feministischen Forderungen für das Scheitern verantwortlich.

Ich finde es wichtig, daß es solche langfristigen konkreten Pläne und Ziele gibt, sie können Enthusiasmus hervorrufen. Und es ist möglich, Differenzen zu sehen und zu klären, wo sie herkommen. Daher möchte ich in diesem Artikel versuchen, konstruktiv kritisch mit dem Ansatz des Libertären Kommunalismus umzugehen, wobei mir jetzt schon klar ist, daß es einen Hauptkritikpunkt gibt: das Problem Männlichkeit wird vom Libertären Kommunalismus nicht in der gleichen Weise aufgegriffen wie das Problem Nationalstaat.

Macht

"Eine Kraft in sich fühlen". Das ist es, was viele derzeit suchen - häufig in Sekten oder Psychogruppen, manchmal auch in politischen Zirkeln." schreibt Janet Biehl zu Anfang ihres Kapitels "Duale Macht". Dann sagt sie, daß das Gefühl Macht zu haben, etwas anderes ist, als Macht zu besitzen: "Macht ist mehr als eine geistige oder psychologische Befindlichkeit."

Sie schreibt, daß Macht entweder dem Staat und seinen Instituionen wie Polizeitruppen, Gerichte oder Armeen zufällt oder aber "den freien Bürgern in ihren demokratischen Volksversammlungen." Und jede Macht, die die Commune nicht hat, fällt automatisch dem Staat zu und umgekehrt. Neben diesen beiden Mächten, ich nenne sie mal communale Macht und staatliche Macht, gibt es meiner Meinung nach noch eine dritte, die ich *soziale Macht* nenne. Unter sozialer Macht verstehe ich die individuelle Fähigkeit, überhaupt an der communalen Macht im anarchistischen Sinne teilzuhaben oder gar diese aufzubauen. Ein rassistischer Alkoholiker hat zum Beispiel nicht die Fähigkeit, die soziale Macht, eine demokratische Volksversammlung mitaufzubauen. Oder ein anderes Beispiel: in der BRD sind etliche anarchistische Zentren, Zeitungen, Gruppen daran zerbrochen, daß ein Mann sich gegenüber einer Frau extrem verletzend verhält und er dann auch noch von einem Großteil der "Szene" geschätzt wird. Soziale Ohnmacht, die bedingt ist durch Sucht, unverarbeitete Erlebnisse, ansozialisiertem klassistischen, sexistischen oder rassistischen Verhalten,... bedeutet gleichzeitig ein Stärkung der staatlichen Macht; ich denke, so versteht auch Foucault seinen Machtbegriff. Wenn die soziale Macht des Individuums zunimmt folgt daraus eine Stärkung der communalen Macht und eine Schwächung der staatlichen Macht und umgekehrt gilt dies für soziale Ohnmacht; in diesem Sinne würde ich Janet Biehls Konzept der Dualen Macht zustimmen. Allerdings behaupte ich, daß es sehr wohl möglich ist, in Psychogruppen etwas gegen die soziale Ohnmacht zu tun. Eine Frau, die mittels einer Therapien die Ursachen ihrer Magersucht erfolgreich bekämpft hat, kann sich z.B. besser auf die Weiterentwicklung communaler Macht konzentrieren. Anders ausgedrückt: ich glaube nicht, daß die beiden Grundtugenden des libertären Kommunalismus, *Vernunft und Solidarität*, nur durch demokratische Volksversammlungen mit Mehrheitsentscheid wachsen. Auf diesen Plena kann auf die soziale Ohnmacht aufmerksam gemacht werden und bestimmt lernen einige von anderen. Aber ich kann mir nicht vorstellen, daß allein die Teilnahme an communaler Macht sich auf die Männer so auswirkt, daß Sexismus, sozusagen als Nebenwiderspruch, sich von selbst auflöst, wie Janet Biehl im Interview im Schwarzen Faden nahelegt.

Mir geht es hier nicht um einen "Lebensstil-Anarchismus", sondern um die uralte Frage nach der "freiwilligen Knechtschaft", die Etiennne de la Boetie im 16. Jahrhundert im Anschluß an die Machiavelli-Lektüre stellte. Ich möchte differenzieren zwischen dem "Sich-Haben" (Habitus) und dem "Sich-Geben" (Lebensstil). Männlich sein, rassistisch sein, das sind für mich - bezogen auf das Individuum - keine Stil-Fragen, sondern Fragen nach dem, wie Menschen auf einer grundsätzlichen Ebene gelernt haben, mit sich umzugehen.



Klaus Theweleit hat in seiner Analyse der nationalsozialistischen Täter diese als mit dem Staat und seinen Institutionen verschmolzen beschrieben, aber auch als etwas, was dem gleich kommt, was ich hier sozial ohnmächtig nenne. Er bringt diese "Institutionen-Körper"-Macht / soziale Ohnmacht mit Männlichkeit so stark in Verbindung, das sie fast deckungsgleich erscheinen. Und er vertritt die These, daß Mütter ihren Kindern soziale Macht beibringen, während männliche Institutionen diese, vor allem bei Jungen und Männern, wieder zurückdrängen und durch eine Macht ersetzen, die das Patriarchat ihnen einräumt.

Hierauf gehe ich später noch genauer ein. Zunächst möchte ich aber auf die gemeinsame geschichtliche Verknüpfung von Männlichkeit und Nationalstaat eingehen.

Nationalstaat und Männlichkeit

Wir sind uns einig, daß Machiavellis Texte seit dem 16.Jahrhundert herangezogen wurden, um einen starken Nationalstaat zu (be)gründen. Anfang des 18. Jahrhunderts beriefen sich vor allem Hegel und Fichte auf Machiavelli für ein vereintes deutsches Reich, welches sich in einer ähnlichen zersplitterten Sitaution befand, wie Machiavellis Italien. Aber Machiavelli plädierte nicht einfach nur für einen starken Staat, er ersetzte die antike und mittelalterliche Tugend ("virtus") durch Tüchtigkeit ("virt'"). Dieser Begriff der Tüchtigkeit entspricht sowohl den Bedürfnissen des aufkommenden Kapitalismus unter den Medici als auch denen des Nationalstaats. Virt' basiert auf einer Vergewaltigungsmetapher: der *uomo virtuoso*, verkörpert durch Herkules, unterwirft Fortuna, die Schicksalsgöttin, und schlägt sie. Einhundert Jahre später beruft sich Francis Bacon, der Begründer des objektiv-wissenschaftlichen Denkens auf Machiavelli: Bacon benutzt dieselbe Vergewaltigungsmetapher für seine "Sachlichkeit". Diese *Tüchtigkeit und Sachlichkeit* - und nicht die von Janet Biehl und Murray Bookchin geforderten Tugenden Vernunft und Solidarität - prägen unser Denken und Handeln. Dies allerdings nicht einfach nur aufgrund von Überlieferung und Konvention.

Machiavelli wurde von den Schergen der Medici, die die Macht in Florenz zurückeroberten, sechsmal gefoltert und ins Exil geschickt. Sein Büchlein "Il principe", unmittelbar nach der Folter eiligst verfasst, das immer noch AbiturientInnen in aller Welt lesen müssen, ist nichts anderes als die Aufarbeitung seines Foltertraumas. Übertriebene Tüchtigkeit und Sachlichkeit sind häufig unmittelbare Folgen von traumatisierender Gewalt genauso wie die Identifikation mit dem Täter (Machiavelli widmete sein Buch einem Medici!).

Ich denke, zumindest hier in der BRD kann es keine Vernunft oder Solidarität geben, solange nicht massenhaft die Traumata aufgearbeitet werden. Es gibt inzwischen sehr gute Analysen über die transgenerationelle Weitergabe von Traumata an die zweite und die dritte Generation nach den NS-Vernichtungslagern. Dies gilt auch auf der Täter-Innenseite: eine deutsche Familie ohne Modergeruch gibt es nicht. Psychische Konflikte, die solange nicht aufgearbeitet wurden, daß sie schimmeln und stinken und am freien Atmen hindern... Ich habe TäterInnenseite geschrieben. Tatsächlich waren und sind es in erster Linie Männer und nur in Ausnahmefällen Frauen, die foltern, vergewaltigen, töten, sexualisierte Gewalt gegen Abhängige ausüben.

Das Männerbundtheorem

Mit der französischen Revolution fanden nicht nur eine Reihe von lokalen Volksversammlungen statt. Mit der französischen Revolution erhielt auch der Staat einen neuen Schub:

> "Nachdem der Kopf des Köngis gefallen und damit der letzte fleischliche und begrenzte Körper der Macht zerstört war, konnten die ungehemmten Allmachtsphantasien der angeblich Gleichen und angeblich Gerechten das politische Feld überfluten. Den historischen Rahmen, in dem diese Explosion stattfand, hat Anderson in seiner "Erfindung der Nation" adäquat beschrieben: Bildung, Einheit der Verwaltung, allgemeine Wehrpflicht, Journalismus und Druckereigewerbe, in die selbstverständlich nur Männer eingebunden waren, bildeten die sozialen und historischen Voraussetzungen. In Frankreich waren Sprach-, Religions- und Verwaltungseinheit auf für Europa einzigartige Weise durch geographische Grenzen definiert. In Frankreich war auch der Geist der aufgeklärten Rationalität wie in kaum einem anderen Land zuhause. Daß sich gerade hier das "von allem Mythos befreite" und in das männliche Selbst zurückverlegte Subjekt den neuen Mythos von der Nation der Brüder schuf, scheint daher kein Zufall der Geschichte." (Schaeffer-Hegel 1996, S.97)

Über den Zusammenhang von Nation und Männlichkeit kann ich das Kapitel "Männliche Geburtsweisen. Der männliche Körper als Institutionenkörper" aus dem Buch *"Das Land, das Ausland heißt"* von Klaus Theweleit empfehlen. Hier nur ein kurzes Zitat, da ich aus Platzgründen nicht das ganze Kapitel zitieren kann:

> "Die Rede von der "Geburt der Nation", ein Topos des 19. und 20. Jahrhunderts, war durch unsere Nachkriegsgeschichte schon ein bißchen fremd geworden, fast vergessen, bis sie uns in Erinnerung gerufen wurde durch die Ereignisse des November 1989. Antje Vollmer notierte dazu, nach ihren Mauervisitationen im März 1990: "Männer, wohin ich seh,

ein unübersehbares Heer dunkelblauer Anzüge, Männer in permanenter Männerpaarbildung. (...) "Macht das Tor auf!" An allen Mauer- und Stacheldraht-Durchbrüchen waren es Herren, die sich als erste Wort und Hand nehmen. Das Recht der ersten Nacht war ihrs - und dann durfte das einfache Volk: fließen, strömen (...). Das ist die Blütezeit der eingeschlechtlichen Schöpferkraft. Der Nationalismus, der Staat und die Partei sind die männlichen Produktionen künstlicher Wirklichkeiten schlechthin."

Man mußte nicht die nachfolgenden Einschränkungen von Frauenrechten und die verstärkte Offensive gegen den Feminismus abwarten, um zu wissen, daß sie kommen würden. "Nation" ist immer eine Mann-Mann-Geburt, und "die Frau" ist in ihr ausgeschaltet und unten."

Männlichkeit und der Staat sind vielfältig miteinander verknüpft. Dies wird weder von Janet Biehl noch von Murray Bookchin im Konzept des Libertären Kommunalimus genügend herausgehoben. In einem Aufsatz über "Die Geschlechterparadoxie des Staates. Überlegungen zur feministischen Staatsanalyse" geht Bettina Knaup auf einen Ansatz ein, den sie mit Eva Kreisky "das Männerbundtheorem" nennt. Der Staat habe sich nach Kreisky unter Ausschluß der Frauen gebildet, wodurch Institutionen nichts anderes seien, als "sedimentierte männliche Interessen und männliche Lebenserfahrung". Bettina Knaup faßt den Ansatz zusammen:

"Das Männliche des Staates macht sie [Eva Kreisky] in seiner männerbündischen Verfaßtheit aus. Der Männerbund sei die "Standardform der Politik". [...] Männerbünde weisen dabei nach Kreisky die folgenden wesentlichen Charakteristika auf:

* Sie sind durch eine ausgeprägte Hierarchie zwischen Führung und Gesellschaft gekennzeichnet;
* ein Aufnahmeritus macht den "Initiierten" zum "Geweihten", zum Dazugehörigen;
* Männerbünde weisen eine starke Affinität und Bindung zwischen Männern auf;
* diese Bindung wird durch verbindende Werte und Verhaltensformen gefestigt;
* zudem basiert der Männerbund auf dem Ausschluß oder der Abwehr von Frauen bzw. von "Weiblichkeit"."

Innerhalb der staatlichen Institutionen sind Frauen sehr ungerne gesehen. Dies gilt besonders für staatstragende Institutionen wie Militär und Polizei. In den USA sieht sich der Staat gezwungen Maßnahmen zu ergreifen gegen die Übergriffe von Soldaten gegen Soldatinnen - mit mäßigem Erfolg. Und in der BRD offenbarte im letzten Jahr eine Studie, daß Übergriffe von Polizisten gegen Kolleginnen eher die Regel als die Ausnahme sind. Besonders krass waren die Vorfälle in München, wo eine Polizistin von den Kollegen in den Selbstmord getrieben, eine weitere mit Säure verletzt wurde.

Zu den Tugenden »Vernunft und Solidarität«

Ich denke, auch diese Tugenden müssen männerkritisch auseinandergenommen werden. Unter Vernunft ließe sich - unkritisch - der objektivistische männliche Rationalismus verstehen, unter Solidarität Männerkumpanei, Kameradschaft und Patriotismus.

Die Vernunft, auf die wir uns beziehen sollten, ist die *selbstreflexive Standpunkttheorie im triple oppression-Ansatz*. Und Solidarität sollte sich ebenfalls von der Theorie der dreifachen Unterdrückung herleiten. Ja, beide Tugenden sollten noch eine Ebene tiefer ansetzen: Es gibt schließlich nicht nur die alltägliche Unterdrückung, sondern Rassismus, Sexismus, Klassismus funktionieren gerade auch dadurch, daß "Exempel statuiert" werden; d.h. traumatisierende Gewalt findet seine Opfer fast immer auf Seiten derer, die bereits von Sexismus, Rassismus und/oder Kapitalismus unterdrückt werden oder schwächer sind, in Abhängigkeitsverhältnissen, wie z.B. Kinder. Vernunft und Solidarität haben daher parteiisch zu sein, wir haben uns als Verbündete zu verstehen und zu verhalten.

Ich würde zu diesen beiden Tugenden noch eine dritte hinzufügen: die Neugier im Sinne von Experimentierfreudigkeit. Der "citoyen", der nur den Tugenden Vernunft und Solidarität verpflichtet ist, erscheint mir ein wenig zu erwachsen, zu statisch und konservativ. 1[IN1] Dies spiegelt sich in Bookchins und Biehls Plädoyer für das Mehrheitsprinzip und gegen das Konsensprinzip in den Volksversammlungen. Zur Würde gehört für mich, sich nicht über oder unter andere zu stellen (Solidarität)[IN2]2, sich über sich selbst und seine Umgebung Klarheit zu verschaffen (Vernunft), aber auch das Selbstvertrauen, sich in neue ungewohnte Situationen hineinzubegeben (Neugier).

Frauen und Aufstände

Soweit ich weiß, haben Frauen bei kommunalen Aufständen immer eine wesentliche Rolle gespielt. Es waren in



letzten beiden Jahrhunderten zunächst Hungerrevolten, angezettelt von Müttern, die zu Aufständen führten.

Eine der wenigen Revolutionen, die es in Deutschland gegeben hat, war die Etablierung der (Wieder-)TäuferInnen-Commune in Münster in den dreißiger Jahren des 16.Jahrhunderts. Alle Herrschenden, die sich nicht von ihren Besitz trennen wollten, wurden rausgeschmissen und die Häuser an das Volk verlost; die großen Kirchen galten als "Steinkuhlen", sie wurden demontiert, um Material für neue Häuser zu haben; die Köpfe der Heiligenstatuen wurden als Kanonenkugeln benutzt und 80% der TäuferInnen waren Frauen!

Der Sturm auf die Bastille entwickelte sich, soweit ich weiß, aus dem Protest von Frauen, aus einer Hungerrevolte - wie ja auch die Oktoberrevolution in Rußland durch Hungerrevolten ins Rollen gebracht wurde.

Es gibt ein Buch von Veronica Bennholdt-Thomsen über eine 80.000 EinwohnerInnen-Stadt in einer südlichen, indigenen Region in Mexiko, namens Yuchitan, die von ihr als Matriarchat beschrieben wird und die als ein Musterbeipiel für die Verwirklichung einer kommunalen Utopie im indigenen Trikont gelten könnte - gerade auch nach den Kriterien des "Libertären Kommunalismus".

Nun gut, wir leben weder im 16. Jahrhundert, noch im Trikont. Aber wenn ich mir ansehe, zu wem ich Kontakt außerhalb der Polit-Szene und meiner Lohnarbeitsstelle habe, dann ist es der Kontakt, der durch Kinder ver-mittelt wird: Eltern von FreundInnen der Kinder, Eltern, die Kinder in derselben Kita oder Schulklasse haben. Ich denke, Spielplätze sind wesentlich kommunikativere Plätze als Kneipen, Diskos und Biergärten; über die Kinder kommt mensch ins Gespräch. Zumeist allerdings sind es Frauen, die sich um die Kinder kümmern und den Kontakt herstellen.

Ich finde die geschlechtsneutrale Darstellung und die Nichterwähnung von Kindern in Janet Biehls "Libertären Kommunalismus" deshalb verfälschend.

Ich möchte in diesem Absatz nicht eine Gleichsetzung von Frauen und Müttern fortschreiben. Ich finde es nachvollziehbar, wenn Frauen sich gegen eine ihnen zugeschriebene spezifische Verantwortung für Kinder wehren. Das Defizit sehe ich bei Männern. Wir Männer haben mehr Verantwortung für Kinder zu übernehmen, gerade auch auf dem Weg zu einer anarchistischen Gesellschaft. Das Plädoyer des Autoren von "bolo'bolo", P.M., daß jeder Mann täglich mindestens zwei Stunden Verantwortung für Kinder übernehmen sollte, kann ich von der Tendenz her mittragen. Klaus Theweleit empfiehlt uns Männern das, was er mit Sara Ruddick "Caring Labor" nennt, welches auf "mütterlichem Denken" basiert, aber nicht nur auf die gewaltige Aufgabe begrenzt ist, das Leben in den Kindern zu entfalten, zu schützen und zu erhalten:

> ""Sorgende Arbeit" wäre zu wenig gesagt; eine lebenserzeugende Arbeit ist gemeint, nicht einfach bloß "Mutterarbeit", und auch nicht eine Arbeit, die nur von Frauen getan werden könnte, im Gegenteil: Das Feld für männliche Sorge von "Caring Labor" wäre riesig, nicht nur den Kindern gegenüber. [...] Eine entwickelte Frau/Mann/Kinder-Politik gegen das Männerbündlerische, gegen das Kriegerische als Mittel der Politik, gegen die Isolierung der Frauen von der gesellschaftlichen Macht..."

Doch hiervon scheint die anarchistische Szene meilenweit entfernt. Vor Jahren habe ich einen sehr guten Videofilm gesehen, der von FrauenLesben aus der linksradikalen Szene in Freiburg gedreht wurde. Er kritisierte, daß Menschen mit Kindern (in der Regel Mütter) aus der politischen Szene ausgegrenzt werden. Eine dokumentierte Aktion war das öffentliche Verlesen von den Namen von Männern mit der Anzahl der Abtreibungen, die sie zu verantworten hatten. Die anarchistische Polit-Szene in den Städten ist kinder- und elternfeindlich. Dies ist ein Grund dafür, daß Menschen um die dreißig die Szene verlassen.

Wenn also die Versammlungen wirklich so wichtig sind für die Umsetzung des Libertären Kommunalismus, dann wäre es das mindeste, Vorkehrungen zu schaffen, die es Eltern, wenn nicht sogar Kindern, ermöglichen, an diesen genauso ausgeruht und vorbereitet teilnehmen zu können, wie alle anderen. Dies ist vor allem eine Aufforderung an Männer, Verantwortung für Kinder (und Verhütung) zu übernehmen.

Mehrheit, Konsens oder "strenger Konsens"

Basis des Liberäteren Kommunalismus soll die kommunale Versammlung sein. Während der Versammlung wird mit einfacher Mehrheit entschieden. "Anders läßt sich das nicht machen..." sagt Murray Bookchin im Interview. Janet Biehl geht noch genauer aufs Konsensprinzip ein und möchte dieses eher für kleine Gruppen gelten lassen, nicht aber für große Versammlungen. Ich denke,









Ralf Burnicki, der vor kurzem sein Buch "Anarchie als Direktdemokratie" herausgegeben hat, wird sagen, daß das sehr wohl geht mit dem Konsens auf großen Versammlungen. Ich sehe hingegen sowohl die Notwendigkeit eines Konsens, als auch die Schwierigkeit und plädiere für etwas, was ich in Anlehnung an Sandra Hardings Begriff der "strengen Objektivität" "strengen Konsens" nennen möchte.

Mehrheits- und Konsensentscheidungen haben den Anspruch, zwei Problemen gerecht zu werden. Das eine besteht im Anspruch, niemanden unterdrücken zu wollen, alle an der Entscheidung teilhaben lassen zu wollen, das ist der ethische Aspekt; daß andere Problem darin, die richtige oder richtigste Entscheidung treffen zu wollen, was ich als den erkenntnistheoretischen Aspekt bezeichne. Wenn wir versuchen mit einer Methode Lösungen für zwei Probleme zu finden, dann hat dies seine Ursache darin, daß die Probleme auf Seiten der/des Unterdrückten zusammengehören. Diese Probleme werden mit dem Wort "Standpunkttheorie" zusammengefasst: das Proletariat hat einen anderen Standpunkt, einen anderen Erkenntniszugang als die Bourgeoisie. Die Lösung aus der alten marxistischen Standpunkttheorie lautete weder Mehrheits- noch Konsensentscheidung sondern "Diktatur des Proletariats". Mit dem Aufkommen der Theorie der dreifachen Unterdrückung durch Sexismus, Rassismus und Klassenwiderspruch ließ sich irgendein "Diktatur-Anspruch" nicht mehr erheben. Vielmehr geht es um das Voneinanderlernenkönnen. Sandra Harding sieht die konkrete Utopie eines "multiple subject" als revolutionäres Subjekt. Dennoch darf dieser "Wärmestrom" des Voneinanderlernes nicht den "Kältestrom" der klaren Analyse der Herrschaftsverhältnisse verdrängen. Wir sollten auf einer Versammlung nicht so tun, als wären wir alle gleich. Hierzu ein Beispiel aus meiner eigenen Geschichte, als Ende der 80er Jahre in unserem Autonomen Zentrum FrauenLesben forderten, ab sofort das Zentrum geschlechstsspezifisch getrennt zu organisieren, die eine Woche von FrauenLesben, die nächste von Männern, usw.. Einige Männer sahen sich vor dem Kopf gestoßen, wollten diese Trennung nicht und verstanden dies als einen Verstoß gegen das Konsensprinzip. Eine Frau schrieb hierzu:

> "Die Kritik von Männern, daß es keine Konsensentscheidung war, klingt in meinen Ohren absurd. Noch nie in der Geschichte haben Frauen ihre Freiräume erbeten oder sie gar mit Männern gemeinsam beschlossen; sie wurden immer erkämpft. Ich behaupte, daß sonst auch keine entstanden wären. Das ist bis heute so geblieben. Alles andere halte ich für eine Farce."

Der Irrtum, auf dem sowohl das Mehrheits- als auch das Konsensprinzip beruhen, besteht darin, nur Menschen zu kennen. Hierbei erscheint mir das Mehrheitsprinzip objektivistisch zu sein: alle Menschen sind gleich und wenn nur oft genug eine aufgeklärte Mehrheit entscheiden kann, finden wir die Wahrheit, den richtigen Weg. Und das Konsensprinzip scheint auf einer subjektivistischen Annahme zu beruhen: alle Menschen sind so unterschiedlich, daß es nicht gut ist, von einer Wahrheit auszugehen, daher muß solange diskutiert werden, bis eine Lösung gefunden wird, die alle zufrieden stellt.

Sandra Harding, die in ihrem Buch *"Das Geschlecht des Wissens"* versucht, die Theorie der Dreifachen Unterdrückung mit der Standpunkttheorie zu verbinden, benutzt den Begriff der "strengen Objektivität". Sie lehnt sowohl den Subjektivismus (von der Esoterik bis zur Postmoderne) ab, der sagt, daß es keine Wahrheit (zu erkennen) gibt, als auch den "wissenschaftlichen", sachlichen, methodenfixierten Objektivismus, den sie nur für "schwach objektiv" hält, weil er den/die Forschende nicht in die Forschung miteinbezieht. Sie sagt, "gute" Überzeugungen sind sozial verortet, deshalb stellt die Standpunkt-Theorie "die Beobachterin und ihre "Beobachtungsinstitutionen" auf dieselbe Ebene der Kritikwürdigkeit wie die zu beobachtenden Gegenstände" (Sandra Harding, Das Geschlecht des Wissens, S. 195). Erst dann kann von einer "strengen Objektivität" ausgegangen werden.

Diese Ansatz läßt sich meines Erachtens auf politische Entscheidungsfindungsprozesse übertragen:

ein "schwacher Konsens" ist einer, der die gesellschaftlichen Widersprüche verdeckt läßt, indem Männer mit ihrem Veto feministische Positionen abschmettern können, während ein "strenger Konsens" davon ausgeht, daß es unterschiedliche Kompetenzen gibt und daß Männer, Weiße, Reiche, Heteros, körperlich und geistig der Norm entsprechende Menschen,... in bestimmten Entscheidungsprozessen nichts zu sagen haben was wichtig wäre.

Krieg und Männlichkeit

Als im Herbst 1992 die Berichte über die Vergewaltigungslager in Bosnien bekannt wurde, meinte eine Frau aus unserer anarchistischen Studiengruppe, wir müßten was machen... Was sollten wir machen? Als anarchistische Miliz



in Bosnien einmarschieren?

In Bosnien wurden 60.000 Frauen vergewaltigt, 30.000 von ihnen wurden schwanger. Auch UN-Soldaten beteiligten sich an Vergewaltigungen, niederländische Soldaten bekamen Playboy-Hefte geschenkt, damit sie sich zurückhalten...

Wer garantiert uns, sollte es irgendwann in ferner Zukunft tatsächlich zu militärischen Konfrontationen zwischen dem Staat und den befreiten Communen kommen, daß die libertären Männer nicht auch vergewaltigen? Das Täterprofil von Vergewaltigern ist Männlichkeit 3[IN3], und Theweleit spricht von der "erlaubten Übertretung" im Krieg, womit erklärt wird, weshalb "plötzlich" aus lieben Mitmenschen Bestien werden.

Die Gynäkologin Monica Hauser ist Ende 1992 nach Bosnien gefahren und hat dort in der zentralbosnischen Stadt Zenica ein Therapiezentrum für traumatisierte Frauen und Mädchen errichtet.

Zur Zeit versucht sie, Frauen aus dem Kosovo Unterstützung zukommen zu lassen. In einem Vortrag beklagt sie das gesellschaftliche Desinteresse an dem Schicksal der schwersttraumatisierten Frauen und Mädchen 4[IN4].

Damit ein "Libertäre Kommunalismus" sich nicht ebenfalls zur "Unterlassene Hilfeleistung IG" (Monica Hauser) zählen muß, sollte Männlichkeit zentral problematisiert werden und Therapiemöglichkeiten nicht als irrelevant für die Schaffung einer libertären Gesellschaft denunziert werden. Therapien sind (lebens-)wichtig für traumatisierte Menschen und für die "Entschärfung" von uns Männern. Ich grenze mich ab von dem ganzen esoterischen Kram, sehe aber dennoch gute Therapieansätze, die auch mit einem anarchistischen Selbstverständnis zu vereinbaren sind.5 ★

Benutzte Literatur

Bloch, Ernst (1979): Das Prinzip Hoffnung. 1.Band, Frankfurt a.M.

Harding, Sandra (1994): Das Geschlecht des Wissens. Frauen denken die Wissenschaft neu, Frankfurt a.M.

Hauser, Monika (1998): Die bosnischen Frauen, der Krieg und das Frauentherapiezentrum Medica Zenica, in: beiträge zur feministischen theorie und forschung Heft 49/50. Gesundheitsnormen und Heilsversprechen. Hrsg. Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V., Köln

Knaup, Bettina (1998): Die Geschlechterparadoxie des Staates. Überlegungen zur feministischen Staatsanalyse, in: Heinz, Marion/Friederike Kuster(Hrsg.) (1998): Geschlechtertheorie - Geschlechterforschung. Ein interdisziplinäres Kolloquium, Bielefeld

Schaeffer-Hegel, Barbara (1996): Säulen des Patriarchats. Zur Kritik patriarchaler Konzepte von Wissenschaft - Weiblichkeit - Sexualität und Macht, Pfaffenweiler

Theweleit, Klaus (1995): Das Land, das Ausland heißt. Essays, Reden, Interviews zu Politik und Kunst

Anmerkungen

1 Das Problem einer allzu vernünftigen, solidarischen Gesellschaft hat Ursula K. LeGuin in ihrer Utopie *"Planet der Habenichtse"* ("The Dispossed") durchgespielt. Und Ernst Bloch kritisierte am Marxismus, daß er bislang zu sehr die Analyse der bestehenden Verhältnisse in den Vordergrund stellte, die Möglichkeit im Sinne des "Nach-Möglichkeit-Seienden" (Aristoteles Kata to dynaton), den Kältestrom, und darüber das Noch-Nicht-Seiende, das "In-Möglichkeit-Seiende" (Aristoteles Dynamei on), den Wärmestrom, vergessen oder als kleinbürgerlich diffamiert hat. Allerdings warnt Bloch auch vor einem Wärmestrom ohne kritische Analyse, den er als "ruchlosen Optimismus" bezeichnet. Wärme- und Kältestrom gehören zusammen.-

2 In der Transaktions-Analyse wird davon ausgegangen, daß der Mensch verschiedene "Ich-Zustände" erlernt hat: das Kind-Ich, das Erwachsenen-Ich und das Eltern-Ich. Diesen Ich-Zuständen ließen sich die Tugenden Neugier (Kind-Ich), Vernunft (Erwachsenen-Ich) und Solidarität (Eltern-Ich) zuordnen. In der TA gilt es als "gesund", zwischen diesen Ich-Zuständen wechseln zu können, sie alle zur Verfügung zu haben. Ich spreche ungerne von Gesundheit und würde diese Kompetenz lieber als menschliche Würde bezeichnen.

3 Heiliger, Anita / Constance Engelfried (Hrsg.) (1995): Sexuelle Gewalt. Männliche Sozialisation und potentielle Täterschaft, Frankfurt a.M. / New York

4 aus: Hauser, Monica (1997): Die bosnischen Frauen...

5 Z.B. die geschlechtsspezifischen Selbsthilfetherapieformen FORT (Frauen organisieren Radikale Therapie) und MRT (Männer organisieren Radikale Therapie). Zu MRT könne Infos über den Männerrundbrief bezogen werden: *Redaktion Männerrundbrief c/o Infoladen Bankrott, Dahlweg 64, 48153 Münster*



Karl M. Kreuger †

von R@lf G. Landmesser

Mehr als eine Woche habe ich gebraucht um den Tiefschlag einigermassen zu verkraften, den mir die Nachricht vom plötzlichen Tod eines langjährigen Freundes und Genossen verpasst hat. Als ich nach ein paar Tagen Abwesen-heit von zu Hause meinen Wust an e-mails abrief waren zwei dabei, die mir von verschiedener niederländischer Seite mitteilten, dass Karl M. Kreuger am 10.3.1999 in seinem Bett tot auf-gefunden wurde.

Widersprüchlich war die Todesur-sache wiedergegeben: Hirnschlag bzw. Herzbluten (?). FreundInnen war auf-gefallen, dass Karl ein paar Tage von der Bildfäeche verschwunden blieb und, da er viel durch die Weltgeschichte reiste, gingen sie zunächst davon aus, dass er verreist sei. Offenbar kamen ihnen dann doch Bedenken und sie lies-sen von der Polizei die Wohnung öff-nen, wo sie Karl - allem Anschein nach schon einige Tage tot - vorfanden. Am 15.Mäerz 1999 wurde Karl einge-äschert und begraben.

Wer war Karl M. Kreuger?

Karl war einer der aktivsten nieder-ländischen, ja einer der aktivsten europäischen Genossen, die ich kannte. Als Herausgeber der Zeitschrift *DE RAAF*

(Der Rabe) lernte ich ihn 1986 in Paris auf dem Kongress der IFA (Internationale des Fédérations Anarchistes) kennen und hatte seitdem ununterbrochenen Kontakt zu ihm. Äusserst belesen, gewerkschaftlich engagiert - anarchosyndikalistisch, versteht sich - in De Vrije Bond (Der Freie Bund), kommunikativ, mehrsprachig und mit AnarchistInnen in aller Welt korrespondierend, war er ein interessanter und ergiebiger Gesprächspartner, mit dem es sich immer lohnte zu diskutieren und Einschätzungen auszutauschen. Viele Jahre hat Karl einen wichtigen Beitrag zum internationalen Adressenteil des schwarzroten KALENDA geleistet und im KALENDA 1995 für uns die Geschichte und Gegenwart des niederländischen Anarchismus zu Papier gebracht. Die Geschichte des türkischen Anarchismus aus dem KALENDA 1997 übersetzte er für die Zeitschrift seiner Gewerkschaftsinitiative BUITEN DE ORDE (Ausserhalb der Ordnung) für die er ständig schrieb. Nicht nur nach Polen und in die slavischen Länder verbanden ihn viele persönliche und politische Beziehungen und in den Zeiten des Krieges in Ex-Yugoslavien hat er mit anderen dorthin Hilfe organisiert und überbracht.

Karl, mit seiner vorne etwas gelichteten grauen Wuschelmaehne, war ein äusserst humorvoller und völlig unverkniffener Mensch, der in den besten undogmatischen Traditionen der Amsterdamer Kabouters stand. Wo er mit Leuten im Gespräch war, reizten seine spitzen, treffsicheren Bemerkungen zu Zu- und Widerspruch und seine frotzeligen Witzeleien zum Lachen. Einer seiner Standardwitze befasste sich mit seinem Namensanfang: "Karl M. der Anarchist ...", das fand er lustig. Streitbar und warmherzig hatte der körperlich kleine Mann, der im Sommer gerne kurzhosig und in Jesuslatschen durch die Gegend lief, viele Freunde und Freundinnen und das Herz auf dem richtigen Fleck. Zwar machte ihm seine Gicht manchmal schwer zu schaffen, aber sie erlaubte ihm auch ein grosses Mass an Freiheit, das eine Arbeitsunfähigkeit in der Wirtschaft ihn zu unermuedlicher Arbeit und Reisen für die libertäre Bewegung befähigten. Karl hatte keine Probleme, mit wenig auszukommen und war ein wirklich "glücklicher Arbeitsloser", der seine gewonnene Zeit zu schätzen und zu nutzen wusste.

Einige Male war Karl auch bei mir in Berlin (nach Den Haag habe ich es leider nie geschafft) und eigentlich wollte er mich bald mal wieder besuchen. Bei einem seiner Besuche wohnte er einige Tage bei mir und ich klagte ihm mein Leid, dass ich vor lauter Stress nicht mal dazu käme, den Küchenboden aufzuwischen, und dass auch meine Mitbewohner sich da völlig unzuständig fühlten. Darauf hatte ich ausserhalb des Hauses zu tun. Als ich zurückkam, war die Küche geputzt. Karl, als mein Gast, hatte ohne Aufhebens zu machen den Boden gewischt. Ich war beschämt und erfreut zugleich. Da hatte einer verstanden, dass es auch wichtig ist, anderen bei Dingen zu helfen, die nebensächlich erscheinen und dennoch für das Wohlergehen unerlässlich sind. Karl war ein hilfsbereiter und einfühlsamer Mensch, der nicht über der heeren politischen Idee die kleinen Dinge des Lebens und die Menschen aus den Augen verlor. Dies illustriert auch das Folgende deutlich.

Mein Freund und Genosse *Will Firth* von der F.A.U./Osteuropagruppe schrieb mir über Karl folgende bezeichnende kleine Geschichte:

"Ich habe Karl im Frühling 1989 in Zagreb (Kroatien/Jugoslawien) kennengelernt. Damals studierte ich dort und mischte mich unter die AnarchistInnen. Karl war auch gekommen, um die Zagreber Anarchoszene zu erkunden, so dass wir uns dort auf einem Treffen zum ersten Mal begegneten.

Wegen Problemen mit einem Schlafplatz ist er eine der ersten Nächte in Zagreb lieber durchspaziert, statt eine junge Frau im Wohnheim, wo er sonst hätte unterkommen können, zu stören. Das hat mich als schlafabhängigen Frühaufstehertyp beeindruckt. Damals war mir Karl nicht unbedingt sympathisch, aber im Laufe der Jahre, als ich ihm immer wieder begegnete (auf IAA-Ereignissen und Ostwesttreffen) - dann doch sehr. Ich habe Karl immer aufgeschlossen und entgegenkommend gefunden. Mit Kritik hat er sich nicht zurückgehalten, aber sie kam meist - so habe ich's erlebt - oft auf eine ironisch-witzelnde Art und Weise heraus, die ich sympahisch fand.

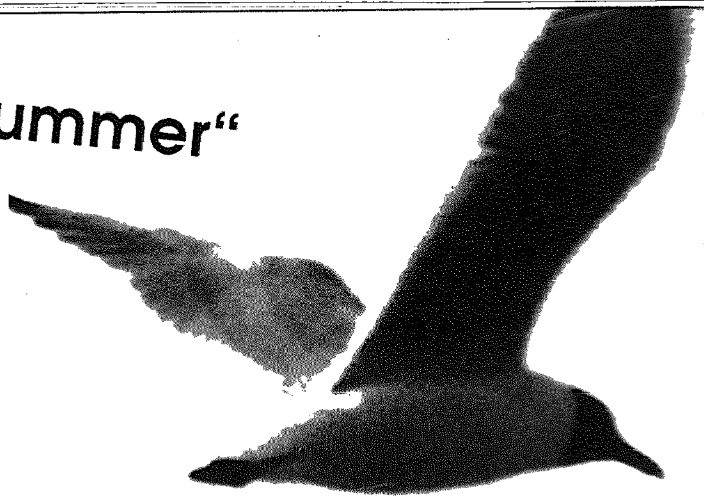
Obwohl ich ihn nicht besonders gut kannte, bin ich traurig, dass er tot ist. Seinen ruhigen, warmen Aktivismus werde ich vermissen." *Will*

Vermissen werde ich Karl auch. Gerade jetzt, in den Tagen des Kosovo-Krieges wäre mir seine Einschätzung wichtig gewesen, hätten seine Verbindungen in die Region ein zusätzliches kleines Eingreifen oder Kommunizieren erlaubt. Karls Tod hat eine grosse Lücke hinterlassen, nicht nur in der niederländischen anarchistischen Bewegung, sondern auch in den Herzen vieler Menschen, die ihn kannten.

Das letzte Mal habe ich Karl auf den PINGSTERLANDDAGEN 1998 auf dem anarchistischen selbstverwalteten Campingplatz Appelscha "Tot Vrijheitsgezinnig" (Zur Freiheitsgesinnung) getroffen, auf dem sich die niederlaendischen AnarchistInnen seit 1932 ununterbrochen (!) jährlich zu Pfingsten treffen. Es war auch das 100. Jahr des Bestehens der Zeitschrift "De Vrije Socialist". Wir hatten eine gute Zeit und einige gute Gespraeche miteinander, gerade auch über die Bedeutung des Internet für die libertäre Kommunikation. Karl hatte sich jahrelang mit der Annäherung an die Computertechnik schwer getan und das änderte sich nun. Selbst gerade dem Tod von der Schippe gesprungen, war ich zum ersten Mal wieder mit meinem Motorrad unterwegs und musste allzubald wieder fahren.

Wir umarmten uns ein letztes Mal fest und innig. Ich hätte nicht gedacht, dass es das allerletzte Mal sein sollte. Machs gut, Karl, wo immer Du jetzt auch bist! ★

SF-Redaktionstip Nr.6
Die Erich-Mühsam-Gesellschaft in Lübeck hat ein neues Heft herausgegeben. Unter dem Titel **"Literatur und Politik vor dem 1.Weltkrieg, Erich Mühsam und die Bohéme"** werden Vorträge von der Tagung 1998 gedruckt. U.a. von Martin Langer: "Im Kabarett von Peter Hille", Chris Hirte: "Heinrich Mann und Erich Mühsam", Wolfgang Haug: "Erich Mühsams KAIN - ein Spagat zwischen Literatur, Theater und Politik" oder Kurt Kreiler "Das Logierhaus zur schwankenden Weltkugel oder Die lange Nacht der Bo-héme. 115S., 20.-



„Kein Abriß unter dieser Nummer“

Die Geschichte der HausbesetzerInnenpresse in West- und Ostberlin

von Bernd Drücke

Anfang 1990 wuchs in der Hauptstadt der DDR die HausbesetzerInnenbewegung. Die aus der DDR, der Bundesrepublik und Westberlin stammenden HausbesetzerInnen publizierten erstmals gemeinsam Zeitschriften.

Die Entstehungsgeschichte dieser Publikationen ist nicht ohne einen historischen Rückblick zu verstehen:

In der Bundesrepublik fanden Anfang der siebziger Jahre im Rahmen der StudentInnenbewegung erste Hausbesetzungen vor allem in Metropolen wie Frankfurt und Berlin statt. Auch in kleineren Universitätsstädten wie Freiburg und Münster kam es zu Besetzungen. So erinnern heute noch einige ehemals besetzte und nun selbstverwaltete Häuser wie z.B. die von 1972 bis 1984 besetzte Frauenstraße 24 im westfälischen Münster an vergangene Häuserkämpfe.

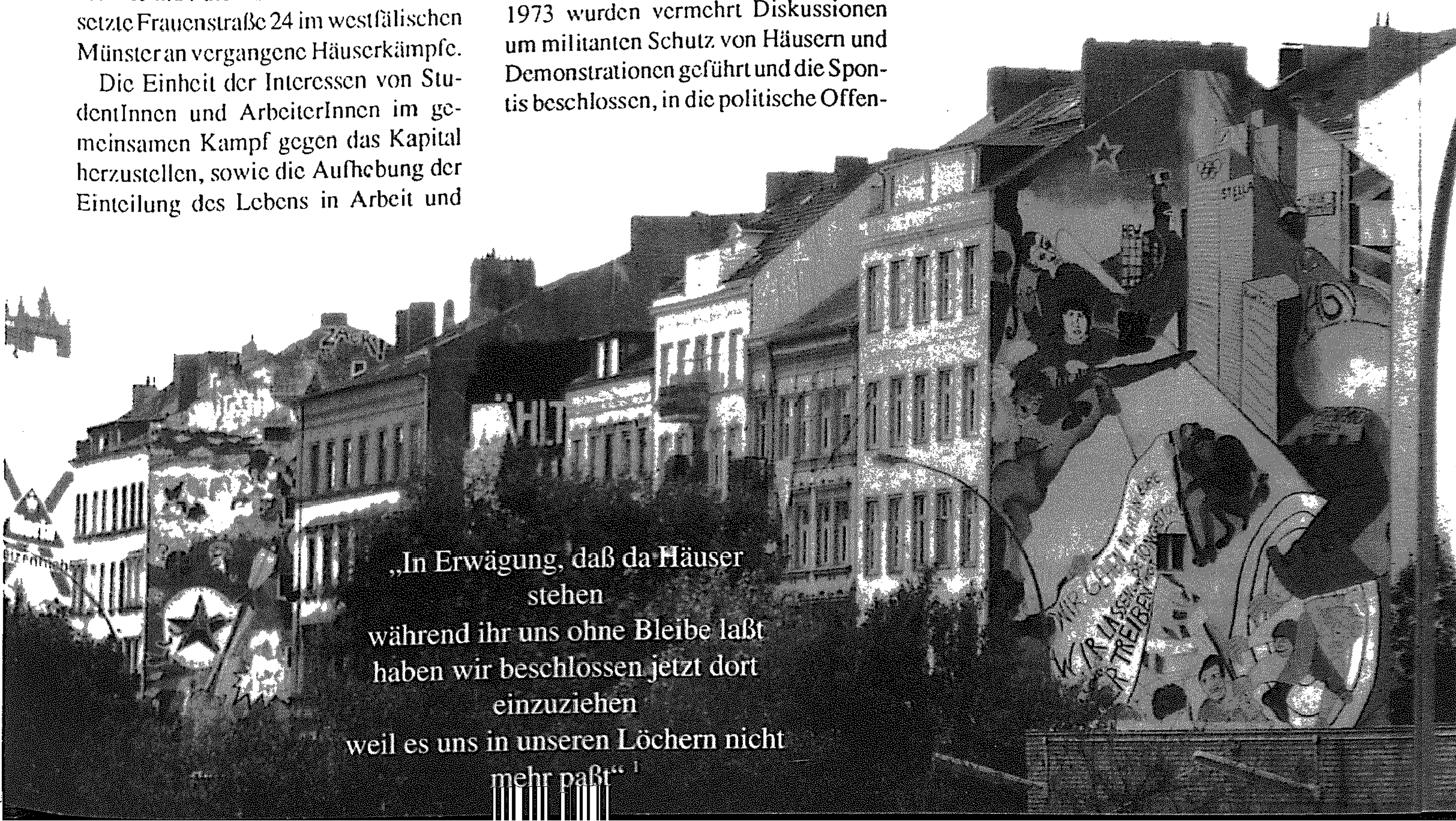
Die Einheit der Interessen von StudentInnen und ArbeiterInnen im gemeinsamen Kampf gegen das Kapital herzustellen, sowie die Aufhebung der Einteilung des Lebens in Arbeit und Freizeit zugunsten kollektiver Strukturen war das theoretische Konzept der Hausbesetzung als politische Kampfform, dem jedoch eine ganz andere Realität gegenüberstand.[2] Vor dem Hintergrund einer Innenstadtumstrukturierung, die mit steigenden Mieten und spekulativem Leerstand von Wohnhäusern einherging, prägte die aus mehr als 1.000 AktivistInnen bestehende libertäre Sponti-Fraktion, die aus dem ehemaligen Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) hervorgegangen war, in den Jahren 1971 bis 1974 die Frankfurter HausbesetzerInnenszene.

„Im September 1971 kam es zu einer größeren Straßenschlacht, die zu einer steigenden Anzahl von Mietstreiks und Hausbesetzungen führte. Im Frühjahr 1973 wurden vermehrt Diskussionen um militanten Schutz von Häusern und Demonstrationen geführt und die Spontis beschlossen, in die politische Offensive zu gehen. Dennoch wurden, trotz militanter Verteidigung, Demonstrationen und breit getragener Solidarität bis Ende Februar '74 die wichtigsten Häuser von der Polizei geräumt, und die Bewegung fand in Frankfurt weitgehend ihr Ende.“ [3]

In Hamburg kam es 1973 zu Räumungen und erstmals zur Anwendung des § 129 StGB („kriminelle Vereinigung“) gegen HausbesetzerInnen.

Anfang der achtziger Jahre erlebte die Bundesrepublik die bis dahin größte Welle von Hausbesetzungen, allein 1980/81 wurden mehrere hundert Häuser instandbesetzt. Zentrum der HausbesetzerInnenbewegung war Westberlin. Im Winter 1980/1981 hatte die Anfang der siebziger Jahre entstandene

Foto: Jürgen Mümken



„In Erwägung, daß da Häuser
stehen
während ihr uns ohne Bleibe laßt
haben wir beschlossen jetzt dort
einzuziehen
weil es uns in unseren Löchern nicht
mehr paßt“ [1]

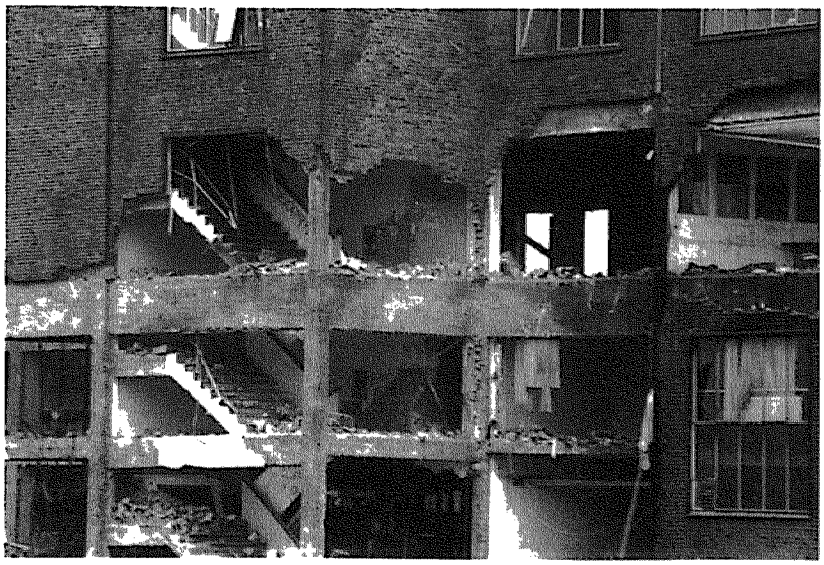
Westberliner HausbesetzerInnenbewegung mit zeitweise über 160 instandbesetzten Häusern ihre erste Blüte erreicht. In den besetzten Häusern lebten unter der Parole „Legal-illegal-scheißegal!“ bis zu 3.000 Menschen, die weite Teile ihres alltäglichen Lebens kollektiv selbst organisierten.[4] In diesem sozialen Milieu entwickelte sich eine lebendige, vielfältige Gegenkultur mit Kabarett-, Musikgruppen u.v.a.

„(...) es ist eine undogmatische Bewegung, es gibt keine Leaderfiguren, keine Form von Parteiorganisation. Was sich entwickelte, fand auf der Grundlage von persönlichen Bedürfnissen und den gesellschaftlichen Zusammenhängen, die die Leute vorgefunden hatten, statt.“ [5]

Es kam zu zahlreichen gewalttätigen Räumungen. Nachdem am 22. September 1981 der Hausbesetzer Klaus Jürgen Rattay[6] von Polizeibeamten über eine Straße gehetzt und von einem Bus totgefahren worden war, deutete sich das Ende der Bewegung an. Innerhalb der BesetzerInnenszene vollzog sich nun eine Spaltung in „Verhandler“ und „Nichtverhandler“.

„Die Linien und Diskussionen innerhalb der Nichtverhandlerfraktion prägten bald die sich daraus entwickelnden Positionen der West-Berliner Autonomen. Sie fanden ihren schriftlichen Ausdruck in der monatlich erscheinenden Zeitschrift **radikal**. Der Westberliner Lokalteil der **taz** wurde zum Promoterforum der Verhandlerfraktion.“ [7]





Zudem erschienen weitere Zeitschriften aus der HausbesetzerInnenbewegung Westberlins. Militante InstandbesetzerInnen machten z.B. unregelmäßig ab dem 24. April 1981 **RAMBA ZAMBA**. Unter dem Untertitel „Neues aus der Kiezküche“ informierten sie über Räumungen, Kriminalisierung der HausbesetzerInnenbewegung und diskutierten unter dem Motto „Instandbesetzen statt Kaputtbesitzen!“ die Perspektiven der BesetzerInnenbewegung. Ab Ostern 1981 erschien wöchentlich die **Instand BesetzerPost**, die sich als „nicht-kommerzielle Basiszeitung aus der Berliner Häuserkampfbewegung“ jedoch nicht als deren Sprachrohr verstand. Die presserechtlich von Chefredakteur Thomas Hirsch verantwortete Zeitschrift erschien bis Anfang 1982. Die Auflage der anfangs mit „Informationen über, unter, von Besetzern u. Anderen“ und später mit „Illustrierte Zeitung zum Wochenende“ untertitelten Alternativzeitschrift stieg von 2.000 auf 8.000 Exemplare, die DIN A4 Seitenzahl von 12 auf 36. Das Projekt war u.a. aufgrund redaktionsinterner Machtstrukturen und der stark nach außen gewandten Ausrichtung und Aufmachung als „Hochglanzillustrierte“ innerhalb der BesetzerInnenszene umstritten. Zwei Redakteure und zwanzig HandverkäuferInnen bestritten ihren Lebensunterhalt durch Produktion bzw. Verkauf der u.a. von Berliner Zeitungskiosken verbreiteten **Instand BesetzerPost.**

Veranlaßt von dem damaligen Bürgermeister Richard von Weizsäcker und seinem Innensenator Heinrich Lummer (beide CDU), wurden ca. zwei Drittel der besetzten Häuser in der ersten Hälfte der achtziger Jahre von der Polizei geräumt, ca. ein Drittel wurden legalisiert. Nur vereinzelt kam es danach noch zu Besetzungen und so schien die BesetzerInnenszene Berlins zerschlagen zu sein, als es 1990 zu einer Renaissance dieser Bewegung im Ostteil der sich wiedervereinigenden Stadt kam.

Hausbesetzungen waren auch in der DDR nichts Neues

„In Halle gab es schon seit Ende der sechziger Jahre eine vernetzte Wohngemeinschafts- und Hausbesetzerszene. Es entstanden Quartiere, die (...) für das unangepaßte Milieu zu Inseln der Lebensfreude wurden.“ [9]

In Ost-Berlin gab es z. B. seit 1982 „stille Hausbesetzungen“ in der Fehr-

belliner Straße.[10] „'Schwarzes Wohnen' in leerstehenden Wohnungen galt praktisch als Volkssport und wurde zu einer wahren Massenbewegung. Viele Wohnungsbesetzungen führten mit der Zeit zu der Tatsache, daß auf diese Weise plötzlich ganze Häuser 'schwarz' bezogen waren. Ein Beispiel dafür war das Haus Prenzlauer Allee 203/204. Seit dem Frühjahr 1989 wurde Stück für Stück die Wohnungen des Hinterhauses eine nach der anderen 'schwarz' bezogen. Im Januar 1990 erklärten sich die Wohnungsbesetzer als Gruppe und das Haus als besetzt. Oftmals waren Kommunale Wohnungsverwaltung (KMW) und Polizei zu überfordert, um dieses zu bemerken. Meistens wurden sie erst durch Denunziationen von 'wachsamen Mitbürgern' darauf aufmerksam." [11]

Nach der Öffnung der Mauer wurden in Ostberlin zahlreiche Häuser instandbesetzt und in dem neu entstandenen „rechtsfreien Raum" erblühte eine zu großen Teilen anarchistisch-autonom ausgerichtete HausbesetzerInnenbewegung. Weil im Westteil Berlins mit wenigen Ausnahmen (Marchstraße/ Einsteinufer in Charlottenburg) alle besetzten Häuser geräumt worden waren, konzentrierten sich neben den zum Teil aus der DDR-Oppositionsbewegung kommenden BesetzerInnen nun auch Westberliner Autonome auf die Neubesetzung von Häusern im Ostteil der Stadt oder zogen in dort bereits besetzte Häuser ein.[12]



Fotos auf dieser Seite: Peter Kaiserer

O(hne) W(OHNUNG) / HausbesetzerInnen Selbstdarstellung / BZ / ZZBZ

Die aus Ost und West stammenden HausbesetzerInnen wollten durch die Produktion eigener Medien einerseits eine Gegen- und Medienöffentlichkeit schaffen und andererseits die Kommunikation zwischen den besetzten Häusern verbessern. Anfang 1990 veröffentlichten die ersten elf besetzten Häuser ihre Selbstdarstellungen in der einmalig mit dem Untertitel „BesetzerInnen-Info-Blatt" herausgekommenen **O(hne) W(OHNUNG)**. Das „BesetzerInnen-Info-Blatt", mit Hand geschrieben und auf einer Handabzugsmaschine vervielfältigt, hatte nicht zuletzt wegen der schlechten Druckqualität Ähnlichkeit mit dem anarchistischen **Kopfsprung**, dem **moAning Star** und anderen ebenfalls hektographierten DDR-Untergrundblättern.

Im Mai 1990 erschien als Nachfolgeblatt der **O(hne) W(OHNUNG)** die **HausbesetzerInnen Selbstdarstellung**, in der sich sechzehn der mittlerweile 50 in Ostberlin besetzten Häuser vorstellten.

Im Herbst 1990 befand sich Ostberlins HausbesetzerInnenbewegung mit mehr als 130 besetzten Häusern auf einem Höhepunkt. Als offizielles Sprachrohr der HausbesetzerInnenszene erschien am 6. August 1990 mit dem zunächst beibehaltenen Nebentitel **BesetzerInnenzeitung** die Nullnummer der **BZ**. Zuvor wurde am 31. Juli 1990 eine „Vorab-Notnummer" als Reaktion auf die erste Räumung eines besetzten Hauses herausgegeben. Der Magistrat hatte die von Volkspolizisten durchgeführte Räumung des eine Woche vorher besetzten Hauses in der Oranienburger Straße 186 am 30. Juli angewiesen. Damit versuchte er die zuvor verkündete „Berliner Linie" (sofortige Räumung von neu besetzten Häusern) gegen den Willen der von PDS und Bündnis 90/Die Grünen dominierten Bezirksverwaltung Berlin-Mitte durchzusetzen. Letztere bot aus Protest gegen diese Politik den Geräumten ein anderes Haus in der Gormannstraße 5 an.

Von nun an wurde jede Neubesetzung umgehend geräumt.

Mit der „Vorab-Notnummer" wollten die BesetzerInnen Gegeninformationen zur bürgerlichen Presse verbreiten. Gleichzeitig wurde zu Aktionen und zur ersten größeren Demonstration der neuen HausbesetzerInnenbewegung in Ostberlin mobilisiert. Mehrere tausend Menschen folgten dem Aufruf und demonstrierten am 4. August 1990 am Frankfurter Tor in Ostberlin unter dem Motto „Wohnraum für alle solange der Leerstand reicht!" [13]

Die Schaffung der **BZ** stand im Zusammenhang mit den einige Zeit vorher veranstalteten überregionalen „Häuserkampftagen" in Hamburg und den Nachbereitungstreffen dieses HausbesetzerInnen-Kongresses. Die Nullnummern sollten zunächst von einer festen Redaktion und die weiteren Ausgaben rotierend von jeweils anderen besetzten Häusern getragen werden.

Am 22. August 1990 erschien die **BZ** Nr. 1. Hier wurde auch das Konzept dieser über ein Postfach in der Mainzer Straße 5 zu erreichenden BesetzerIn-

SF-Redaktionstip Nr.5

Johannes Hilmer untersuchte die Beziehung zwischen Marx und Proudhon. (Vgl. SF-65, dort leider falsche Preisangabe). Erschienen im Peter Lang Verlag 1997 unter dem Titel "**Philosophie de la Misére oder Misére de la Philosophie?**", 250S.,55.-

nenzeitung veröffentlicht. Die offenen Redaktionstreffen sollten von nun an jeweils freitags ab 20 Uhr in dem Haus stattfinden, das sich bereit erklärt hat, die nächste Ausgabe der Zeitschrift zu machen.

„Das heißt, daß neben den - hoffentlich - vielen aus dem Haus auch noch andere, die z. B. die vorherige(n) Nummern gemacht haben, die Redaktion machen und einzelne Aufgaben übernehmen.

Wichtig ist, daß auch welche aus Häusern kommen, die zukünftig eine Nummer machen wollen, vor allem aber welche aus dem Haus, das die nächste Nummer macht.“ [14]

Die Redaktionsarbeit bestehe hauptsächlich darin, die Artikel zu sichten und den Aufbau der Zeitschrift zu diskutieren. Darüber hinaus müßten sich Menschen bereit erklären, Termine zu sammeln und das Protokoll des mindestens einmal wöchentlich tagenden „B-Rats“ - des sich aus den BewohnerInnen der besetzten Häuser zusammensetzenden BesetzerInnen-Rats - zu schreiben. Das Layout, die Erstellung der Druckvorlage erfordere ca. zwei bis drei Stunden Arbeit.

Für die Verteilung gab es einen festen Schlüssel, der in die vier Bereiche West-Berlin, Mitte, Prenzlauer Berg und Friedrichshain gegliedert war.

Die ersten Nummern gingen „weg wie warme Semmeln“ [16] und die **BZ** erschien wöchentlich mit einem Umfang von 20 bis 34 DIN A4 Seiten und mit Auflagen von 800 bis 1.000 Stück. Als Agitations- und Diskussionsorgan der BesetzerInnenszene veröffentlichte sie fortan u.a. Straßenfest-, Feten-, Demonstrations- und Aktionsaufrufe, die Protokolle des BesetzerInnenrats, Selbstdarstellungen, Erklärungen, Berichte von und Diskussionen über den Sinn oder Unsinn von Vertragsverhandlungen.

Zu diesem Zeitpunkt war die **BesetzerInnenzeitung** das wichtigste Diskussionsorgan der libertären und autonomen Szene innerhalb Ostberlins und geriet somit auch in das Visier des Berliner Verfassungsschutzes, der 1991 konstatierte, sie habe mit ihrem politischen Anspruch für den Ostteil Berlins eine ähnliche Funktion wie die von Autonomen im Westteil Berlins herausgegebene **Interim**.[17]

Nachdem mehrere Hundertschaften

der Mainzer Straße und zahlreicher weiterer besetzter Häuser im November 1990 durchzusetzen, zerbrach die in Berlin regierende Rot-Grüne Koalition. Auch die BesetzerInnenszene und ihr Sprachrohr gerieten zunehmend in eine Krise. Nachdem die Auflage auf 700 abgesunken war, erschien unter dem Titel „**BZ** in NOT“ die erste, sechs DIN A4 Seiten umfassende Notausgabe. Die Vertriebsstruktur der **BZ** liege „ziemlich danieder.“ [18] Um die Unkosten zu decken, müßten mindestens die Einnahmen von einem Viertel der Auflage zurückfließen. Da dies in der letzten Zeit nicht mehr geklappt habe, sei es notwendig, „daß sich ein paar mehr Menschen zusammensetzen, um den Vertrieb zu reorganisieren, und um auch festzustellen, wieviele **BZ**'s tatsächlich gebraucht werden.“

Daß sich das Projekt in einer schwierigen Phase befand, ging auch aus der einige Wochen später veröffentlichten, achtseitigen und mit „Drucken heißt

SF-Redaktionstip Nr.4

Das Standardwerk von Hans Manfred Bock **"Syndikalismus und Linkskommunismus 1918-1923"** wurde neu aufgelegt. Verlag Kommunistischer Kampf 1998, 482 S., 36.-



„Dann müßten sich noch 2 oder 3 bereit erklären, beim Druck mitzuhelfen. Das ist zwar schon mehr Arbeit (ca. 8 Stunden), macht aber auch Spaß - von wegen selbstbestimmt arbeiten.“ [15]

Polizei aus der ganzen Bundesrepublik zusammengezogen worden waren, um die von Bürgermeister Walter Momper (SPD) gewünschte Räumung des Zentrums der BesetzerInnenbewegung in

kämpfen“ untertitelten Notausgabe hervor. Mit dieser Ausgabe sollten die nächsten Redaktionen zu einem Treffen am 4. April 1991 in der besetzten Köpenicker Straße 137 mobilisiert werden.



Fotos auf dieser Seite: Theo Heimann

Dort sollten Sinn und Zweck der **BZ** diskutiert werden. [19]

„Die Situation tendiert in's Hoffnungslose. Falls Ihr bemerkt habt, gibt es seit 2 Wochen keine Häuser mehr, die Redaktion machen. Die Beiträge dieser **BZ** erreichen uns mehr zufällig."[20]

D. Wolf, Autor der libertären Ostberliner Oppositionszeitschrift **telegraph**, sah hier die direkten Auswirkungen des Verfalls der Häuserszene. Nach der Räumung der Mainzer Straße hätten sich die besetzten Häuser zunehmend „auseinanderdividiert".

„Während einige Häuser in panikartigen Alleingängen alles unterschrieben, was ihnen seitens der Vermieter vorgelegt wurde, versuchten andere im Boden zu versinken, um nicht aufzufallen und selbst Ziel von Räumungen zu werden." [21]

Die Tatsache, daß ein beträchtlicher Teil der besetzten Häuser in Prenzlauer Berg und Berlin-Mitte zu separaten Verhandlungen in den Stadtbezirken überging, habe die meisten BesetzerInnen im Ostberliner Friedrichshain und der Westberliner Marchstraße „auf die Palme" gebracht. Nachdem Anfang 1991 dann die Verhandlungen im Prenzlauer Berg, im Sommer 1991 im Bezirk Berlin-Mitte und Ende 1991 in Friedrichshain abgeschlossen wurden und „der Schock über die Räumung der Mainzer Straße langsam verblaßte", sei die BesetzerInnenbewegung „endgültig" eingeschlafen. Und so klang auch das Editorial der Anfang März 1991 publizierten **BZ** Nr. 26 resignativ und „müde":

„Das Übliche... wir sind müde (...). Eine Zeitung, herausgegeben nur ein einziges Mal, als Abschiedsgeschenk von mir an diese traurige Neue Linke, von dir und mir. Die anderen mögen ihre Zeitungen machen aus Pflichtbewußtsein, aus Kommerzgründen, Profitsucht, protestantischer Ethik: wir warten auf eine Zeit, in der Zeitungen wieder von unten entstehen, wachsen, Sprecher werden, authentische, dessen, was sich wirklich tut in der Gesellschaft, Basisorgane, Zeitungen, in denen und mit denen sich Menschen verwirklichen und ausdrücken. Machen wir also dies, unser Blatt, den glücklichen Arbeitslosen, Jahrgang 1; Nummer 1, erste und letzte Ausgabe, und warten und arbeiten wir mit daran, daß wieder Zeiten kommen, in denen wir - unter anderem - unsere Zeitungen machen, kollektiv. Wie Olle Charly sagte: morgens angeln, mittags vögeln, nachmittags ein bißchen arbeiten, seis bei der Müllabfuhr, im Gezeitenkraftwerk, in der Genossenschaftsbäckerei oder bei der Verwaltung der Sachenwelt, abends komponieren oder ZEITUNGEN MACHEN..." [22]

Bevor die MacherInnen der nur noch unregelmäßig mit einer Auflage von 500 Exemplaren herausgebrachten **BZ** ihr Projekt in der alten Form einstellten, konstatierten sie in der Notnummer vom 4. April 1991, daß der „Verfall der inhaltlichen Auseinandersetzung in dem Zentralorgan der BesetzerInnenbewegung" der „konkrete Spiegel der Bewegung selbst" sei. [23]

Am 15. Mai 1991 erschien die ab nun von einer festen Redaktion herausgebrachte **BZ** Nr. 1, „Jahrgang 1b". Den inhaltlichen Rahmen der „neuen **BZ**" sollten nach wie vor die besetzten und ehemals besetzten Häuser bilden. Ziel war es, die in den Häusern geführten Diskussionen und die von ihnen ausgehenden Aktionen öffentlich zu thematisieren. Das sollte der Koordination unter den BesetzerInnen dienen und den NichtbesetzerInnen die Möglichkeit geben, an den Diskussionen teilzunehmen.

„Die **BZ** lebt nach wie vor von EUREN Beiträgen, (...) wir sind lediglich in der glücklichen Lage, die Zeitung zusammenzuschustern, das ist aber auch schon alles." [24]

Das über ein Postfach im Café Subversiv, in der besetzten Brunnenstraße 7, zu erreichende Kollektiv formulierte zudem den Anspruch, zukünftig „mehr aus Berlin rauszugehen". Und so wurden in der nun zweiwöchentlich erscheinenden **BZ** neben eigenen exklusiven Artikeln häufig auch Beiträge aus den Szenezeitschriften **PROJEKTil, Land unter, Unfassba, südwind, radikal, Wildcat, telegraph, Subbotnik in LA** und **PROWO** übernommen.

Nachdem es in ihrem besetzten Haus zu drei aufeinanderfolgenden Bränden gekommen und der Verdacht auf eine „heiße Räumung" entstanden war,



brachten die BesetzerInnen aus der Dunckerstraße am 31. Juli 1991 eine **DUNCKER-Zeitung / BZ-Sonderausgabe** Nr. 7 heraus.

Während sich die **BZ** anfangs überwiegend mit Hausbesetzungen inner- und außerhalb Berlins beschäftigte, geriet im Laufe der Zeit dieses Schwerpunktthema zunehmend in den Hintergrund. Themen wie Repression, Sexismus, Antifaschismus und die gegen die geplante Ausrichtung der Olympischen Spiele in Berlin im Jahr 2000 gerichtete Kampagne „Volxsport statt Olympia" prägten nicht selten den Inhalt der neuen **BZ**. Oft erschienen die in ihr dokumentierten Aufrufe und Diskussionsbeiträge vorher, zeitgleich oder später in dem ebenfalls als Flugblattsammlung konzipierten wöchentlichen Berlin-Info **Interim**. Anders als das Sprachrohr der Westberliner Autonomen, hatten die aus der ehemaligen DDR und der Bundesrepublik stammenden **BZ**-RedakteurInnen ihre Zeitschrift auch als „Plattform für die Osthäuser, Antifa-Gruppen" [25] und die libertär autonome Szene in der ehemaligen DDR konzipiert. Während 350 Exemplare pro Ausgabe innerhalb Berlins verteilt wurden, schickte die Redaktion der **BE-SÄTZERiNNENZEITUNG** jeweils 150 Exemplare vor allem an Infoläden, libertäre Zentren und besetzte Häuser außerhalb Berlins.

Nachdem in den Wochen davor mehrere „Notausgaben" erschienen waren, verkündete das nach wie vor anonyme Kollektiv am 26.3.1993 in der Nr.43:

„Dies ist die vorläufig letzte Notausgabe der **BZ**. Ab der nächsten Nummer erweitert sich die Redaktion, wird u. U. der Name verändert, (...)." [26]

Was war geschehen? Eine Woche vor Erscheinen dieser Ausgabe hatte sich auf einem Ost-Vernetzungstreffen in Magdeburg eine Zeitungs-AG gebildet. Gemeinsam mit den bisherigen RedakteurInnen der **BZ** beschlossen nun weitere Menschen aus Halle an der Saale, Magdeburg, Guben, Saalfeld, Weimar, Rostock, Berlin, Potsdam, Stendal und Dessau die Zeitschrift von nun an monatlich und „Ex-DDR-weit!" unter dem Arbeitstitel „Zeitung der besetzten Gebiete" herauszubringen.

„Die **BZ** ist tot! Es lebe die Zeitung für die besetzten Gebiete! (...) Jede Ausgabe wird zunächst von Berlin und einer anderen Stadt zusammen gemacht. Berlin deshalb, weil hier die Briefkästen sind und weil Druck und Vertrieb erstmal weiter von dort gemacht werden müssen." [27]

Inhaltlich sollte das neu konzipierte Projekt aus einem „Mix aus aktuellen Sachen" und einem zuvor von den beteiligten Städten gemeinsam festgelegten und rechtzeitig bekanntgemachten Schwerpunktthema pro Ausgabe bestehen.

„Aktuelles kommt grundsätzlich als Nachrichtenüberblick, damit es nicht immer nur die übliche Flugblattsammlung gibt. (...) Außerdem wird es einen Terminkalender für nichtkommerzielle Veranstaltungen, wie Demos, Treffen, Konzerte, Feten, Vokäs u.s.w. (...) geben." [28]

Von nun an erschien die u.a. über ein Postfach im Infoladen Bandito Rosso in der Ostberliner Lottumstr. 10a zu erreichende **BZ** monatlich mit einem Umfang von jeweils 40 DIN A4 Seiten.

Am 20. April 1993 kam mit dem Untertitel „Zeitung der besetzten Gebiete" die **BZ** „Nummer 1 !!! (**BZ** 44) Jahrgang 3" mit dem Schwerpunktthema „Erster Mai" heraus, die Nr. 2 (**BZ** 45) folgte am 27. Mai 1993 mit dem „Schwerpunkt: Repression" und die Nr. 3 (**BZ** 46) am 30. Juni 1993 mit dem „Schwerpunkt: Anti-Militarismus". Am 30. Juli 1993 erschien mit dem Untertitel „Zeitung für die besetzte Zone" die Nr. 4 (**BZ** 47). In dieser presserechtlich von der fiktiven Hertha Däumler-Gemächlich verantworteten und vom *Initiativkreis zur Verbreitung offener Messer* herausgegebenen Schwerpunktnummer „Sexismus in der linken Szene" ging es u.a. um Themen, wie „Sexismus auf Demos" und „Anarchafeminismus".

„Der Anarchafeminismus streift die patriarchalisch belastete Geschichte des Anarchismus ab und gibt uns die theoretische Möglichkeit bzw. praktische Ansätze, erneute Hierarchien schon im Ansatz zu erkennen." [29]

Der Anarchismus verkünde die Möglichkeit und Notwendigkeit des freien, zwanglosen Zusammenschlusses von Menschen, er stelle eine ökonomische Analyse, schlage ein dezentrales Organisationsmodell vor und weise gleichzeitig auf die „Gefahren im ping-pong der Demokratie" hin. Der Feminismus gebe Aufschluß über die Wurzeln „unserer Unterdrückung". Die soziologische Analyse des Feminismus komme zu dem Schluß, daß diese Wurzeln im Patriarchat bzw. der autoritären Gesellschaft des Kapitalismus oder auch des autoritären Sozialismus liegen.

„Wir sehen im Anarchafeminismus eine Chance, mit Hilfe dieser Grundlagen und der soziologischen Durchleuchtung unserer Zusammenhänge die 'Bühne' der Revolution abzureißen und das Leben zum Feld der Revolution umzuwandeln." [30]

Nach weiteren Schwerpunktausgaben zu den Themen „Umstrukturierung" (Aug. 1993) und „O.S.T.E.N." (30. Sept. 1993) erschien am 4. November 1993 mit dem Untertitel „Zeitung aus der besetzten Zone" und einem Umfang von 32 Seiten die letzte Ausgabe der **BZ**, die Nr. 7 (**BZ** 50) mit dem Schwerpunkt „Öko- und Esofaschismus".

Nach dem „Zusammenbruch der Ostgruppenvernetzung im Frühjahr 1994" [31] stellten die verbliebenen RedakteurInnen ihr Projekt ein.

Im Juli 1994 erschien in Halle an der Saale die Nachfolgezeitschrift der **BZ**. Diese mit „Zweite Zeitung der Besetzten Zone" untertitelte und mit einem Umfang von 24 DIN A5 Seiten herausgebrachte **ZZBZ** war ein weiterer Versuch, ein überregionales Ostinfo zu verankern. Grundlage für die „Wiederbelebung" der **BZ** waren mehrere Ostvernetzungstreffen, „wo immer wieder der Bedarf nach einem ostweiten Infoblatt bekräftigt wurde." [32] Die RedakteurInnen wollten ein Diskussionsforum schaffen, welches inhaltlich „wenig oder nur schwach an schon bestehende Zeitungen erinnert." [33] Ein solches Projekt fördere den Informationsfluß und sei ein Beitrag zur Vernetzung der einzelnen Regionen.

„Diese erste Ausgabe betrachten wir als Experiment, welches keinesfalls Inhalt und Struktur der Zeitung dauerhaft festlegen soll. Im Endeffekt soll die **ZZBZ** das Produkt aus möglichst vielen, 'buntgemischten' Zuschriften sein. (...) Um einen Überblick zu geben, veröffentlichen wir die wichtigsten Beiträge aus den einzelnen Regionalblättern." [34]

Eine weitere Ausgabe der **ZZBZ** erschien nicht.

In den letzten Jahren wurden nur noch sporadisch einige Häuser besetzt, auch manche gelegentlich erschienene HausbesetzerInnenzeitung, wie z.B. der 1995 in Leipzig in die Öffentlichkeit geworfene **Pflasterstein**, sowie das erstmals

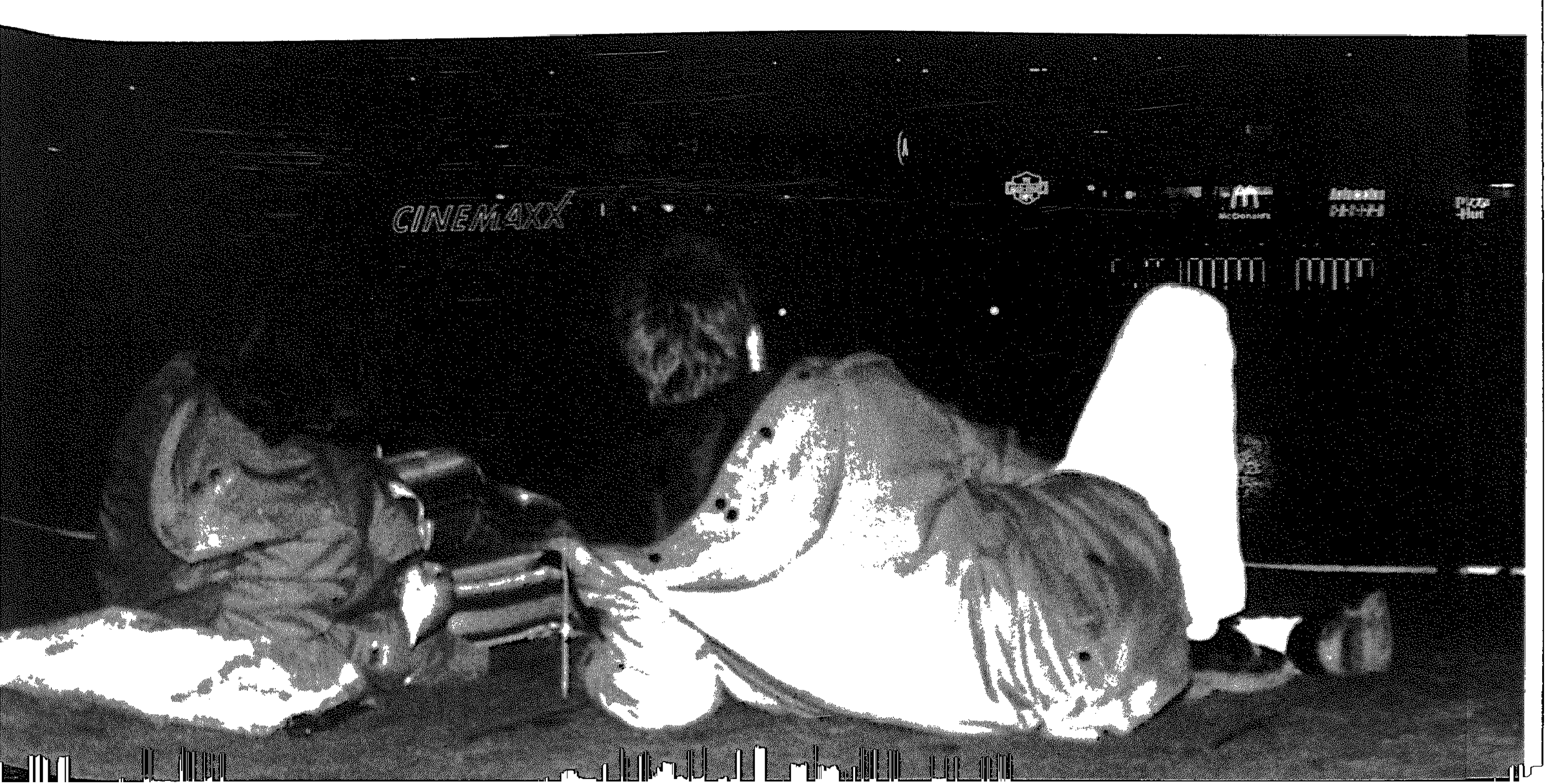
1995 in Bielefeld herausgegebene **BesetzerInneninfo** und der **BesetzerInnenrundbrief** zeigen ebenso wie der 1995 in Leipzig abgehaltene HausbesetzerInnenkongreß, daß die BesetzerInnenszene zur Zeit klein ist. Aber wer weiß? Vielleicht erweist sie sich als Rhizom und aus diesem Wurzelwerk sprießt eine neue libertäre HausbesetzerInnenbewegung? Vielleicht im Jahre 2000, zwanzig Jahre nach der Westberliner Bewegungsblüte 1980/81 und zehn Jahre nach der Ostberliner Renaissance 1990/91?

The future is unwritten. ★

Ein vom Autor leicht veränderter Textauszug aus: Bernd Drücke, „Zwischen Schreibtisch und Straßenschlacht? Anarchismus und libertäre Presse in Ost- und Westdeutschland", Verlag Klemm und Oelschläger, Ulm 1998, ISBN 3-932577-05-1.

1 Bertolt Brecht, in: **Unslhausn**, Zeitung der Unnaer Commune, Unna, Juni 1989, S. 10.
2 Vgl. Pauline Demory: 3.3.3 Der Kampf um Räume: Hausbesetzungen in der Bundesrepublik, in: Funktionen der Gegenkultur in unserer Gesellschaft, Diplomarbeit zur staatlichen Diplomprüfung an der Fachhochschule Münster Fachbereich Sozialwesen (Prof. Dr. phil. Leonhard Lahrmann), Münster, 26. Mai 1993, S. 53 ff.
3 Demory, ebd.
4 Vgl. Geronimo: **Feuer und Flamme : Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen**, Edition ID-Archiv Amsterdam/Berlin 1990, S. 95.
5 **Instand BesetzerPost** Nr. 30, Berlin, 21. Nov. 1981, S. 35.
6 Vgl. Klaus Jürgen Rattay. Einer von vielen, in: **Sachschaden** Häuser und andere Kämpfe, taz-Journal Nr. 3, Berlin, Nov. 1981, S. 166 ff.
7 Geronimo: **Feuer und Flamme**, a.a.O., S. 96.
8 **Instand-BesetzerPost** Nr. 30, a.a.O., S. 2.
9 Sex, Salons und Stasi-Spitzel. Zwei Kunsthistoriker haben das wilde Treiben der DDR-Bohème erforscht. Ergebnis: das Portrait einer Subkultur von Aussteigern jenseits des politischen Widerstands, in: **Der Spiegel** Nr. 35, Hamburg, 25. Aug. 1997, S. 46 - 50, hier S. 50.
10 Vgl. Wolfgang Rüddenklau: Fünf Jahre danach und fast vergessen. Über die Hausbesetzungsbewegung in Ost-Berlin Teil 1, in: **telegraph** Nr. 9/95, Berlin, Sept. 1995, S. 37 - 48, hier S. 48.
11 Ebd., S. 38.
12 Vgl. Auszug aus dem Berliner Verfassungsschutzbericht von 1990, Autonome Hausbesetzerszene, in: **Interim** Nr. 166, Berlin, 24.10.1991, S. 30.
13 Vgl. D. Wolf: Die Besetzer-Zeitung, in: **telegraph** Nr. 10, Umweltbibliothek Ostberlin, Ende Okt. 1995, S. 42.
14 **BZ BesetzerInnenzeitung** Nr. 1, Berlin, 22.8.1990, S. 3.
15 Ebd.
16 D. Wolf: Die Besetzer-Zeitung (BZ), a.a.O., S. 43.
17 Vgl. Auszug aus dem Berliner Verfassungsschutzbericht von 1990, Autonome Hausbesetzerszene, in: **Interim** Nr. 166, a.a.O., S. 31.
18 **BZ in NOT**, Berlin, 16.1.1991, S. 2.
19 Ebd.
20 **BZ Notausgabe** "Drucken heißt kämpfen", Berlin, 4. April 1991, S. 2.
21 D. Wolf, a.a.O., S. 44.
22 **BZ BesetzerInnenzeitung** Nr. 26, Berlin, Anfang März 1991, S. 3.
23 **BZ Notausgabe** "Drucken heißt kämpfen", a.a.O.
24 Hallo BZ-LeserInnen, in: **BZ** Jahrgang 1b, Nr. 1, Berlin, 15.5.1991, S. 2.
25 Warum wir es wichtig finden, daß es die BesetzerInnenzeitung weiterhin gibt?, in: **BZ BESÄTZERINNENZEITUNG** Nr. 27, Jahrgang 2, Berlin, 4. Juni 1992, S. 2.
25 Vorwort, in: **BZ** Nr. 43, Jahrgang 3, Berlin, 26.3.1993, S. 2.
26 Arbeitstitel: Zeitung für die besetzten Gebiete, in: **BZ** Nr. 43, a.a.O., S. 3.
27 Ebd.
28 "Voküs" ist die Abkürzung für "Volxküchen", meist von Autonomen oder AnarchistInnen z.B. in besetzten Häusern, Libertären Zentren oder Infoläden organisierte Essensausgaben, in denen kostenfrei oder zu günstigen Preisen warme Speisen angeboten werden.
29 Anarchafeminismus, in: **BZ Zeitung für die besetzte Zone** Nr. 4 (BZ 47), Jahrgang 3, Berlin, 30.7.1993, S. 30.
30 Ebd., S. 31.
31 Vgl. D. Wolf, a.a.O., S. 46.
32 **ZZBZ Zweite Zeitung der Besetzten Zone** Nr. 1, Halle an der Saale, Juli/Aug. 1994, S. 4.
33 Ebd.
34 Ebd.

Fotos auf dieser Seite: Peter Kaiserer



Vorspann

Bereits vor einigen Monaten schloß in Potsdam ein Ausstellung, welche in ihrer Art und Weise erstmals das Gesamtwerk von Leni Riefenstahl der deutschen Öffentlichkeit zugänglich machte. Etwa drei Monate lang sollte man sich anhand der Exponate persönlich ein Bild über die bedeutendste Künstlerin des Dritten Reiches machen können. Viele der Ausstellungsstücke kamen aus dem Riefenstahlschen Privatarchiv, waren damit also nur in begrenzter Weise ein objektiver Überblick über ihr Schaffen. Die viel zu klein gewählten Räumlichkeiten im Erdgeschoß des Potsdamer Filmmuseums hatten einige Mühe, den großen BesucherInnenanstrom zu verkraften. Ein Kassenschlager also, welcher die immer noch existenten Diskussionen um Leni Riefenstahl weiterführen wollte.

Von der Normalisierung der selbstbewußten Nation

Einige Anmerkungen zur Riefenstahl-Ausstellung in Potsdam

Schnitt 1

Die Bundesrepublik im Jahr 1998 – die Nachkriegsgeneration ist angetreten, um sich endlich völlig unbelastet und neutral mit der Geschichte der international bekanntesten und umstrittensten deutschen Künstlerin dieses Jahrhunderts[1] auseinanderzusetzen. Im Duktus der 90er Jahre, der jeden kritischen Einwand mit dem Political-Correctness-Vorwurf abschmettert, fahren Bärbel Dalichow und Claudia Lenssen vom Potsdamer Filmmuseum im Begleitband ihre vorurteilsfreien Geschütze auf, um mit den deutschen Meinungsmacher(n) abzurechnen. Angriff ist die beste Verteidigung nur so ist der erste Satz ihres Traktates zu verstehen: Wer sich Ärger einhandeln möchte, sollte über Leni Riefenstahl schreiben. Die Fronten sind also eindeutig, die Macherinnen als David gegen den übermächtigen Goliath. Letzterer steht für die vermeintliche Meinungsvorherrschaft der linken Intellektuellen, welche dann auch das Ziel der beiden Tabubrecherinnen ist.

Schließlich seien diejenigen – folgt man den beiden – die Genaueres über das Werk von Leni Riefenstahl wissen, in der Minderheit. Und überhaupt sei die Verbannung der Riefenstahl-Filme – des erhöhten Geheimnisfaktor(s) wegen – gerade Werbung für diese. Ergo wurde in der Ausstellung und dem dazugehörigen Begleitband das notwendige Material zum Leben und Schaffen von Riefenstahl zusammengetragen, um ein eigenes Urteil zu ermöglichen.

Die beiden Organisatorinnen der Ausstellung gestehen den KritikerInnen der Riefenstahlschen Kunst zu, daß die Arbeiten der heute 97 Jahre alten Dame die Begleitmusik der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie waren. Als Kinder der unbelasteten Nachkriegsgeneration deuten sie auf den ersten Seiten des Begleitbandes aber auch an, wem ihre Sympathie in der Gegenwart gilt: Doch Dauerbetroffenheit über Kunstprodukte läßt Tote nicht wieder auferstehen, sondern erzeugt Überdrußreaktionen bei Lebenden, besonders bei Jüngeren.

Die inhaltlichen Eckpunkte für die Riefenstahl-Ausstellung in Potsdam geben die Richtung vor, in welcher sich Ende der 90er Jahre mit der wichtigsten Künstlerin des Nationalsozialismus auseinandergesetzt werden soll. Mit ihrem *Focus Leni Riefenstahl* – so heißt ihr gemeinsamer Beitrag im Begleitband – reihen sich die beiden Organisatorinnen nahtlos in den Chor derer ein, die heute, mehr als 50 Jahre nach Vernichtungskrieg und Holocaust, wieder eine selbstbewußte Nation fordern. Hier, in der Berliner Republik, findet die Schlußstrichdebatte eines Martin Walser ebenso ihren Platz, wie die deutschen Truppen auf dem Balkan. Oder eben die Intentionen der Ausstellung...

Schnitt 2

Leni Riefenstahls künstlerisches Schaffen erschöpfte sich nicht in ihren filmischen Werken. Nach dem Krieg widmete sie sich der Fotografie, wobei in den 60er und 70er Jahren ihr Hauptaugenmerk einem im Sudan angesiedelten Volk, den Nuba, galt. Hierbei interessierte sie sich, wie bereits im Nationalsozialismus, nur für die Schönheit der Gruppenmitglieder, besonders für die des männlichen Teiles. Riefenstahls Faible für Schönheit, Kampf und Stärke ist eine konsequente Weiterführung ihrer nationalsozialistischen Arbeiten, nicht zuletzt wegen der reinen Wiederspiegelung bestimmter Elemente, wie etwa Kampf und Reinheit. Andererseits dokumentierte sie mit ihrer Liebe zur afrikanischen Kultur[2] nur selten die Lebensweise und Riten der Nuba.

Teile ihrer umfangreichen Fotosafari waren auch in Potsdam zu sehen. Um jedoch eine Überreizung des Ausstellungs- Budgets zu vermeiden, wurden die ursprünglich für eine Exposition in Japan angefertigten, überdimensional gedruckten Nuba-Bilder einfach ins Filmmuseum umgesetzt. Die präsentierten Fotos glichen Plakatwänden, wogegen die Riefenstahlschen Werke aus dem Nationalsozialismus nahezu winzig wirkten. Auf kleinen Monitoren konnten die BesucherInnen die Filme Tiefland, Das blaue Licht, Olympia und

Triumph des Willens auf sich wirken lassen. Nicht nur deswegen verkamen die maßgeblichen Abschnitte im künstlerischen Schaffen der Riefenstahl zu einem Ort, welchen man schnell wieder verlassen wollte: die Konzeption, je zwei Fernsehgeräte im Abstand von zwei Meter gegenüber, ließen das Interesse völlig absterben. Es ist naheliegend, daß die Anordnung der Bildschirme völlig ungeeignet war, um die Filme sinnvoll und objektiv auf sich wirken zu lassen. Ein Faux-pas allererster Güte!

Daß die Gewichtung einzelner Exponate maßgeblich die Aussage einer Exposition bestimmt, ist bekannt. Auch ist aus dem Text *Focus Leni Riefenstahl* ersichtlich, daß die Organisatorinnen genau wußten, welche Kontroversen die Ausstellung auslösen würde, gerade wegen der Werke im Nationalsozialismus. Nahezu unglaublich also, daß genau diese Arbeiten nur ungenügenden Platz in Potsdam bekamen bzw. in einem krassen Mißverhältnis zu den Nachkriegsarbeiten standen. Und nur noch fatal, wenn es um eine objektive Auseinandersetzung Leni Riefenstahl gehen sollte.

Schnitt 3

Was drückt sich in einer kompletten Riefenstahl-Werkschau in der BRD aus? Daß Qualität sich letztlich gegen alle Widerstände durchsetzt? Oder daß Deutschland sich normalisiert und allmählich lernt, ohne Hysterien auch über die problematischen Kapitel seiner (Kunst-)Geschichte zu refelektieren?[3] fragte Doris Neujahr in ihrem Artikel zur Exposition in der brandenburgischen Landeshauptstadt. Ihre Ausführungen in der Jungen Freiheit, dem wichtigsten Diskussionsblatt der (Neuen) Rechten geben die Richtung vor, in welcher Art und Weise die Werke der Künstlerin am liebsten diskutiert werden sollten: normal.

Somit verwundert es nicht, daß Neujahr darlegt, daß die Kritiken zum Olympiafilm in den englischen und französischen Zeitungen nicht weniger euphorisch als in der NS-Presse waren. Diese Argumentation führt dazu, daß eigentlich in jedem europäischen Land die politische und kulturelle Ausgangslage ähnlich gewesen sei – daß dessen Faszination (die des Olympiafilmes d.V.) nicht zuletzt aus den Selbstzweifeln der Demokratien in den zwanziger und dreißiger Jahren herrührte.

Zur langsamen Neuschreibung der Geschichte benötigt es immer Vergleiche, um das Extreme als Normal darstellen zu können. Nur so ist es möglich, Besonderheiten als Mainstream erscheinen zu lassen. Doris Neujahr rechtfertigt in den zitierten Zeilen die künstlerische Ästhetik von Leni Riefenstahl als allgemeinen Konsens der damaligen Zeit und kann somit die Spezifika der deutschen Geschichte außer acht lassen. Ziel dieser Gleichsetzung ist die Verharmlosung der Ergebnisse des zwölfjährigen Nationalsozialismus in Deutschland, die Neujahr mal schnell als problematisch bezeichnete. Denn wenn die politische und gesellschaftliche Situation in anderen europäischen Ländern ähnlich der in Deutschland war, ist der Schritt zum Nationalsozialismus als deutscher Betriebsunfall nicht mehr weit.[4]

Ein ähnliche Strategie verfolgen Claudia Lenssen und Bärbel Dalichow in ihrem unsäglichen *Focus Leni Riefenstahl*: gerade in politischer Hinsicht unterschied sie sich gar nicht so sehr von anderen Deutschen... daß sie durch Erscheinung und Leistung mehr auffiel... Insofern hat die Dauerverurteilung auch heuchlerische Züge. Spannend wäre die Beantwortung der Frage, was es denn beispielsweise noch außer Leistung bedurfte, um sich im nationalsozialistischen Deutschland von anderen arischen MitbürgerInnen abzuheben?

Die rhetorische Frage, ob sich nun endlich die Qualität gegenüber den Widerständen durchsetzen würde, ist weiteres Zeichen für die Art und Weise der inhaltlichen Auseinandersetzung mit Leni Riefenstahl á la Junge Freiheit. Die abstrakte Benutzung des Begriffes Widerstand beraubt jeder Kritik am Werk Riefenstahls die Inhalte und stellt sie als lächerlich und beliebig hin. Die erhoffte Durchsetzung der Qualität der riefenstahlschen Filme gegen die Widerstände der linken Intellektuellen, kann somit nur als Sieg der Normalität über die Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit gewertet werden.

Doch was heißt normal? Ist es normal, was die Zeitschrift STERN Ende vergangenen Jahres abdruckte? Nämlich, daß, neben anderen, Leni Riefenstahl als Meister von heute die Fotografin Carol Beckwith als die Macher von morgen vorstellen durfte. *Sie könnte meine Fotos machen und ich ihre* wird Riefenstahl zitiert.[5] Hier scheint sich also Qualität als Standart durchgesetzt zu haben, befreit von den Flecken der Vergangenheit.

Schnitt 4

Das Lied von Depeche Mode und die Bilder von Leni Riefenstahl, so präsentierte sich die deutsche Gruppe Rammstein 1998 dem Publikum. Nichts wuchs auf ihrem Mist, trotzdem feierte die Gruppe mit schonungslosen deutschen Texten und wilder Bühnenshow[6] die größten Erfolge mit diesem Gipfel der Einfallslosigkeit. In ihrem Video Stripped bedient sich die Gruppe des Riefenstahlschen Olympia-Filmes, ohne seine ideologische Einbettung nur annähernd deutlich werden zu lassen. Durch die Schnitte wird dem Publikum eine Welt voller Reinheit und Stärke näher gebracht, ohne den zwingenden Sinnzusammenhang mit dem Nationalsozialismus herzustellen. Hier liegt die Gefahr, und es liegt auf der Hand, daß der Effekt dieses Videos zweifach ist, kommerziell und politisch.

Kommerziell, weil sich die Gruppe der Ästhetik des Nationalsozialismus bedient, um im Einheitsbrei der VIVA-Clips aufzufallen. Riefenstahl also als Sprungbrett für kommerziellen Erfolg einer Gruppe, deren Erfolg von Beginn an fast ausschließlich auf dem koketten Spiel mit rechten Posen und Symbolen[7] basierte. Daß es bei der musikalischen Arbeit von Rammstein nur um Show geht, bestätigte Sänger Lindemann bereits bei einem Interview mit dem Musiksender MTV: es gehe nur um die big impression, a visual impression as well as a musical one. Und der Erfolg scheint der Gruppe recht zu geben, denn

1999 gab es die Auszeichnung mit dem Echo als erfolgreichste deutsche Band im Ausland.

Politisch, weil das Spiel mit nationalsozialistischer Ästhetik nie unpolitisch sein kann. Daß Rammstein sicherlich nicht am rechten Rand zu verorten ist, sollte bei aller Kritik an ihnen nicht vergessen werden. Es ist eben der Aspekt des Politischen jeder Kunst, der Rammsteins martialisches Spiel mit Stärke und Reinheit ins Fadenkreuz der Kritik rücken läßt. Dieser Aspekt ermöglicht es aber auch, daß rechtsextreme Kreise Anknüpfungspunkte an die Gruppe Rammstein finden.

Als Neue deutsche Härte betitelte beispielsweise etwa das Hochglanz-Skinzine RockNord des ehemaligen Störkraft-Managers Lemmer einen Beitrag über Rammstein, Joachim Witt und Weissglüt.[8] Der Autor verortet dann auch gleich mal die Kritik an Rammstein im puren Neid. Insgesamt beinhalte die geschwollene Lyrik mit den Elementen Pathos, Verzweiflung und Bedrohlichkeit aber durchaus Dinge, mit denen sich ein Jugendlicher (angesichts des politischen Klimas hierzulande) identifizieren kann. Auch der dienstältesten rechtsextremen Zeitschrift der BRD, Nation & Europa, war die Kritik am Stripped-Video ebenfalls eine Meldung wert. Denn der Grundgedanke der (linken) Kritik sei die Unterdrückung jedweder Bezugnahme auf künstlerische Werke, die während des Dritten Reiches entstanden sind.[9] Spätestens hier also, wo die Schützenhilfe zur Verteidigung aus dem rechtsextremen Lager kommt, sollten sich Rammstein & Co Gedanken über ihr Verständnis von Kunst und Ästhetik machen.

Die Schweriner Volkszeitung (SVZ) verkündete euphorisch, daß Rammstein in den USA für den Grammy als beste Live-Band nominiert wurde. Voller Stolz – Rammstein-Sänger Lindemann kommt aus Schwerin – und völlig unkritisch vermeldete sie dies unter der Überschrift Umstritten, aber erfolgreich. Umstritten – eines dieser Worte, auf das im politischen Diskurs um die Riefenstahl-Kunst ganz gern zurückgegriffen wird. Was bedeutet das eigentlich? Die Werke sind kontrovers diskutiert, trotzdem sind Fragen offen? Klar ist, daß dieser Begriff eine Stellungnahme zur Diskussion ermöglicht, jeglicher Positionierung aber eine Abfuhr erteilt. Außerdem gibt er vor, daß sich seine NutzerInnen mit dem Diskurs beschäftigt und sich einen eigenen Standpunkt erarbeitet hätten. Somit kann mit der Benutzung des Umgehungswortes umstritten Objektivität vorgegeben werden. Einer näheren Beleuchtung hält dieser sprachliche Kniff nicht stand, weder bei der SVZ und Rammstein, noch bei den Potsdamer Ausstellungsmacherinnen und Leni Riefenstahl. Er entpuppt sich bei beiden als Parteinahme für die KünstlerInnen im speziellen und der rassistischen Ästhetik im allgemeinen.

Schnitt 5

Daß die Riefenstahlsche Ästhetik nicht nur in den Charts rezipiert wird, ist bekannt. Verstärktes Interesse erfährt sie beispielsweise in Teilen der Darkwave-Szene. Die rechts orientierte Gothic-Art-Szene widmete eine CD-Produktion Leni Riefenstahl[10], ist dann auch im häufig zitierten Beitrag von Dalichow/Lenssen zu erfahren. Logisch also, daß beispielsweise in der aktuellen Ausgabe der *Sigill* ein Text zur Ausstellung zu finden ist. Eine Niederlage für die Riefenstahl, denn die hätte wesentlich mehr verdient[11] verlautet es da pathetisch und offenbart gleichzeitig den Habitus dieser faschistoiden Darkwave[12]-Zeitschrift. Eine Analyse der verschiedenen Ausgaben macht deutlich, daß sich die Nutzung von Elementen der filmischen Werke Riefenstahls oder den in Stein gehauenen Monumentaldenkmälern eines Breker oder Thorak die bekanntesten Auswüchse der Verherrlichung der übernatürlichen Schönheit – wie ein roter Faden durch das Blättchen ziehen. Dabei ist zu erwähnen, daß diese Instrumentalisierung in ihrer Intention unpolitisch sein will. Diese irrationale Absicht vollzieht sich in der Trennung von Kunst (bzw. Kultur im allgemeinen) und Politik. Durch diese Aufteilung wird ein künstliches Feld aufgebaut, in welchem die Zeitschrift der konservativen Kulturavantgarde (frühere Selbstbezeichnung der Sigill) ihre exzessive Verehrung der Kunst der Ungleichheit ausleben kann. Hier kann man sich voll und ganz der rassistischen Ästhetik seiner Vorbilder hingeben, abseits jeglicher politischer Positionierung.[13] Diese absichtlich konstruierte Scheinwelt wird am Leben erhalten, und somit kann beliebig oft auf diese Elemente einer totalitären Ästhetik zurückgegriffen werden. So ist es nicht verwunderlich, daß ein anderer Sigill-Autor neben der deutschen auch der sowjetischen, italienischen oder auch spanischen Monumentalarchitektur einiges positive abgewinnen kann. Es ist eben alles einfach totalitäre Kunst, deren Übernatürlichkeit im künstlerischen und ästhetischen Sinn die Faszination ausmache. Die Herangehensweise macht die Logik der Sigill-HerausgeberInnen sichtbar, wenn auch nicht nachvollziehbar. Trotzdem ist offensichtlich, daß die Basis für die Rezeption des Schönen, Reinen und Starken immer wieder bei den deutschen KünstlerInnen gesucht wird.

Aber wie gesagt, das alles versteht sich völlig unpolitisch, rein ästhetisch. Die Essenz von diesem Umgang mit Kunst ist die Ausblendung der Bedeutung von Kultur im allgemeinen. Unterschlagen wird die Wirkung beispielsweise die, der Riefenstahlschen Filme im Nationalsozialismus. Jede Vernachlässigung der Wechselwirkung von Politik und Kunst[14], wie es die Sigill in Reinstform vorführt, bewirkt ein verklärteres Bild auf Leni Riefenstahl bzw. ihre Art von Kunst-und Ästhetikverständnis.

Ist die Einteilung der Menschen in schön und häßlich – wie es Riefenstahl bis heute macht – bereits fragwürdig, so wirkt sie vor der Folie des Nationalsozialismus umso schwerer. Das Herauslösen von Kunst aus dem gesellschaftlichen und politischen Kontext der Zeit dient im Kern der Entpolitisierung und damit der Entschuldung der jeweiligen Werke. Dahinter steckt das Ziel, und hier sind wir wieder bei der Potsdamer Ausstellung, eine angeblich neutrale Auseinandersetzung über das Schaffen führen zu wollen. Ergebnis ist vielmehr jedoch eine Entschuldung voranzutreiben und in der Konsequenz auch die eigene Opferrolle zu manifestieren. Somit ist die Behauptung, Kunst und Kultur könnten unpolitisch sein, als Lüge zu entlarven und als solche zu benennen.

Schnitt 6

Das Unpolitische scheint überhaupt der Dreh-und Angelpunkt bei der Auseinandersetzung mit Leni Riefenstahl zu sein. Sie selbst gibt ihre Nähe zum nationalsozialistischen System zu, verneint jedoch jegliche (kulturelle) Mitverantwortlichkeit für die Vernichtung von Millionen von Menschen. Die Frage, ob Kunst ohne Verantwortung denkbar ist, meinte Riefenstahl: Ich glaube ja – denn ein kreativer Künstler ist beim Schaffen seiner Werke so intensiv mit seiner Arbeit verschmolzen, daß er sich nicht durch andere Gedanken ablenken lassen kann. Die reine Kunst sollte nach überhaupt keinem Ziel verlangen. Sie ist etwas rein Kreatives. Mit einer positiven Verantwortung ist sie sehr wertvoll, sehr schön. Aber die reinste Kunst – und danach haben die meisten Künstler gestrebt – ist ohne Verantwortung.[15]

Kunst ist nicht unpolitisch, auch wenn dies besonders bei den Nachkriegsarbeiten der Riefenstahl hervorgehoben wird. Für die ProtagonistInnen dieser Behauptung gelten gerade die Nuba und die Meeresfilme als Beweis für die Unschuld der Künstlerin. Daß dem bei weitem nicht so ist, war schon Anfang der 80er Jahre bei der amerikanischen Feminstin Susan Sontag nachzulesen. Und darum ist das Buch über die Nuba für Leni Riefenstahls Rehabilitation der letzte, notwendige Schritt. Es ist die unwiderrufliche Umarbeitung der Vergangenheit oder für ihre Anhänger die endgültige Bestätigung dafür, daß sie schon immer eine Schönheitsfanatikerin war und keine häßliche Propagandistin.[16] Außerdem weist Sontag auf den weiteren Seiten nach, daß Riefenstahls Portrait der Nuba sogar noch über ihre Filme hinaus (geht).[17] Der Ehrenschutz für das erstaunliche Beispiel lebenslanger Aktivität und Attraktivität[18] – die acht Jahrzehnte künstlerischen Schaffens – entpuppen sich bei näherer Betrachtung als falsch und somit verharmlosend.

Abspann

Zurück zur Ausstellung. Das große Medienereignis (Berliner Morgenpost) ist vorbei. Was bleibt, ist ein übler Nachgeschmack, der irgendwo zwischen deutscher Normalisierung und dem Rassismus der Schönheit angesiedelt ist. Die teils fragmentierten, teils heftig geschönten Bilder wollen wir ergänzen[19], schrieben die Ausstellungsmacherinnen. Ein Widerspruch in sich, denn wer eine Ausstellung mit der Künstlerin konzipiert deren Werk dargestellt wird kann nicht objektiv sein. Erst recht nicht, wenn man sich von Beginn an selbst in einer Opferrolle verortet.

Fragwürdig bleibt nicht zuletzt die Herangehensweise des Duos Dalichow/Lenssen an Leni Riefenstahl: die Künstlerin (hegt) den verständlichen Wunsch, am Ende ihres Lebens endlich Lob und Frieden zu ernten. Soviel (menschliches) Verständnis für eine der kulturellen HauptakteurInnen des Nationalsozialismus, kann sich nicht positiv auf eine angeblich objektive Ausstellung auswirken.

Fazit dieser Präsentation von Potsdam kann also nur eine fundamentale Kritik an den Organisatorinnen und ihrer Ausstellung sein. Denn wer wirklich Neues erwartete, wurde enttäuscht und wer sich mit den Intentionen der Ausstellung beschäftigte, war entsetzt. Sieht man den sträflichen Leichtsinn im Umgang mit Leni Riefenstahl in Potsdam im gesamtgesellschaftlichen Rahmen, so kann die Frage nur lauten, ob die inhaltlichen Leitlinien der Ausstellung nur im Kleinen das wiedergaben, was im zehnten Jahr des wiedervereinigten Deutschlands das Programm der selbstbewußten Nation ist. ★

Thomas Naumann

1 Alle Zitate in diesem Kapitel aus: Bärbel Dalichow/Claudia Lenssen: Focus Leni Riefenstahl, in: Filmmuseum Potsdam (Hg.): Leni Riefenstahl, Berlin, 1999, S.7-10.

2 Stern: Die Stars 2000. Galerie der Zukunft, Nr.53/98, S.74.

3 Doris Neujahr: Das disziplinierte Gesicht, in: Junge Freiheit, Nr.51/98 (11.12.98).

4 Zur Untermauerung dieser Behauptung sei beispielsweise auch auf den Historikerstreit verwiesen, welchen Ernst Nolte mit seiner These, daß es KZs bereits im Rußland der 20er Jahre gab und nicht erst im nationalsozialistischen Deutschland, auslöste.

5 Stern: Die Stars 2000. Galerie der Zukunft, Nr.53/98, S.74.

6 Schweriner Volkszeitung: Umstritten, aber erfolgreich, 7.1.1999

7 beide Zitate aus: Der Spiegel: Trübe Licht-gestalt, Nr.44/98.

8 Rocknord Nr.44/Februar 1999

9 Nation&Europa: Bilder-Wirbel um Rammstein, Nr.11-12/98.

10 Bärbel Dalichow/Claudia Lenssen: Focus Leni Riefenstahl, in: Filmmuseum Potsdam (Hg.): Leni Riefenstahl, Berlin, 1999, S.10.

11 Stephan Pockrandt: Leni Riefenstahl über Potsdam, in: Sigill, Nr.18 (Frühjahr 1999).

12 Die Darkwave-Szene ist heterogen, was sich in der Vielfalt der musikalischen und weltanschaulichen Präferenzen wiederspiegelt. Die Sigill-Herausgeber haben ihre Wurzeln in der Darkwave-Szene, sind jedoch von ihren musikalischen und politischen Sympathien nur noch begrenzt dieser Subkultur zuzuordnen.

13 Daß die Zusammenarbeit mit Rechtsextremen trotzdem geschieht, kann beispielsweise im Antifa-Infoblatt Nr.47 oder im Rechte Rand Nr.55 nachgelesen werden.

14 Hierbei sei auf verschiedene Veröffentlichungen zum Thema verwiesen. Interessant ist eine Ausarbeitung zur (Unter-) Bewertung von Kultur im Verhältnis zur Politik im Antifaschistischen Infoblatt Nr.44: Kultur und andere Begrifflichkeiten.

15 Die ZEITmagazin: Wie viele Leben haben Sie gelebt, Frau Riefenstahl?, Nr. 36/97.

16 Susan Sontag: Faszinierender Faschismus, in: dies.: Im Zeichen des Saturns. Essays, Frankfurt/Main, 1990, S.107.

17 Hierbei führt sie die feste geschlechtsspezifische Rollenverteilung der Nuba an. Sie (Riefenstahl-d.V.) zeigt eine Gesellschaft, in der Frauen nur zum Gebähren und Helfen da sind, ausgeschlossen von allen zeremoniellen Funktionen, und eine Gefahr für Integrität und Stärke der Männer darstellen., ebenda, S.111.

18 Bärbel Dalichow/Claudia Lenssen: Focus Leni Riefenstahl, in: Filmmuseum Potsdam (Hg.): Leni Riefenstahl, Berlin, 1999.

19 Alle Zitate, wenn nicht anders gekennzeichnet: Bärbel Dalichow/Claudia Lenssen: Focus Leni Riefenstahl, in: Filmmuseum Potsdam (Hg.): Leni Riefenstahl, Berlin, 1999.

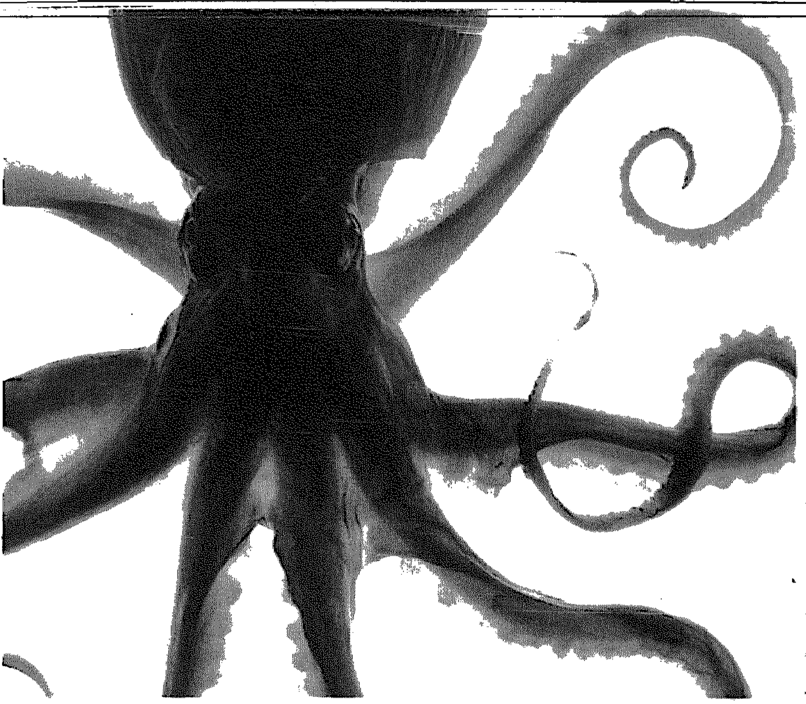


Foto: Oliver Proust

Kapitän Nemos

von Martin Droschke

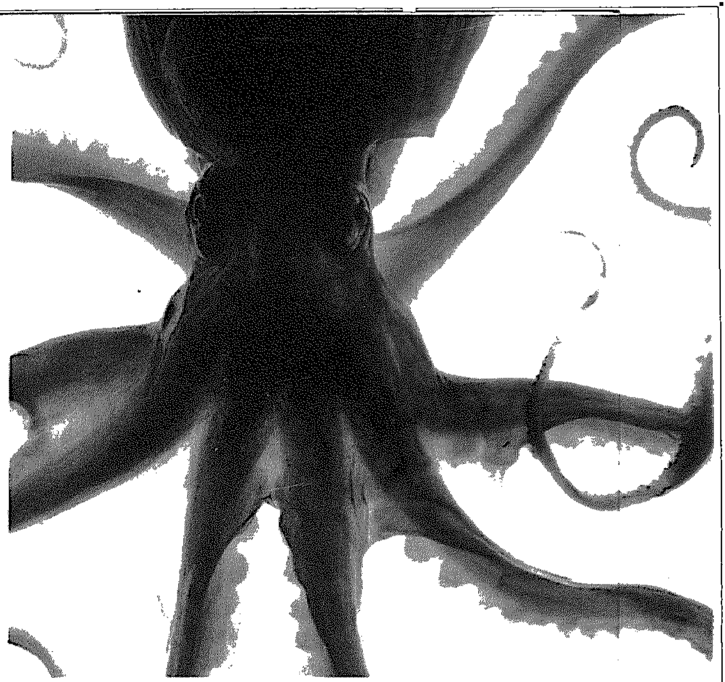
Hanser, Krüger und Bertelsmann (Abteilung Buchclub) gleichen sich immer mehr an. Letzten Herbst hatten sich alle drei Verlagshäuser in die zärtelnde Photographie eines Knäbleins beim Flußbad verguckt. Alle drei verwendeten Tom Wolffs unschuldige Aufnahme "Rivertrip - a Photomac Odyssey" als Blickfang für Schutzumschläge ("Photomac" ist eine Gestalt aus der Indianermystik). Wolffs Knäblein am Fluß heißt bei Krüger "Simon", bei Bertelsmann "Das Lazarus Kind", bei Hanser ist es "Der Mondtrinker". Das Ende der Buchpreisbindung könnte nahen, seit die Branche wehklagen darf, weil sie unter einem Damoklesschwert sitzen müsse, darf in der Brance die Sorgfalt hinter die Angst angestellt werden. Das zeigt sich jetzt beim äußeren der Bücher, später auch in den Innenteilen. Tom Wolffs Photo ist peinlicher Kitscht, deshalb bleibt die Frage nicht aus, ob die Giganten unter den Verlagen keinen Wert mehr auf ein charakterstarkes Profil legen. Droht das Erbe Gutenbergs zu verschlampen? Das gute Buch - wir Goethe-Leser lieben diesen Begriff - steht bereits so lange auf der Liste der vom Aussterben bedrohten Kulturgüter, wie die Literatur alt ist (Umberto Ecos "Der Name der Rose" bangt schon ein paar Jährlein vor der Erfindung des Buchdrucks). Ernste Bedenken werden erst dann nötig sein, wenn ein halbes Jahr lang im Feulleton die Ankündigung ausblieb, daß er jetzt da war, der ultimative Untergang.

Gebangt wird derzeit auch um das fröhlich-libertäre Kollektiv der Edition Nautilus, das seit genau einem viertel Jahrhundert Bücher gegen den Strom an willige Leser verschifft. Einfacher wäre es, den Hamburgern zum 25. Geburtstag kräftig die Hand zu schütteln. Als ob das kein Anlaß zum Feiern wäre. "Ich bin ja bei meinen engeren Freunden als die 'Protestantin' verschrien," gesteht die Verlegerin Hanna Mittelstädt, "aber inzwischen ist ihnen immerhin klar, daß es ohne das 'Protestantische' keinen Nautilus-Verlag mehr geben würde, viele Projekte nicht." Einen Band mit Briefen zwischen der Verlegerin und ihrer Autorin Anna Rheinsberg hat sich der Verlag zum Eigengeschenk gemacht. Auch für interessierte Voyeure geeignet - bei Buchmacher's gibt's nämlich nichts zu verheimlichen. Dort ist's nicht anderst als überall, wird geliebt, gezofft, gestöhnt und gehofft. Nur macht man anderswo kein Buch mit internen Details. Anna Rheinsberg mimt den Part der besorgten Diva: "Daß Du immer alles allein lesen mußt? Was tun denn die Jungs?!" "Der Erste hat jetzt gerade keine Zeit und singt (etwas undeutlich) das Hohe Lied der Freiwilligkeit; der Zweite bringt Argumente vor, daß eine dringende Notlage eigentlich noch gar nicht vorläge (...); ich die einzige, die sich an den gemeinsamen Beschluß hält. Ungeheuer! Verdrängung, Kindergarten, Faulheit, die Mutter Gottes wird's schon richten, Katholikerei! Intelligente, aufgeklärte Männer über 40!"

In ihren Gründungstagen hieß die Edition Nautilus zunächst MAD-Verlag (Materialien, Analysen, Dokumente - klingt, wie es soll: programmatisch-praktische 68er). Diesen Namen hatte sich aber bereits das Witz- und Satireblatt mit Alfred E. Neumann schützen lassen (das es übrigens wieder gibt, seit RTL Samstag nachts eine Fernsehadaption ausstrahlt). Das Präsent, das sich die Buchhändler-Vereinigung zum Verlagsjubiläum ausgedacht hat und das laut Goethes Freunden zum Bangen einladen soll, kann das Kollektiv nur mäßig originell finden. www.buchhandel.de/nautilus heißt es und ist ein Verzeichnis aller Bücher, die sich via Internet kopieren lassen. Nautilus sucht seinen Namen per Klage zu schützen, das kann teuer werden, zu teuer für einen Kleinverlag, weshalb die Süddeutsche Zeitung vom Kampf "David gegen Goliath" berichtete.

1997 - Anna Rheinsberg quält sich mit einem neuen Roman, Hanna Mittelstädt lektoriert Taibos Che-Biographie und begleitet Inge Viett zu Diskussionsveranstaltungen. Anna verabschiedet ihren "Libanesen", Hanna bringt aus dem Urlaub in Schottland zermürbende Sehnsucht mit, "der Schotte" Keith läßt ihren Blutdruck noch Monate später höher schnellen, aber er schreibt nicht. Begehren reifer Frauen im 31ten Jahr nach 68, wobei 68 kein Jahr, sondern den Beginn eines linken Jahrzehnts meint. Es wird viel über private Gefühle und erotische Wünsche in "Liebe Hanna - Deine Anna", dem Geburtstagesgeschenk des Verlags geschrieben. "Du bist eine Romantikerin, Hanna", hält Anna Rheinsberg ihrer Freundin vor und meint damit, Hanna würde zu sehr an den Ideen der Anarchisten festhalten und deswegen die Substanz ihrer Persönlichkeit verlieren. Während die Verlegerin Hanna bei Anna vermißt, daß die für Träume und Utopien nicht mehr empfänglich ist. Als Künstlerin konzentriert Anna Rheinsberg ihr Augenmerk bewußt auf abstrakte problementladene Sinnlichkeiten. Sollte "Liebe Hanna - Deine Anna" ein Konzept verfolgen, dann geht es auch auf. Zwei gegensätzliche Lebensentwürfe werden in jedem Brief neu bewogen und beurteilt. Zwei Lebensentwürfe, deren unterschiedliche Basen sich aus einer gegenläufigen Beurteilung und persönlichen Verarbeitung von 68 und der Linken in den Nachfolgejahren ergeben. Eine private Debatte, wovon Abschied genommen werden sollte, wohin ein dem Aufbruch von 68 verpflichteter Verlag und

Geburtstagstauchen



seine Macherin sich bewegen könnte. Dorthin, wo auch die ganz privaten Sehnsüchte Atemluft schnappen können, rät Anna Rheinsberg.

Positiv Denken, schließlich ist Goethe nach 250 Jahren immer noch frisch ist, dem Wolferl alles beste. Gratulation auch der Edition Tiamat für ihre weise Entscheidung, das polemische Schriftwerk "Sorge dich nicht, lese!" vom Markt zu nehmen, um einer Schadensanspruchforderung des Scherz-Verlags über 100 000 DM zu umgehen. Beste Nautilus-Freunde, ihr steht besser da. Denkt an die Süddeutsche Zeitung. David ist der Gewinner im Kampf mit Goliath. In der protestantischen Welt genauso wie in der katholischen.

Hanna Mittelstädt/Anna Rheinsberg: Liebe Hanna - Deine Anna. Briefe über Liebe und Literatur. Hamburg (Nautilus) 1999. 220 Seiten, DM 28.-

Das Unbehagen des Franz Jung

von Martin Droschke

"Was suchst du Ruhe, wenn du zur Unruhe geboren bist", so formulierte der am 26.11.1888 im Oberschlesischen Neisse geborene Schriftsteller Franz Jung seine Lebensdevise. Jung zählte einst zu den wichtigsten deutschen Expressionisten, hat Dada Berlin mit aus der Taufe gehoben und ein Leben voller Skandale geführt. Das Ende des zweiten Weltkriegs überlebte er als Häftling des Konzentrationslagers Bozen. Eine schillernde Figur, die heute vergessen ist. Mit einer ersten Biographie des intellektuellen Abenteurers ist *Fritz Mierau* angetreten, einem Motor der literarischen Avantgarde der 10er und 20er Jahre den Ruf zurückzugeben, der ihm gebührt. "Das Verschwinden von Franz Jung" heißt die Rekonstruktion eines Lebens, das dem Drehbuch eines Politthrillers zu folgen schien.

Nach dem Studium der Ökonomie startete Jung seinen Weg als Autor in der Münchner Boheme, Oskar Maria Graf und Ernst Toller waren die ersten Gefährten. 1914 meldete er sich als Freiwilliger, desertierte und eröffnete eine Wirtschaftskorrespondenz in Berlin. Jung stützte sich in alle Unruhen, die dieses Jahrhundert zu bieten hatte. Politisiert durch die Provokation DaDa Berlin stellte er sein Büro als Schnitt-stelle für den Spartakus-Aufstand zur Verfügung. 1920 kaperte er einen Fischkutter, um als Vertreter der Kommu-nistischen Arbeiterpartei Deutschlands zur Internationale zu gelangen. (vgl. SF-67, Knüfken-Atikel, Anm. der SF-Red.) Haft nach der Rückkehr. 1921 reiste Jung erneut nach Rußland, baute ein Agrarkollektiv, eine Zündholzfabrik und einen Metallbetrieb auf, die florierten, als er in eine Säuberungswelle zu geraten drohte. Er floh, gründete in Berlin - mit falschen Papieren - erneut ein Wirtschaftsbüro, schrieb für Erwin Piscators experimentelles Theater, verfaßte Arbeiterromane und finanzierte mit den Aufricht-Produktionen zwei Uraufführungen von Bert Brecht. Obwohl noch in den 30er Jahre als Herausgeber der antifaschistischen Zeitung "Der Gegner" tätig, wurde Jung erst 1936 von der Gestapo verhaftet. Er kam frei, koordinierte über seinen Wirtschaftspressedienst von Prag, Wien, Genf und schließlich Budapest aus oppositionelle Plattformen und den Informationsfluß für die "Deutschland-Berichte" der SPD. "Sollte ich nach Deutschland zurückkommen, dann nur als angetriebenes Strandgut", verlautbarte Jung und emigrierte in die USA. Er kam schon 1960 zurück. Ohne eine Heimat zu finden - die DDR schien dem Antistalinisten gefährlich. Literarisch Fuß zu fassen gelang ihm nicht, sein zynischer Fatalismus stand der Aufbaueuphorie im Weg. Es reichte nur noch für seine Autobiographie *"Der Weg nach unten"*, eine selbstzerstörerische Abrechnung mit einem halben Jahr-hundert, die eine Generation von Kollegen brüskierte und Jung Beschimpfungen und ein Verleumdungsklage einbrachte. 1962 starb er in Stuttgart. Sein Grab befindet sich auf dem Neuen Friedhof im Stadtteil Degerloch.

Jung überlebte den 2. Weltkrieg im Konzentrationslager Bozen, so zynisch diese Formulierung auch klingen mag. Sie gibt seine eigene Einschätzung wieder. Jung, der Doppelagent für den Deutschen Wirtschaftsdienst und die Exil-SPD in Budapest tätig, hatte sich immer mehr in einem Netz aus Täuschungsmanövern verstrickt, als er sich 1944 aus Budapest absetzten mußte. Doch es war schon zu spät, um auf sicheres Terrain gelangen zu können. Im Oktober wurde er verhaftet und zum Tod verurteilt, konnte aber fliehen. Im November wurde er erneut verhaftet und nach Wien überführt, nochmals gelang die Fucht. Das Chaos der nahen Niederlage in Zentraleuropa bot ihm Schutz, doch Jungs Kräfte waren am Ende, eine Möglichkeit, sich eine Unterkunft und Nahrung zu besorgen, sah er nicht. Er gab

sich auf, um sich zu retten. Zumindest hat er das in seiner Autobiographie und der Erzählung "Sylvia" so dargestellt. Beim Wechsel von österreichischem auf italienisches Gebiet wurde er 1945 endgültig festgenommen und nach einem kurzen Aufenthalt im Festungsgefängnis Verona ins Polizeilager Bozen überstellt. Mit "Sylvia" arbeitete Jung die Zeit in Budapest auf, den Zusammenbruch seiner Verstrikkungen, das Überleben im Arbeitslager und die Nachkriegsjahre in Italien, die er - nach einigen Orts-wechseln - als Konditor in Fregene unweit von Rom verbrachte. Die Erzählung ist harter Stoff, das Eingeständnis einer Niederlage, in der Jung berichtet, wie es kam, daß er sich während der Monate im KZ Bozen aufgegeben hatte und nach der Befreiung keine Notwendigkeit mehr sah, sich dem Verfall seiner in Budapest geschlossenen Bindung zu Anna von Meißner entgegenzustemmen.

Fritz Mierau, der auch maßgeblich an der im Frühjahr abgeschlossenen Werkausgabe Jungs beteiligt war, konzentriert sich auf die prägenden Lebensstationen. Seine Biographie folgt nicht dem Krimi, sondern den inneren Motiven Jungs, die diesen Krimi in Ganz gesetzt haben. Prägend, das waren die frühen wilden Jahre der künstlerischen Avantgarde, in denen Jung seine Theorien entwickelte. Weitgehend ausgelassen hat Mierau die 20er und frühen 30er Jahre, die Zeit der Ernüchterung und des Schreibens ohne Antrieb. Erst den gescheiterten Jung der Hitlerzeit greift er wieder auf, den Doppelagenten aus Budapest, der offenen Widerstand gegen Hitler für Selbstmord hielt und auf Unterwanderung und Spionage setzte. Ohne Rücksicht auf persönliche Befindlichkeiten. Jung glaubte, nur mit Abstand zur eigenen Individualität, würde sich das Erbe der traditionellen bürgerlichen Gesellschaftsform abschütteln lassen. Selbstanalyse und Selbstkritik waren Jungs Forderung an sich und andere. "Distanz bei voller Annahme der Verstrickung," wie es Fritz Mierau formuliert.

Jung erkannte schon Mitte der 20er Jahre, daß er scheitern mußte. Wohin er sich auch wandte, jedem Projekt im Kreis Gleichgesinnter ließ er eine "selbstquälerisch genossene und am Ende immer gewollte Ausgliederung" folgen. Schon in der expressionistischen Zeit war die Selbsvernichtung vorprogrammiert. Konsequent vollzog Jung die Demontage seiner eigenen Wirkungsgeschichte in seiner Autobiographie "Der Weg nach unten" von 1961, in der er sich als aphatischen Versager darstellt und im gleichen Atemzug auch die revolutionären Versuche seiner Weggefährten wie Brecht für nichtig erklärt. Hätten er und seine Mitstreiter ein realistisches Bild der Arbeiter gehabt, so seine reife Einsicht, hätte er sich "die Illusionen, die Verbitterung und den Leerlauf eines langen Lebens sparen können."

Es ist nicht leicht, sich dem unsteten Querdenker Franz Jung zu nähern, dessen unangenehmer Realismus in der Bewertung kultureller und politischer Fragen zu seiner Zeit so befremdlich wirkte, wie er es auch heute noch ist. Um seine Person, die den Zugang zu seinen Ideen erleichtern würde, hat er selbst in den letzten Lebensjahren dichten Nebel verbreitet und dafür gesorgt, daß sie aus der Literaturgeschichte gelöscht wird. Erst mit Fritz Mieraus Biographie könnte einer der ungewöhnlichsten Chronisten der ersten Hälfte diese Jahrhunderts zurück ins Licht geholt werden. Mierau hat allerdings nicht die Geschichte eines Lebens verfaßt, sondern läßt sich von den Leitgedanken Jungs durch



dessen Auf- und Abtreiben. Das macht es oft nötig, in der Chronologie im Anhang nachzuschlagen, um den Überblick nicht zu verlieren. Es empfiehlt sich, die Autobiographie parallel zur Mieraus Biographie zu lesen und zu erleben, wie die Strategie einer Demontage und die Rekonstruktion sich verweben.

Fritz Mierau: Das Verschwinden von Franz Jung. Stationen einer Biographie. Hamburg (Edition Nautilus) 1998. 334 Seiten, DM 58.-

Sylvia; in Franz Jung: Das Jahr ohne Gnade/Sylvia/Erbe. Autobiographische Prosa. Werke 12. Hamburg (Edition Nautilus) 1990. 318 Seiten, DM 39,80

Franz Jung: Der Weg nach unten. Aufzeich-nungen aus einer großen Zeit. Supplementband zur Werkausgabe. Hamburg (Edition Nautilus) 1988. 440 Seiten, DM 29,80
Franz Jung: Gesammelte Werke in 12 Bänden. Hamburg (Edition Nautilus). Band 1 Feinde ringsum. Prosa und Aufsätze 1912-1963. Erster Halbband bis 1930. Zweiter Halbband bis 1963. Band 2 Joe Frank illustriert die Welt/ Die Rote Wache/Arbeitsfriede. Drei Romane. Band 3 Proletarier/Arbeiter Thomas/Hausierer. Drei Romane. Band 4 Die Eroberung der Maschinen. Roman. Band 5 Nach Rußland! Schriften zur russischen Revolution. Band 6 Die Technik des Glücks. Ein Essay. Band 7 Wie lange noch? Theaterstücke. Band 8 Sprung aus der Welt. Expressionistische Prosa Band 9 in zwei Halbbänden Briefe 1913-1963 und Abschied von der Zeit. Autobiographisches. Band 10 Gequältes Volk. Roman. Band 11 Briefe und Pro-spekte 1913-1963 Band 12 Das Jahr ohne Gnade/Sylvia/Das Erbe. Autobiographische Prosa.



Außenseiterkultur

Eine Rezension des Romans „Weiße Nigger" von Ingvar Ambjørnsen

Erling Haefs lebt im wilden Chaos. Gerade ist er nach halbjähriger Abwesenheit- einer Art „Studienaufenthalt", um einen Roman zu Ende zu bringen – aus Spanien wieder zurück nach Oslo gekommen. Das Ganze war wohl eher der Versuch „sich mit Rotwein auf die sanfte Tour das Leben zu nehmen" kommentiert er die letzten sechs Monate. Kein Öre Geld. Kein Schlafplatz. Beziehung zu seiner Freundin ruiniert, naja – war eh nichts rechtes, erstmal Sozialamt, dann Charly (seinen besten Freund) suchen…

Erling hat ungewöhnlich viele ungewöhnliche Freunde: Punks, Verlierer, Transen, Durchblicker, Drogen-Freaks, Künstlerinnen, Säufer, Lesben und Schwule. Mit ihnen verlebt er wilde Zeiten in Oslo, immer auf der Suche nach Zigaretten, Dope und etwas zu Essen. Dazwischen Romane schreiben, zusammen mit Charly, dann wieder Exzesse. Charly und Rita, die besten von allen sind immer dabei. Seine Sympathie gilt denen die draußen sind – Weißen Niggern eben. Er beobachtet sie nicht, er ist selbst einer von ihnen. In seinem Roman wird Ambjørnsens Verbundenheit mit den andersartigen Geschöpfen dieser Welt immer wieder spürbar.

Etliches muß sich ändern in seinem Leben, ahnt er nach weiteren turbulenten Ereignissen und zieht sich in ein abgelegenes Haus in den norwegischen Bergen zurück. Die Ruhe flasht ihn, Bilder seines früheren Lebens steigen in ihm auf und er resümiert, was aus seinen Freunden geworden ist und wie es zu allem kam. Er schreibt es auf. Alles muß anders werden...

Der Roman zeichnet die Spuren seines bisherigen Lebens nach, seine Kindheit, die er zusammen mit Charly und Rita im kleinbürgerlichen Lillevik verbrachte, seine rebellische Schulzeit, seine Kiffexzesse mit Freunden, seine Kämpfe. Gleichzeitig läßt er dankenswerter Weise keine Gelegenheit aus, seine spießige Umgebung gnadenlos zu demaskieren. Der „Schtyrer", ein faschistoider Mittelschulenleiter zum Beispiel, wird präzise porträtiert und im Verlauf der Handlung, leider zu spät, wie Haefs findet, allersaftigst in die Pfanne gehauen. Das Vergnügen beim Lesen solcher Stellen ist natürlich grenzenlos. Da dies aber ein realistischer Roman ist, bekommen nicht alle ihr Fett weg, die es verdienen: ein Vetter darf auf Ritas Beerdigung ungestört seine widerwärtigen Ansichten gemischt mit Doppelmoral vor versammelter Mannschaft verbreiten, die „neue Rechte" in Lillevik ist lästig und hartnäckig; die Sorte Mensch, die ihre Macht auf Kosten anderer ausspielt, taucht immer wieder auf. Andere müssen unglaublich viel einstecken, vielleicht weil sie „anders" sind, meistens aber ohne besonderen Grund. Unberechenbares Leben eben.

Viele seiner Freunde, die „leider" nicht in so saturiert-etablierten Umständen weilen, überleben aus verschiedenen Gründen nicht. Vor allem dann wird sein Ton besonders lakonisch. Nüchtern stellt er fest, daß wieder jemand nicht mehr ist. Punkt.

Rita, seine beste Freundin, überlebt nicht. Arbeitskolegen kommen bei einer Werksexplosion um, viele seiner Freunde und Freundinnen segnen unglaublich früh das zeitliche, auch für ihn ist es oft genug verdammt knapp.

Lebenshunger, Exzesse und ganz normaler alltäglicher Wahnsinn, Kiffen, Wildheit und Wahrheit bilden sein Lebensgefühl. Und alles durchzieht der Wille, die vorgefundenen lebensfeindlichen Umstände nicht hinzunehmen. Dazu kommt ein kritisch-distanzierter Geist und Skepsis, mit der er seine Umgebung wahrnimmt.

Erling Haefs ist noch aus einem anderen Grunde draußen: Ihn und Charly interessieren in puncto Lebensunterhaltserwerb einfach gar nichts: außer Schreiben und Literatur. Schullaufbahn und Lehren als Setzer und Gärtner bricht er ab. Er hat die Stirn, sich seinen Traum vom Schriftstellerleben erfüllen zu wollen. Verzweifelt, zäh, mehr Rückschläge als Erfolge hinnehmen müssend. In seiner materialistischen und etwas leblosen Heimat nimmt er sich das Recht, anders sein zu dürfen. Anscheinend ist der Roman stark autobiografisch, nicht nur, daß sich die abgebrochenen Lehren in Ambjörnsens Lebenslauf wiederfinden, sondern weil er so präzise ein Lebensgefühl wiedergeben kann von jemandem, der etwas Ungewöhnliches versucht, und dessen Ausgang völlig ungewiß ist.

„Weisse Nigger" von Ingvar Ambjørnsen ist 1988 in der Edition Nautilus in einer Übersetzung von Gabriele Haefs erschienen, stark süchtig machend, kostet DM 20,- und wurde anläßlich des 25-jährigen Bestehens des Verlages wiederaufgelegt – Congratulations! ★

jan jacob hofmann

Bücher von SF-AutorInnen

Murray Bookchin
Die Agonie der Stadt - Aufstieg und Niedergang des freien Bürgers

Übersetzung von "The Rise of Urbanization and the Decline of Citizenship", Bookchins wichtigstem politischen Buch, das in den USA und Canada bereits in 3 Auflagen erschienen ist. Übersetzer: Helmut Richter.

In diesem Buch konkretisiert Bookchin seinen Ansatz von Kommunalismus am Beispiel der Stadtentwicklung. Er zeigt Wege auf, die Stadt wieder zum Lebensmittelpunkt der Menschen zu machen. Die Stadt als überschaubarer Ort direkter Demokratie soll die Basis für eine duale Macht abgeben, die den Staat nach und nach zurückdrängt und den Menschen wieder größere Einflußmöglichkeiten auf ihr Leben, ihre Arbeit und ihre Umwelt einräumt. Im achten Kapitel, dem umfangreichsten des Buches entwirft Bookchin "Leitlinien für eine neue Kommunalpolitik", die die Kommune nach sozialökologischen Gesichtspunkten umstrukturieren will. "Agonie der Stadt" zielt darauf ab, eine neue Balance zwischen Stadt und Land und zwischen Menschheit und Natur zu erreichen und - fast nebenbei - den jahrhundertealten Reiz des Stadtlebens zu erhalten. 320 S., 36.- DM

Jens Bjørneboe: Stille. Eine Anti-Roman

Antirassistischer und antikolonialistischer Roman des norwegischen gesellschaftskritischen Autors. Mit einem Nachwort zu Bjørneboe von Arno Maierbrugger.

Bjørneboe hinterfragt mit diesem in Algier spielenden Roman die weiße und eurozentristische Sicht auf Afrika und die Dritte Welt sowohl heute wie historisch. 1967 entstanden, ist der Roman angesichts neuer Fremdenfeindlichkeit und zu Beginn der neuen europäischen Ära aktueller denn je. 189S., 28.-DM, aus dem Norwegischen übersetzt von Jürgen Wierzoch

Peter-Paul Zahl
Johann Georg Elser

- Drama über den Hitler-Attentäter. 120 Seiten, DM 18.-

. Noam Chomsky
Clinton's Vision - "Von der Eindämmung zur Ausdehnung"

Eine Analyse der "neuen" Außen- und Wirtschaftspolitik der USA. Chomsky behandelt den neuen Wirtschaftsraum NAFTA, die Beziehungen zu China, Haiti usw.

"Nachdem wir während der gesamten Dauer des Kalten Krieges eine globale Bedrohung der Marktdemokratien eingedämmt hatten, sollten wir nunmehr versuchen, ihr Einflußgebiet auszudehnen." übersetzt von Helmut Richter. 120 S., 14.-DM

Murray Bookchin: Die Neugestaltung der Gesellschaft

Übersetzt aus dem Amerikanischen (Remaking Society) von Helmut Richter und Hans Oetzel . Bookchin gibt in diesem Buch einen Überblick über seine Theorien zur **Sozialen Ökologie** und einer **kommunalistischen Umgestaltung der Gesellschaft.** Das Buch ist ein konstruktiver Ansatz zur politischen Gesellschaftsveränderung und eine Verteidigung der Vernunft gegen Mythen und Spritismen. Der Anhang des Buches enthält eine **Bookchin-Bibliographie**, zusammengestellt von Janet Biehl. 200S., 24.-DM.

Wolfgang Haug/Michael Wilk
Der Malstrom. Aspekte anarchistischer Staatskritik

Die Autoren gehen der Frage nach, wie hat sich der Staat verändert? Wie muß eine anarchistische Staats-kritik darauf reagieren? Wie kann eine Theorie die Binnenstrukturen von Macht sichtbar und bekämpfbar machen? Wo liegen die Möglich-keiten für das System zur Vereinnahmung von Opposition und warum? Welche Reaktionsweisen bieten sich an, um auf den "soften" Staat, der über Vereinzelung regiert, zu antworten? 110S., 16.-DM

Janet Biehl
Sozialer Ökofeminismus und andere Aufsätze

120 Seiten, 14.-DM. Drei Aufsätze Janet Biehls liegen hier vor: "Der soziale Ökofeminsmus", "Frauen und die demokratische Tradition" sowie "Die Mythologie der Göttin in der ökologischen Politik". Es handelt sich um den Versuch einer Verbindung von Feminismus, Ökologie und sozialen Bewegungen. Gleichzeitig eine Abrechnung mit dem aufkommenden Spiritualismus (Göttinnenkult) in der amerikani-schen Frauenbewegung und den US-Grünen. Biehl entwickelt ihre Vorstellung von Demokratie anhand der griechischen Polis und den Basisbewegungen nach 1968. Sie verteidigt die Aufklärung und das kritikfähige Denken gegen Sichtweisen, die das Gefühl, das Empfinden etc. gegenüber der "männlichen" Ratio aufwerten wollen.

Winfried Reebs
Die Suche nach dem richtigen Vernichtungsbau oder Die Geschichte der Knastarchitektur

3.Auflage, mit einem Vorwort von Gerald Grüneklee. Die Architektur entlarvt den Charakter von Strafe. DM 6.-

Autonome A.F.R.I.K.A.-Gruppe/ Mittlerer Neckar (Hrsg.)
Medienrandale, Rassismus und Antirassismus. Die Macht der Medien und die Ohnmacht der Linken?

Eine Untersuchung der Medien muß sich mit zwei Herangehensweisen in der Linken auseinandersetzen. Entweder es herrschen Ignoranz und Gleichgültigkeit oder aber eine gro-teske Überbewertung vor.

Im Mittelpunkt der Beiträge stehen zwei Probleme: Zum einen der rassi-stische Mediendiskurs über Flücht-linge und "Asylanten", zum anderen die Frage nach der Position zu den Medien der antirassistischen bzw. antifaschistischen Bewegung und die möglichen Konsequenzen, die sich daraus ergeben. Am Ende steht ein Aufruf zur Gründung einer »Kommunikationsguerilla«. 24.-DM

Hellmut G. Haasis
Edelweisspiraten Erzählungen aus dem Untergrund der Freiheit

Der Band vereinigt elf Erzählungen. Allen ist gemeinsam, daß sie einen historischen Hintergrund zum Anlaß nehmen, eine lebendige Geschichte vor den Augen der Leser-Innen entstehen zu lassen, aus der auch eigene Verhaltensweisen abgeschaut werden können. In der Haupterzählung *Edelweisspiraten* bewirbt sich der Fernmeldehandwerker Kriwitzki bei der Post um einen Abteilungsleiterposten. Weil er dort mit illegalen Abhörschaltungen zu tun hat, wird er auf seine politische Zuverlässigkeit hin untersucht. Dabei greift der Verfassungsschutz auf eine Akte der Gestapo zurück, in der der Bewerber als

Trotzdem-Verlag, Grafenau

Edelweisspirat unangenehm aufgefallen war...

Andere Erzählungen spielen in der Zeit der ersten Demokraten und zeigen, wie sie verfolgt wurden, aber immer wieder der Obrigkeit ein Schnippchen schlagen konnten. Es treten auf: u.a. Carl Schurz, Carl Dittler, die spottlustigen Rehberger, ein Geheimbund und revolutionäre Separatisten. ca. 180S., 20.-DM

Hellmut G. Haasis (Hg.):
Walter G. Krivitsky: Ich war Stalins Agent
372S., 34.-DM

Mit diesen Erinnerungen gelang dem ehemaligen Geheimdienstchef Walter G. Krivitsky ein großer Wurf gegen Stalin, ein bleibendes Werk, das nach einem halben Jahrhundert nichts an Lebendigkeit eingebüßt hat. Krivitsky zeigt sich als ein schwer enttäuschter Mensch mit seinen Widersprüchen, seiner zunehmenden Bitterkeit, er klammerte sich noch lange an jedes positive Zeichen, daß die wirkliche Revolution noch siegen könnte. Der Text beginnt mit dem Hitler-Stalin-Pakt, enthält ein Kapitel zu Stalins Politik im Spanischen Bürgerkrieg etc. Krivitsky wurde kurz nach seiner Veröffentlichung in den USA tot aufgefunden. Haasis recherchierte die Umstände.

Paul und Clara Thalmann
Revolution für die Freiheit
Stationen eines politischen Kampfes
Moskau - Madrid - Paris,
mit einem Nachwort zur Nachkriegszeit auf der Serena bei Nizza von Thomas Pampuch und Erich Rathfelder 400 S., Photos, 25.-

Ulrich Klan/Dieter Nelles
»Es lebt noch eine Flamme«
Rheinische Anarcho-SyndikalistInnen in der Weimarer Republik

Reihe Libertäre Wissenschaft, Band 3, 2. Auflage, 400S., 34.-DM

Die Arbeit umfaßt die Herkunftsgeschichte der FAUD und stellt - mit dem Schwerpunkt Ruhrgebiet - deren politische Betätigung von 1919 bis 1933 dar. Im zweiten Teil werden die Sondergruppen und ihre Entstehungsgeschichte behandelt: die Anarchosyndikalistische Jugend, der Frauenbund, die Siedlergruppen, die Gilde Freiheitlicher Bücherfreunde und die Freie Sängerschaft.

Das Buch basiert neben intensiver Quellenarbeit auf Interviews mit 17 überlebenden ehemaligen Mitgliedern der Bewegung aus Wuppertal, Remscheid und Düsseldorf.

Michael Seligmann
Aufstand der Räte

Standardwerk über die gesamte bayerische Räterepublik 1919
Reihe Libertäre Wissenschaft, 2.Aufl., 2 Bde., 78.-DM

"Baiern ist Räterepublik" - ertönte es am 7.April 1919 überall in Bayern. Bis zu diesem Buch überging die bürgerliche wie sozialdemokratische Geschichtsschreibung das Kapitel erste bayerische Räterepublik mit einigen wenigen zumeist herablassenden Sätzen; die kommunistische Geschichtsschreibung sah nur eine "Scheinräterepublik" einiger Münchner Literaten und ein sozialdemokratisches Komplott. Hier liegt nun erstmals eine umfassende Würdigung dieses Kapitels deutscher Revolutionsgeschichte vor, das auf umfangreichen Archivforschungen in sämtlichen bayerischen Stadtarchiven beruht.

Balsen/Karl Rössel
Hoch die Internationale Solidarität

Das Standardwerk zur Geschichte der Dritte-Welt-Solibewegungen in der Bundesrepublik. Selbstkritische Analysen, die nichts an Wert verloren haben. Kein Schulterklopfen, ob Chile, Nicaragua oder Libyen - alles steht auf dem Prüfstand. Über 500S., ehemals 29,80 DM, bei Trotzdem: 15.-

Wolfgang Haug/Herby Sachs (Hg.)
Die Ausblendung der Wirklichkeit.
Texte zur Medienkritik, 2. Aufl. 16.-

Janet Biehl
Libertärer Kommunalismus
oder Die Politik der Sozialen Ökologie, Handbuch für eine libertär-kommunalistische Bewegung, 168S., 26.-DM

Augustin Souchy
Vorsicht Anarchist!
Politische Lebenserinnerungen eines Anarchosyndikalisten
300S., 17.-DM
und
Nacht über Spanien
Anarchosyndikalisten in der Spanischen Revolution und im Bürgerkrieg
300S., 20.-

Vorankündigungen

Michael Wilk
Macht, Herrschaft, Emanzipation
Aspekte anarchistischer Staatskritik Band II

Michael Wilk knüpft an das Malstrom-Buch an und entwickelt eine Analyse des heutigen Staates und seiner Reaktionsmuster auf sozialen Protest. 18.-DM



Verbreitet den SF

Der Schwarze Faden sucht dringend WiederverkäuferInnen in allen Städten, ab 2 Ex. 30 % Rabatt! Aufgrund des starken Verkaufsrückgangs im Buchhandel, sind wir stärker als je zuvor auf die aktive Hilfe Vieler angewiesen! Bitte versucht, den Faden auch in Eurer Stadt anzubieten. Auch in Zeiten einer grün-roten Regierung muß eine autoritätsablehnende Zeitschrift überleben! Uns fehlen derzeit ca. 400 verkaufte Exemplare zur Kostendeckung, das dürfte kein unüberwindliches Hindernis sein.

ABO und Probeexemplare

Wir versenden gegen Briefmarken (1,50) Probeexemplare. Gerne stellen wir auch Büchertischen und politischen Gruppen, die den Faden bekannt machen wollen, eine grössere Anzahl von Probeexemplaren für Veranstaltungen, Konzerte etc. zur Verfügung.
Das ABO kostet weiterhin 30.-DM für 4 Ausgaben, das Förder-ABO, das in letzter Zeit vermehrt gewählt wird, kostet 50.-.

Postvertriebsstück * E 9860 * Entgeld bezahlt * ISSN 0722-8988
Trotzdem★Verlag, PF 1159, 71117 Grafenau





